

Unfallverhütungsvorschriften

für die

landwirtschaftlichen Betriebe der ~~Schlesischen land-~~
wirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

V. Teil: Verwendung des elektrischen Stroms.

Gültig vom 1. Juli 1914.

A. Vorschriften für Betriebsunternehmer und für Versicherte.

§ 1. Die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer müssen zur Vermeidung mangelhafter und daher unfallgefährlicher elektrischer Einrichtungen von demjenigen, der sie neu ausführt oder instand setzt, die Einhaltung der Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker verlangen, insbesondere auch für das zu verwendende Material.

Vorschrift für
Betriebs-
unternehmer.

§ 2. Räume, in denen sich Hochspannungsleitungen befinden (das sind Leitungen, deren Spannung gegen Erde 250 Volt übersteigt), müssen äußerlich durch Warnungstafeln mit Blitzpfeil gekennzeichnet werden, welche Unbefugten den Eintritt verbieten.

Desgl.

Diese Räume dürfen von Arbeitern ohne ausdrücklichen Auftrag nicht betreten werden.

Vorschrift
für Versicherte *).

§ 3. Gerüste, Stroh- und Getreideschober, sowie sonstige Aufbauten dürfen niemals so nahe an Freileitungen errichtet werden, daß Personen unmittelbar oder mit irgendwelchen Geräten unabsichtlich die Leitungen berühren können.

Vorschriften für
Betriebs-
unternehmer und
für Versicherte.

Ausbesserungs- und andere Arbeiten an Dächern und Gebäudeteilen, bei denen Freileitungen so nahe vorbeigehen, daß sie unmittelbar oder mit irgendwelchen Geräten unabsichtlich berührt werden können, dürfen erst ausgeführt werden, nachdem diese Leitungen spannungslos gemacht oder gegen Berührung gesichert sind. Den Arbeitern ist vor Beginn der Arbeiten bekanntzugeben, daß die Leitungen spannungslos gemacht sind.

Instandsetzungs-, Ausbesserungs-, Revisions- und Reinigungsarbeiten an Teilen der elektrischen Anlage in landwirtschaftlichen

*) Unter „Versicherte“ sind hier und bei allen weiteren derart bezeichneten Vorschriften „versicherte Betriebsunternehmer, Betriebsbeamte und Arbeiter“ zu verstehen.

Betrieben dürfen erst ausgeführt werden, nachdem der betreffende Teil der elektrischen Anlage ausgeschaltet ist.

Sind Leitungen spannungslos gemacht worden, um Arbeiten auszuführen, so ist für die Dauer der Arbeiten an dem betreffenden Ausschalter ein Schild anzubringen mit der Aufschrift: „Nicht schalten!“

Vorschriften für
Betriebs-
unternehmer und
für Versicherte.

§ 4. Blanke spannungsführende Teile müssen der zufälligen Berührung entzogen sein. Ihre absichtliche Berührung ist untersagt.

Isolierhüllen von Drähten und Apparaten, ebenso alle Schutzabdeckungen blanker Stellen sind stets in gutem Zustande zu erhalten. Dies gilt besonders für feuchte Räume, wie Ställe, Waschküchen usw.

Wird, wie z. B. beim elektrischen Pflügen und Dreschen, Hochspannung verwendet, so müssen die spannungsführenden Teile mit besonders sicheren Isolierumhüllungen versehen sein. Die zum Schutze angebrachten Erdungsvorrichtungen (besonders bei fahrbaren Motoren und Transformatoren) sind stets anzuwenden und in betriebsfähigem Zustande zu erhalten.

Desgl.

§ 5. Jeder landwirtschaftliche Betrieb, in welchem elektrischer Strom verwendet wird, muß einen oder mehrere Hauptschalter besitzen, mit denen die ganze Anlage spannungslos gemacht werden kann.

Die Hauptschalter müssen jederzeit gut zugänglich sein, aber unter Verwahrung gehalten werden, um ein unbefugtes Schalten zu vermeiden.

Die Lage der Hauptschalter ist den beteiligten Arbeitern bekanntzugeben.

Desgl.

§ 6. Schmelzsicherungen, deren Bauart eine Gefährdung von Menschen durch abspritzende Teile oder durch Lichtbögen nicht ausschließt, müssen mit Schutzeinrichtungen (z. B. Schutzkapseln) versehen sein. Der Ersatz durchgebrannter Sicherungen darf nur von den dazu bestimmten Personen vorgenommen werden. Nach der Auswechselung sind die zugehörigen Schutzeinrichtungen wieder anzubringen.

Vorschrift für
Betriebs-
unternehmer.

§ 7. In Räumen, welche entzündliche Gase enthalten (z. B. Spirituslager) oder welche mit entzündlichem Staub gefüllt sind (z. B. Mehlstaub), dürfen nur solche Elektromotoren, Schaltvorrichtungen und Sicherungen verwendet werden, deren Bauart eine Entzündung der Gase oder des Staubes durch Funken ausschließt. Auch dürfen in solchen Räumen nur elektrische Glühlampen zur Beleuchtung gebraucht werden.

Desgl.

§ 8. An jeder Arbeitsmaschine, die von einem Elektromotor unmittelbar oder mittelbar durch Riemen oder Vorgelege angetrieben wird, muß eine mechanische oder elektrische Abstellvorrichtung vorhanden und für die Arbeiter an der Arbeitsmaschine leicht erreichbar sein.

§ 9. Elektromotoren dürfen nur von einer mit ihrer Handhabung vertrauten Person in Betrieb gesetzt werden. Ihre freiliegenden, bewegten Teile, die weniger als 1,80 m über dem Fußboden bleiben, müssen durch Rahmen von Drahtgeflecht, Schutzleisten, Geländer oder Gitter verwahrt sein. Wellenköpfe, hervorstehende Keile und Schrauben an den sich in einer Höhe von weniger als 1,80 m über dem Boden drehenden Teilen müssen eingekapselt sein. An transportablen Elektromotoren ist eine Sicherung der freiliegenden Riemenscheibe erforderlich.

Vorschriften für Betriebsunternehmer und für Versicherte.

Die Schutzvorrichtungen müssen vor Inangabe des Motors angebracht sein. Vor der Inbetriebsetzung muß ferner für gehöriges Schmieren und Ölen Sorge getragen werden. Sind Störungen im Gange der Maschine zu beseitigen, ist ein Reinigen einzelner Teile nötig, sollen Schutzvorrichtungen, die sich verschoben oder gelockert haben, wieder befestigt werden, müssen Keile und Schrauben angezogen werden, so ist der Motor vorher stillzustellen.

Der Motor darf erst in Gang gesetzt oder abgestellt werden, nachdem die Bedienungsmannschaft an der Arbeitsmaschine das Zeichen dazu gegeben und der Wärter des Motors das Zeichen erwidert hat.

§ 10. Kann eine Person, die mit stromführenden Teilen in Berührung gekommen ist, sich von diesen nicht selbst befreien, so ist der Strom durch den zunächst gelegenen Ausschalter zu unterbrechen. Ist letzterer nicht bekannt oder kann die Stromunterbrechung nicht durch einen im Betrieb vorhandenen Schalter (vergl. § 5), sondern nur in der Stromerzeugungsstelle erfolgen, so muß diese durch Fernsprecher, Telegramm, Kraftwagen oder Radfahrer schleunigst benachrichtigt werden. Inzwischen dürfen Rettungsversuche wegen ihrer Gefährlichkeit für die Helfer nur von sachverständigen Personen vorgenommen werden. Ist der vom elektrischen Strom Getroffene bewußtlos, so ist bis zum Eintreffen des schnellstens herbeizuholenden Arztes künstliche Atmung einzuleiten, wenn Personen zugegen oder erreichbar sind, die sich darauf verstehen.

Vorschriften für Betriebsunternehmer und für Versicherte.

B. Ausführungs- und Strafbestimmungen.

§ 11. Diese Vorschriften sind durch die Regierungs-Amtsblätter bekanntzumachen.

Sie müssen in jedem landwirtschaftlichen Betriebe, welcher mit elektrischem Strom arbeitet, vorhanden und jedem Arbeiter gut zugänglich sein. Werden sie im Laufe der Zeit unleserlich, so muß ein neuer Abdruck von der Berufsgenossenschaft bezogen und ausgehängt werden.

§ 12. Die Betriebsunternehmer sind nach §§ 1045, 913 der A.B.D. berechtigt, die ihnen durch die Unfallverhütungsvorschriften auferlegten Pflichten auf Betriebsleiter und, soweit es sich

nicht um Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften handelt, auch auf Aufsichtspersonen oder andere Angestellte ihres Betriebes zu übertragen. Diejenigen Unternehmer, die von diesem Recht Gebrauch machen wollen, haben eine schriftliche Anzeige an den Genossenschaftsvorstand einzureichen, die auch von der Person, auf welche die Pflichten des Unternehmers übertragen werden sollen, mitunterschrieben ist. Wechselt die Person des Unternehmers oder desjenigen, dem die Pflichten des Unternehmers übertragen sind, so ist eine neue Anzeige erforderlich, welche wiederum von dem Unternehmer und von demjenigen zu unterschreiben ist, dem die Pflichten des Unternehmers übertragen werden.

Über die Anzeige ist dem Unternehmer eine schriftliche Empfangs-Bestätigung zu erteilen. Die Anzeige ist dem Sektionsvorstand alsbald mitzuteilen.

§ 13. Genossenschaftsmitglieder und nach §§ 1045, 913 der R.V.D. mit ihrer Stellvertretung betraute Personen können, wenn sie den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandeln, durch den Genossenschaftsvorstand mit Geldstrafen bis zu 1000 Mark belegt werden (§§ 1030, 1045, 851, 870, 913 Abs. 2 der R.V.D.).

Neben den Stellvertretern ist der Unternehmer strafbar, wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Wissen geschehen ist, oder er bei der Auswahl oder Beaufsichtigung der Stellvertreter nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat (§§ 1045, 913 Abs. 2 a. a. D.).

Ist die Geldstrafe von dem Stellvertreter nicht beizutreiben, so haftet der Unternehmer für sie (§§ 1045, 913 Abs. 3 a. a. D.).

§ 14. Versicherte Personen, die den Unfallverhütungsvorschriften für Versicherte zuwiderhandeln, können durch das Versicherungsamt mit einer Geldstrafe bis zu 6 Mark belegt werden (§§ 1030, 851, 870 der R.V.D.).

§ 15. Die Vorschriften treten am 1. Juli 1914 in Kraft.

Beschlossen von der Genossenschaftsversammlung
am 18. November 1913.

Die vorstehenden Unfallverhütungsvorschriften für die Verwendung des elektrischen Stroms — gültig vom 1. Juli 1914 — sind durch Beschluß vom 16. Februar 1914 genehmigt worden.

Berlin, den 16. Februar 1914.

Das Reichsversicherungsamt

(L. S.)

Abteilung für Unfallversicherung.

gez. Wittowski.

Unfallverhütungsvorschriften

der

Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

(Gültig vom 1. April 1925.)

(Verordnungen der Landespolizeibehörden und andere behördliche Vorschriften gelten unverändert neben diesen Unfallverhütungsvorschriften.)

I. Teil: Landwirtschaftliche Maschinen.

Zur genauen Beachtung!

Die Unfallverhütungsvorschriften sind sorgfältig aufzubewahren und dem Revisionsbeamten auf Verlangen vorzuzeigen.

Auf die Strafbestimmungen des § 54 sowie auf die Verpflichtung der Genossenschaftsmitglieder, die Vorschriften ihren Arbeitern mitzuteilen (§ 53, Abs. 2), wird besonders hingewiesen.

Betriebsfähige Maschinen und maschinelle Einrichtungen müssen auch außer Betrieb stets mit den erforderlichen Schutzvorrichtungen versehen sein (§ 5, Abs. 2).

Nach § 50 dieser Vorschriften sind die Betriebsunternehmer verpflichtet, bei Neuanschaffung von Maschinen und Betriebs-einrichtungen vom Lieferanten zu verlangen, daß die in den nachstehenden Vorschriften geforderten Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden.

Abbildungen landwirtschaftlicher Maschinen usw. mit vorschriftsmäßigen Schutzvorrichtungen sind in Heftform von dem Genossenschaftsvorstand in Breslau 2, Landeshaus, zum Selbstkostenpreise von 25 Pf. zu beziehen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. An jeder Maschine und maschinellen Einrichtung, gleichviel ob Kraft- oder Arbeitsmaschine, ob Transmission oder Vorgelege, sind alle im Gestell nicht eingeschlossenen, sich drehenden oder bewegten Teile, insofern sie nicht höher als 1,80 m über dem Fußboden liegen, dergestalt zu verkleiden oder abzusperren, daß ihre Berührung mit dem Körper oder den Kleidern der an den Maschinen und maschinellen Einrichtungen beschäftigten oder in der Nähe verkehrenden Personen verhindert wird. Ausgenommen sind

- a) diejenigen sich drehenden und bewegten Teile, welche zum Zwecke der Aufnahme des Arbeitsmaterials oder der Abführung des Arbeitsprodukts frei bleiben müssen,

- b) solche sich drehende und bewegte Teile an Maschinen, die im Fahren arbeiten, wenn ihre Verkleidung aus konstruktiven Gründen und wegen der Arbeitsweise nicht möglich ist,
- c) glatte runde Wellenköpfe an Maschinen für Handbetrieb, welche nicht mehr als 5 cm vorstehen,
- d) glatte, von Hand betriebene Schwungräder und Wellen, sowie alle Riemen an Maschinen für Handbetrieb,
- e) bewegte Federn, Zugstangen und Hebel für Schüttler, Böden und Siebe, sowie die freilaufenden Riementteile, die unmittelbar an Gestellwänden gelegen und durch ihre Lage genügend geschützt sind.

Vorstehende Bestimmungen gelten auch für die sich drehenden und bewegten Maschinenteile und maschinellen Einrichtungen, die höher als 1,80 m, aber an Verkehrsstellen und Arbeitsstätten gelegen sind.

Gruben für Schwungräder, Riemenscheiben und Vorgelege sind mit einer Fußleiste von mindestens 6 cm Höhe zu umgeben, wenn nicht bereits eine gleichhohe Schwelle vorhanden ist.

Alle freilaufenden Zahnräder müssen durch Schutzvorrichtungen vollständig verkleidet sein.

Maschinen und maschinelle Einrichtungen müssen betriebsfähig hergestellt und in diesem Zustande erhalten werden. Sie sind der Benutzung zu entziehen, wenn sich Mängel bemerkbar machen und eine Gefahr für Leben und Gesundheit der an ihnen beschäftigten oder in der Nähe verkehrenden Personen bedeuten und auf andere Weise nicht beseitigt werden können.

§ 2. Alle Arbeitsmaschinen für Kraftbetrieb müssen unmittelbar in demselben Raume, in welchem sie arbeiten, an- und abgestellt werden können. Diese Vorschrift entfällt, wenn die Person, welche die Kraftmaschine anlaufen läßt, die Arbeitsmaschine übersehen kann, oder wenn die Außerbetriebsetzung der Kraftmaschine durch Zuruf oder Signal jederzeit tatsächlich gesichert ist.

§ 3. Zum Verschieben von Riemen muß eine sicher wirkende Vorrichtung (Riemenaufräder) vorhanden sein. Das Auslegen oder Abwerfen von Riemen, Seilen oder Ketten darf ohne besondere Vorrichtung nur vorgenommen werden, wenn die Riemen, Seile oder Ketten zur Ruhe gekommen sind.

Das Harzen oder Pichen darf nur bei langsamem Gang am ablaufenden Riemen in der Nähe der Riemenscheibe geschehen.

§ 4. Das Ölen und Schmieren von Maschinen und maschinellen Einrichtungen muß vor ihrer Inbetriebsetzung geschehen. Entstehen Störungen während des Ganges, ist eine Reinigung einzelner Teile nötig, haben sich Schutzvorrichtungen verschoben oder gelockert, müssen Keile oder Schrauben an bewegten Teilen oder in deren unmittelbaren Nähe angezogen werden, so ist die Maschine oder maschinelle Einrichtung stillzustellen. Bei Maschinen, die im Fahren arbeiten, ist außerdem das Getriebe auszurücken. Eine Stillstellung ist beim Ölen und Schmieren nicht erforderlich, wenn es vermöge der

vorhandenen besonderen Einrichtungen auch während des Ganges gefahrlos und ohne Abnahme von Schutzvorrichtungen geschehen kann.

§ 5. Sämtliche Maschinen und maschinellen Einrichtungen dürfen nur unter Benützung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen in Betrieb genommen werden.

Alle Schutzvorrichtungen müssen dauerhaft hergestellt und so befestigt sein, daß sie sich nicht lösen, nicht herabfallen und nicht selbst Veranlassung zu Unfällen bieten können. Auch außer Betrieb müssen betriebsfähige Maschinen und maschinelle Einrichtungen stets mit den Schutzvorrichtungen versehen sein.

Ist eine Maschine oder maschinelle Einrichtung nur vorübergehend auseinandergenommen, so müssen die Schutzvorrichtungen in brauchbarem Zustande vorhanden sein. Maschinen und maschinelle Einrichtungen, welche dauernd außer Verwendung kommen, sind zu zerlegen oder aus dem Betriebe zu entfernen.

An unzugänglichen Stellen können die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen wegfallen.

§ 6. Die vorstehenden allgemeinen Bestimmungen gelten für alle landwirtschaftlichen Maschinen und maschinellen Einrichtungen, soweit nicht unter den folgenden Bestimmungen Ausnahmen oder Abweichungen vorsehen sind.

Sollten in landwirtschaftlichen Hauptbetrieben die im zweiten Teil unter A bis E erwähnten Maschinen Verwendung finden, so sind auch die dort aufgestellten Vorschriften zu beachten.

II. Besondere Bestimmungen.

A. Triebwerke und Kraftmaschinen.

1. Göpel.

§ 7. Sämtliches Getriebe eines Göpels muß sicher überdeckt sein. Bei Göpeln, bei welchen der Treiber über dem Mittelgetriebe seinen Platz hat, muß sich die Überdachung mitdrehen und das Mittelgetriebe um 50 cm überragen. Die Überdachung muß widerstandsfähig und so befestigt sein, daß sie nicht kippen kann.

Bei Sicherheitsgöpel, das sind Glockengöpel mit innerer Verzahnung, ist eine weitere Überdachung nicht notwendig, jedoch müssen alle Öffnungen mit festliegenden Deckeln verschlossen sein.

Treiberstige müssen fest angebracht sein.

§ 8. Werden beim Göpel und bei der Arbeitsmaschine verschiedene Personen beschäftigt, so dürfen die Zugtiere am Göpel erst angehängt werden, nachdem die Person, welche die Arbeitsmaschine bedient oder mehrere hierbei beschäftigte Arbeiter beaufsichtigt, durch Zuruf oder vereinbartes Signal dem Göpeltreiber das Zeichen zum Antreiben gegeben hat.

Bei Störungen im Gange des Göpels oder der Arbeitsmaschine, zum Schmieren und Ölen des Göpels oder sonstiger damit verbundener Maschinenteile, zum Befestigen nicht richtig sitzender Schutzvorrichtungen und beim Nachsehen des Getriebes, sowie bei allen sonstigen Pausen müssen die Zugtiere abgehängt werden.

2. Motoren.

§ 9. Alle Kraftmaschinen müssen in ihren freiliegenden Teilen, sofern diese nicht auch in der Bewegung mehr als 1,80 m über dem Fußboden bleiben, verwahrt oder abgesperrt sein.

Zwischen einer fahrbaren Kraftmaschine und der Arbeitsmaschine muß der Raum, welchen der Hauptriemen durchläuft, beiderseits so durch Seile, Ketten oder Stangen abgesperrt werden, daß Personen mit diesem Riemen nicht in Verührung kommen können.

An fahrbaren Lokomobilen ist die Abdeckung des Schwungrades, der Antriebsriemenscheibe, des Regulators, der Scheibe (Exzenter), welche die Speisepumpe treibt, und des Kreuzkopfes nicht notwendig, auch wenn diese Teile sich in einer Höhe bis 1,80 m über der Erde bewegen.

Dagegen muß der Wellenkopf an der Exzenterseite durch eine sich nicht mitdrehende Kapsel abgedeckt werden, auch wenn er sich mehr als 1,80 m über dem Boden befindet.

§ 10. Verbrennungskraftmaschinen von mehr als 2 PS., die in ihrer Drehrichtung von der Hand angeworfen (angedreht) werden, müssen eine Andrehvorrichtung haben, die sich beim Anlaufen des Motors selbsttätig ausseht und gegen Rückschlag gesichert ist, oder mit einer anderen, den gleichen Schutz gewährenden Vorrichtung versehen sein.

§ 11. Werden bei der Kraftmaschine und bei der Arbeitsmaschine verschiedene Personen beschäftigt, so darf die Kraftmaschine erst in Betrieb gesetzt werden, nachdem die Person, welche die Arbeitsmaschine bedient oder mehrere hierbei beschäftigte Arbeiter beaufsichtigt, durch Zuruf oder vereinbartes Signal das Zeichen hierzu gegeben hat.

§ 12. Alle Kraftmaschinen dürfen nur von einer mit ihrer Einrichtung und Handhabung vertrauten, zuverlässigen, nüchternen Person bedient werden. Ist ein besonderer Wärter vorgesehen, was bei Dampfmaschinen und Dreschfähen der Fall sein muß, so darf sich der Wärter während des Betriebes nur so weit von der Kraftmaschine entfernen, daß er sie im Bedarfsfalle sofort außer Betrieb setzen kann.

B. Arbeitsmaschinen.

1. Dreschmaschinen.

a) Allgemeine Vorschriften für sämtliche Dreschmaschinen mit Ausnahme der Kleesamendreschmaschinen (s. unten d) Ziffer 22.

§ 13. Dreschmaschinen dürfen nur unter Verwendung eines Einlegestisches und einer über der Dreschtrommel angebrachten Schutzhaube in Be-

nutzung genommen werden. Dabei muß die Einrichtung der Dreschmaschine derart sein, daß der Einleger, mag er vor dem Tisch oder seitlich desselben stehen (z. B. durch Tisch oder Haube), gezwungen ist, von den Stiften oder Schlagleisten der Drehtrommel oder von den Einziehwalzen einen Abstand innezuhalten, der bei Klein-Langdreschmaschinen (Spihdreschmaschinen, bei denen das Getreide mit den Ähren nach vorn in die Einlegeöffnung geschoben wird), mindestens 1 m, und bei anderen Dreschmaschinen mindestens 75 cm betragen muß.

Bei Dreschmaschinen, bei denen der Einleger an der geschlossenen Längsseite der Haube steht und über diese gebeugt einlegt, muß der Abstand zwischen der oberen Kante der Haube und dem äußersten Umfange der Drehtrommel mindestens 60 cm betragen.

§ 14. Es ist verboten, beim Einlegen, insbesondere beim Einlegen von nicht in Garben gebundenem Dreschgut, Wirrgetreide, zusammengerechten oder gefehrten Halmen und dergleichen, mit der Hand oder dem Fuße nachzuhelfen. Hierzu ist ein geeigneter Gegenstand, am besten ein schmiegsamer Bejen ohne Stiel, zu verwenden.

Der Einlegetisch darf während des Ganges der Maschine nicht betreten werden.

b) Besondere Vorschriften für Kleindreschmaschinen.

Unter Kleindreschmaschinen fallen alle Lang- und Breitudreschmaschinen, bei denen der Einleger auf dem Fußboden oder einem besonders erhöhten Stand (Trittbrett, Fußbank, Riste oder dergleichen) steht.

§ 15. Zu beiden Seiten der Einlegeöffnung muß der Einlegetisch mit einem aufrechtstehenden, 50 cm langen Aufschlagbrett versehen sein, welches bei 1 m Tischhöhe mindestens 50 cm hoch sein muß. Ist der Tisch höher als 1 m, so dürfen die Aufschlagbretter entsprechend niedriger, niemals jedoch niedriger als 25 cm sein. In Fällen, in denen die Verbreiterung des Tisches nur nach einer Seite oder überhaupt nicht vorgesehen ist, müssen die Aufschlagbretter an den nicht verbreiterten Seiten mindestens 60 cm lang sein. Solche Aufschlagbretter sind nur dann entbehrlich, wenn die Einlegeöffnung durch eine andere, den gleichen Schutz gewährende Einrichtung (z. B. eine entsprechend weitvorspringende Haube) gesichert ist.

Der Einlegerstand muß mindestens 85 cm unter dem Einlegetisch liegen.

§ 16. Die Drehtrommel und etwa vorhandene Einziehwalzen sind von oben durch die Schutthaube und an den Seiten durch Verkleidungen so zu verdecken, daß nur eine Öffnung zum Einlegen freibleibt, die nicht mehr als 40 cm hoch ist.

Die Schutthaube und die seitlichen Verkleidungen müssen mindestens 10 cm vorstehen, und zwar bei der Langdreschmaschine über die Stifte oder Schlagleisten und bei Breitudreschmaschinen über die Einlegeöffnung. Die Aufschlagbretter müssen bis zur Schutthaube heranreichen.

Befinden sich am Trommelgehäuse seitliche Öffnungen, so sind diese durch abnehmbare Deckel zu verschließen.

c) **Besondere Vorschriften für Großdreschmaschinen.**
 Unter Großdreschmaschinen fallen alle Dreschmaschinen, bei denen der Einleger seinen Stand auf der Dreschbühne oder in einer Vertiefung derselben hat.

§ 17. An Großdreschmaschinen muß die Einlegeöffnung durch eine kräftige Schuhhaube überdeckt sein, die nur an einer Längsseite eine Öffnung von nicht mehr als 40 cm Höhe freigibt und an der offenen Seite die Einlegeöffnung um mindestens 10 cm überragt.

Die beiden Schmalseiten an der Einlegeöffnung müssen mit nach außen nicht umlegbaren, mindestens 30 cm hohen Verkleidungen versehen sein, die ebenso wie die Schuhhaube über die Einlegeöffnung um mindestens 10 cm vorstehen. In diesen Verkleidungen sind unten Öffnungen von höchstens 10 cm Höhe zum Einkehren der Körner zulässig.

Zum Schutze der auf der Dreschbühne verkehrenden Personen muß der Einlegetisch mindestens 20 cm hoch über der Dreschbühne liegen; sein von der Schuhhaube nicht überdeckter Teil muß wagerecht sein.

Der Einlegerstand muß mindestens 50 cm unter der Oberkante des Einlegetisches liegen.

Steht der Einleger auf der Dreschbühne selbst, so muß die in der Dreschbühne über der Trommel befindliche Öffnung mit einer mindestens 50 cm hohen Umwehrung versehen sein, auf der die Schuhhaube befestigt ist. Der vor der Einlegeöffnung anzubringende Einlegetisch (Paragraph 13) muß wagerecht sein. Die Umwehrung muß mit der Dreschbühne fest verbunden sein und darf lediglich zum Zwecke des Transportes der Maschine umgeklappt werden.

§ 18. Ist der Einlegetisch beweglich und derart angeordnet, daß bei seinem Niederdrücken die Einlegeöffnung selbsttätig und zuverlässig geschlossen wird (z. B. die bayerische Sicherheitseinlegevorrichtung), so ist Schräglage des Einlegetisches zulässig.

Bei Selbsteinlegern sind Schuhhaube und Einlegetisch nicht erforderlich. Selbsteinleger müssen jedoch mit einer vom Einlegerstande aus leicht erreichbaren oder selbsttätig wirkenden Ausschaltvorrichtung versehen und so beschaffen sein, daß das Hineingeraten einer Person in die Dreschtrummel mit Sicherheit verhindert wird.

§ 19. Das Besteigen der Dreschbühne darf nur mittels Leitern geschehen, die oben sicher eingehakt werden können. Die Leiter oder mindestens ein Leiterholm muß den oberen Stützpunkt der Leiter um mindestens 75 cm überragen.

§ 20. Jede Dreschbühne muß mit einer mindestens 30 cm hohen, ringsum laufenden Einfriedigung versehen sein. An der Seite, von der aus das Dreschgut auf die Bühne gebracht wird, kann die Einfriedigung abgenommen werden.

§ 21. Bei Sachhebern, die Querverstrebungen haben, ist die Rückseite der Lauffschienen bis zur Hubhöhe der Sachbühne zu verkleiden.

d) Kleesamen Dreschmaschinen (Kleereiber).

§ 22. Kleesamen Dreschmaschinen (Kleereiber), bei denen das Dreschgut von einem Einschlitt-Trichter aus mittels Schneideneinzuges zu der Trommel geführt wird, müssen im Einschlitt-Trichter über dem Schneidengang mit einem weitmaschigen Draht- oder Holzrost versehen sein.

2. Stroh binder.

§ 23. Stroh binder an Dreschmaschinen müssen derart geschützt sein, daß die Nadel- und Knotenvorrichtungen sowie die Auswerfarme unter einem Mantel von Drahtgeflecht liegen, der sie beim Betriebe von oben und an den Seiten bedeckt, jedoch die Beobachtung gestattet. Mit diesem Mantel muß eine Auslückvorrichtung so verbunden sein, daß der Stroh binder nur bei geschlossenem Mantel arbeiten kann. Gegen ungewolltes Herunterfallen des Mantels muß eine Sicherung (Sperrfeder, Sperrklinke) angebracht sein.

3. Stroh pressen.

§ 24. Geschieht das Einlegen nicht durch eine selbsttätige Vorrichtung, sondern durch Arbeiter, so muß zwischen den Arbeitern und der Einlegeöffnung ein festes Geländer angebracht sein.

Die Einwurfsöffnung muß so überdeckt sein, daß Menschen nicht hineinfallen können.

Bei Krummstrohpresse (Ballenpressen), die an Dreschmaschinen angeschlossen sind, genügt eine Einrichtung, die verhindert, daß jemand von der Dreschmaschine auf die Stroh presse fallen kann.

Alle umlaufenden Teile an Stroh pressen, sowie die Hebelarme am Arbeiterfah und die Gleitbahnen des Preßwagens sind durch Schutzgitter zu verdecken.

An den Stroh pressen mit Handbindung sind um die Durchgangsöffnungen der Nadeln runde Schutzhüllen anzubringen, die so hoch sein müssen, daß die Nadelspitzen nicht über den oberen Hüllenrand hervortreten können. Die Öffnung nach vorn soll nicht größer sein, als das Durchziehen des Bindegarns erfordert. Außerdem muß zwischen dem Arbeiterstand und der Einlegeöffnung ein festes Geländer angebracht sein.

An den Stroh pressen mit Selbstbindung sind unter dem Preßlasten dicht seitlich der Nadeln Schutzbleche anzubringen, welche die Nadeln bis zum tiefsten Stande vollständig abdecken, so daß niemand die Hand oder den Arm durchstecken kann. Bei allen Arbeiten am Knüpfapparat, insbesondere auch beim Einziehen des Fadens, ist der Bindeapparat außer Betrieb zu setzen.

4. Futter- und Strenschneidemaschinen.

§ 25. Wird das Schneidegut durch Einziehwalzen zugeführt, so muß sich über der Einlegerinne eine Überdeckung von Holz oder Metall befinden, die sich über der Einlegerinne noch auf mindestens 50 cm, wagerecht von der Mitte der oberen Einziehwalze an gerechnet, fortsetzt.

Diese Überdeckung muß von der oberen Kante der Einlegerinne schräg bis zu einer Höhe von mindestens 15 und höchstens 20 cm aufsteigen.

§ 26. Bei Futterschneidemaschinen, die nicht ausschließlich von Hand betrieben werden, ist eine Ausschaltvorrichtung für die Einziehwalzen erforderlich. Diese muß als bewegliche Überdeckung der Einlegerinne ausgeführt sein, so daß sie durch Heben oder Drücken leicht in Tätigkeit gesetzt werden kann und dadurch ausschaltend wirkt.

Bei Futterschneidemaschinen ist es verboten, die Schwungräder als Riemenscheiben zu benutzen.

a) Futterschneidemaschinen mit Messerschwungrad.

§ 27. Das Messerschwungrad muß, sobald die Maschine einen Vorbau (Bock) besitzt, in seinem oberen Teil nach vorn und rückwärts durch eine Abdeckung von Holz oder Blech geschützt sein.

§ 28. Bei Futterschneidemaschinen ohne Vorbau (Bock) muß das Messerschwungrad nach der Einlegerinne zu durch eine Schutzwand aus Holz oder Blech vollständig verdeckt sein.

b) Futterschneidemaschinen mit Messertrommel.

§ 29. Trommelfutterschneidemaschinen müssen über dem oberen Teil der Messertrommel eine Schutzhaube aus Gußeisen, Blech oder Holz haben.

§ 30. Die Schwungräder einer Trommelfutterschneidemaschine, die durch eine Kraftmaschine angetrieben wird, müssen mit einer Verkleidung versehen sein, die sich nicht mitdreht, oder sie müssen als beiderseits glatte Vollscheiben ausgebildet sein.

§ 31. Trommelfutterschneidemaschinen dürfen nicht durch Umkippen und Fahren auf den Schwungrädern fortbewegt werden.

c) Häckselladen.

§ 32. Häckselladen, auch Häckelbänke, Strohstühle oder Schneidestühle genannt, müssen, sofern nicht zum Vorschieben des Schneidegutes eine an der Einlegerinne zu befestigende Gabel oder ähnliche Vorrichtung benützt wird, hinter dem Messer mit einer Überdeckung der Einlegerinne versehen sein, die mindestens 30 cm (bei kleinen sogenannten Grünladen 20 cm) lang ist und von vorn nach rückwärts aufsteht.

5. Schrot-, Quetschmühlen und Stückenbrecher.

§ 33. In Walz- oder Mahlwerke, Pressen, Schnecken, Malzquetschen, Futterlückenbrecher und dergleichen darf nicht mit den Händen hineingegriffen werden. Soll z. B. Mahlgut nachgeschoben oder sollen störende Gegenstände entfernt werden, so sind dazu besondere Geräte (Haken, Walzenzangen) oder in deren Ermangelung passende Holzstücke zu verwenden, die so dick und lang sind, daß die Hand nicht von den Walzen und dergleichen mit erfaßt wird; diese Geräte oder Holzstücke müssen an der Maschine angehängt sein.

6. Futterdämpfer.

§ 34. Futterdämpfer bis zu $\frac{1}{2}$ Atmosphäre Druck müssen mit einem bis in die Flüssigkeit reichenden unverschleißbaren Standrohr von nicht mehr

als 5 m Höhe und 8 cm Weite oder einer anderen für Dampfkessel bzw. Dampfgefäße zugelassenen Sicherheitsvorrichtung versehen sein.

Futterdämpfer von mehr als $\frac{1}{2}$ Atmosphäre Druck unterliegen der Genehmigung und Revision nach Maßgabe der allgemeinen, polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Landdampfkesseln vom 17. Dezember 1908, RGBl. Nr. 2, S. 3. Der zuständige Dampfesselüberwachungsverein ist bei der Ortspolizeibehörde zu erfahren.

7. Maschinen zur Zerkleinerung von Hackfrüchten.

§ 35. Bei diesen Maschinen müssen die außen liegenden Teile der Messerschneibe oder Messertrommel vollständig verkleidet sein.

Reißwölfe (zur Zerkleinerung von Rübenköpfen) sind über den Messern oder Reißzähnen mit einem 75 cm hohen Einfüllkasten zu versehen. Der obere Rand des Einfüllkastens muß von einer glatten, horizontal angebrachten, nach allen Seiten hin wenigstens 40 cm breiten Umrahmung eingefasst sein.

Das Nachstopfen und Lockern des Schneideguts darf nicht mit der Hand, sondern nur mit einem an der Maschine hängenden geeigneten Holzstück (Stößel) geschehen.

§ 36. Der Auslauf für die abfallenden Schnitzel muß soweit nach unten reichen, daß ein unabsichtliches Hineingeraten in die Messer oder Zerreißen verhütet wird.

8. Milchzentrifugen (Separatoren).

§ 37. Bei Milchzentrifugen mit Handbetrieb muß die Kurbel von selbst stehen bleiben, sobald mit der Drehung aufgehört wird (Freilaufeinrichtung).

9. Kreis- und Bandsägen.

§ 38. Jede Kreissäge muß mit einer Schutzvorrichtung versehen sein, welche den über den Tisch vorstehenden Teil des Sägeblattes abdeckt und sich beim Sägen nach der Dicke des zu schneidenden Holzes selbsttätig einstellt oder hiernach eingestellt werden kann. Nach dem Gebrauche der Säge ist die Schutzvorrichtung stets bis auf den Tisch herabzulassen, oder das Sägeblatt durch die Vorrichtung zu verdecken.

Der untere Teil des Sägeblattes ist an beiden Seiten zu verkleiden.

§ 39. An Kreissägen für Längsschnitt ist hinter dem Sägeblatt ein nachstellbarer Spaltteil anzubringen, der immer so eingestellt werden muß, daß seine Schneide von den Sägezähnen höchstens 1 cm entfernt ist und seine Spitze nicht tiefer als 2 cm unter dem höchsten Punkt des Sägeblattes liegt. Die Stärke des Spaltteils muß gleich dem Schränkemaß der Zähne des Sägeblattes sein. Bei Verwendung mehrerer Sägeblätter muß der Spaltteil wagerecht und senkrecht verstellbar eingerichtet sein.

§ 40. Kreissägen zum Schneiden von Rundholz, Brennholz und dergleichen dürfen nur unter Benutzung einer Zuführungseinrichtung (Schlitten, Wagen, schwingender Bock) verwendet werden, bei welcher das Schneidegut festliegt oder durch eine mechanische Vorrichtung festgehalten wird.

Der Schlitten oder Wagen (Rolltisch) muß gegen Ausheben aus den Laufschienen gesichert sein.

§ 41. An Kreislagen mit schwingendem Bod (Wippe) muß das ganze Sägeblatt geschützt werden, mit Ausnahme desjenigen Teils, der zum Schneiden freibleiben muß. Auf der Rückseite der Wippe selbst ist ein Handgriff anzubringen, der nach vorn genügend geschützt ist. Die Holzaufgabe in der Wippe muß mit Holz oder Blech glatt ausgeschlagen sein.

§ 42. Bei ortsfesten und fahrbaren Bandsägen (Brennholzsägen) ist der zum Schneiden nicht benutzte Teil des Sägeblattes zu verkleiden. Das gleiche gilt für die obere und untere Bandsäge Scheibe. Bandsägen sind, soweit möglich, mit einer Bremsvorrichtung zu versehen. Dem Fahren einer fahrbaren Brennholzsäge ist die Mitbeförderung von Personen untersagt.

10. Aufzüge.

§ 43. Alle Aufzugswinden sind mit einer sicher wirkenden Sperr- und Bremsvorrichtung zu versehen.

Die Kurbeln müssen lösbar oder die Kurbelwellen ausrückbar sein.

Aufzüge mit senkrecht stehender hölzerner Seiltrommel (sogenanntem Gangspinn, Dreh- oder Tummelbäumen) sind unzulässig. Türen der Wandlufen, an denen Seilaufzüge vorbeiführen, sind derart zu schützen, daß die Türen nicht aus den Angeln gehoben werden können.

11. Schleifsteine.

§ 44. Schleifsteine, die mit Kraftmaschinen betrieben werden, dürfen nur mit Druckscheiben oder Seitenrosetten und nicht mit Keilen auf der Welle befestigt werden. Zwischen Druckscheiben und Stein sind federnde Zwischenlagen einzulegen.

III. Ausführungsbestimmungen.

§ 45. Allgemein untersagt wird den landwirtschaftlichen Betriebsunternehmern die Beschäftigung geisteskranker, schwachsinziger, fassüchtiger, betrunkenen oder offenkundig trunksüchtiger, taubstummer und blinder Personen an landwirtschaftlichen Maschinen.

Eine Ausnahme findet nur bezüglich der in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten Kranken statt, die in den mit der Anstalt verbundenen landwirtschaftlichen Betrieben nach Bestimmung der Anstaltsleitung unter geordneter Aufsicht beschäftigt werden können.

§ 46. Die Versicherten haben die Schutzvorrichtungen zu benutzen und dürfen sie während des Ganges der Maschinen nicht entfernen. Der Mißbrauch, die eigenmächtige Entfernung, absichtliche Beschädigung, Nichtbenutzung der vorhandenen Schutzvorrichtungen ist strafbar (§§ 1030, 851, 870 RVO.).

§ 47. Zur Beschäftigung an landwirtschaftlichen Maschinen dürfen Kinder unter zwölf Jahren nicht verwendet werden. Zulässig ist die Verwendung von Kindern im Alter von mindestens zehn Jahren zum Treiben der Zugtiere am Göpel.

Kinder unter vierzehn Jahren dürfen nicht verwendet werden

- a) auf der Dreschbühne bei von oben bedienten Dreschmaschinen,
- b) zum Einlegen bei Futterschneidemaschinen,
- c) zur Bedienung von Kreis-, Band- und Gatterfägen.

Personen unter sechzehn Jahren dürfen zur Wartung von Kraftmotoren nicht herangezogen werden.

§ 48. Geschlossene Räume, in denen landwirtschaftliche Maschinen zum Betrieb aufgestellt werden, müssen so groß sein, daß die Bedienung der Maschinen ordnungsmäßig erfolgen kann. Diese Räume müssen während des Betriebes hinreichend erhellt sein.

§ 49. Diese Unfallverhütungsvorschriften sollen das Mindestmaß der Anforderungen begrenzen, welche zum Schutze der an landwirtschaftlichen Maschinen beschäftigten Personen zu stellen sind. Darin liegt, daß weitergehende Schutzvorrichtungen, als sie hier vorgeschrieben werden, stets zulässig und anerkennenswert sind.

Die Abbildungen*) sollen nur als Beispiele gelten, um die Betriebsunternehmer über die praktische Ausführung der geforderten Schutzvorrichtungen aufzuklären.

§ 50. Die Betriebsunternehmer sind verpflichtet, bei Anschaffung von Maschinen und Betriebseinrichtungen von den Lieferanten zu verlangen, daß die in den vorstehenden Vorschriften geforderten Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden. Von den Lieferanten, Fabrikanten und Händlern wird erwartet, daß sie die Maschinen nur mit den in den Vorschriften verlangten Schutzvorrichtungen verkaufen.

Empfohlen wird den Betriebsunternehmern, sich von dem Lieferanten schriftlich bestätigen zu lassen, daß die von ihm gelieferte Maschine mit sämtlichen vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen versehen ist.

§ 51. Diese Unfallverhütungsvorschriften treten am 1. April 1925 in Kraft. Gleichzeitig treten die bisher geltenden Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft über landwirtschaftliche Maschinen außer Kraft. Bis zum 1. Januar 1926 müssen die von früher in den landwirtschaftlichen Betrieben vorhandenen Maschinen mit denjenigen Schutzvorrichtungen versehen werden, die vorstehend verlangt werden, soweit diese Maschinen nicht bereits nach den bisherigen Unfallverhütungsvorschriften mit Schutzvorrichtungen versehen sein müssen.

Falls bei älteren Maschinen die verlangten Schutzvorrichtungen sich nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten anbringen lassen, ist der Genossenschaftsvorstand befugt, auf Antrag Ausnahmen zu gestatten. Über die gewährten Ausnahmen wird beim Genossenschaftsvorstand eine Liste geführt.

§ 52. Die Vorschrift in Paragraph 26 findet auf ältere Futterschneidemaschinen, die vor dem 1. April 1925 angeschafft werden, keine Anwendung. Bei diesen genügt, falls sie nicht ausschließlich von Hand betrieben werden, jede Vorrichtung, welche die Verbindung zwischen der Futterschneidemaschine

*) Die Abbildungen sind in Hestform oder Plakatform zum Selbstkostenpreise von 0,25 M. vom Genossenschaftsvorstande in Breslau 2, Landeshaus, zu beziehen.

und der Kraftmaschine oder dem Triebwert aufhebt. (Ausrücker, Riemenabwerfer, Bremsvorrichtung und dergleichen.)

§ 53. (Bekanntmachung.) Die Unfallverhütungsvorschriften werden sämtlichen Gemeinde- und Polizeibehörden unentgeltlich, den Genossenschaftsmitgliedern auf Antrag gegen Erstattung der Selbstkosten ausgehändigt. Außerdem werden die Vorschriften in den Amts- und Kreisblättern veröffentlicht.

Jeder Betriebsunternehmer, der Versicherte — auch Familienmitglieder — an landwirtschaftlichen Maschinen beschäftigt, hat ein Druckstück der Vorschriften für die Versicherten zur Einsicht bereitzuhalten und sie darauf hinzuweisen, daß und wo sie dasselbe einsehen können.

§ 54. (Strafbestimmungen.) Genossenschaftsmitglieder und nach §§ 1045, 913 der Reichsversicherungsordnung mit ihrer Stellvertretung betraute Personen können, wenn sie den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandeln oder in ihren Betrieben fremde Maschinen verwenden, die den Unfallverhütungsvorschriften nicht entsprechen, durch den Genossenschaftsvorstand mit Geldstrafen bis zu dem jeweils gesetzlich zulässigen Höchstbetrage belegt werden. (§§ 1030, 1045, 851, 870, 913 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung.)

Versicherte Personen, die den Unfallverhütungsvorschriften für Versicherte zuwiderhandeln, können durch das Versicherungsamt mit einer Geldstrafe bis zu dem jeweils gesetzlich zulässigen Höchstbetrage belegt werden. (§§ 1030, 851, 870 der Reichsversicherungsordnung.)

Beschlissen in der Genossenschaftsversammlung zu Breslau am 7. Juli 1924.

Die vorstehenden Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Maschinen — gültig vom 1. April 1923 — sind durch Beschluß vom 11. Dezember 1924 genehmigt worden.

Berlin, den 19. Dezember 1924.

Das Reichsversicherungsamt.

Abteilung für Unfallversicherung.

gez. Schäffer.

(L. S.)

I U 1 216/24.

Der Abwicklungskommissar

als Vorstand

der Schlesischen landwirtschaftlichen

Berufsgenossenschaft.

Nr. VIII.2979.

Breslau II, den 2.
Landeshaus.



J a h r e s b e r i c h t

über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten der
Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

im Jahre 1926.

I. Allgemeines.

Übersicht über die
gesamte Dienstätigkeit.

Zwecks Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften war nach dem in der 2. Hälfte des Jahres 1925 eingetretenen Tode der beiden technischen Aufsichtsbeamten Haack und Püschel zunächst nur der technische Aufsichtsbeamte auf Probe Zabel tätig. Er übte seinen Dienst im Hauptberuf aus. Ausserdem wurde wie im Vorjahre der technische Landesobersekretär Pöpper aus dem Hochbaubüro der Provinzialverwaltung in der Zeit, in welcher er dort entbehrlich war, mit der Ausführung von Betriebsrevisionen betraut. Für die Unfallverhütungstätigkeit hat er annähernd die Hälfte seiner Arbeitszeit verwenden können. Am 1. September wurde der frühere technische Aufsichtsbeamte der Brandenburgischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Alfred Klinke als technischer Aufsichtsbeamter für den im Vorjahre verstorbenen technischen Aufsichtsbeamten Püschel eingestellt; derselbe übte seinen Dienst im Hauptberuf aus. - Da Zabel an die Stelle des gleichfalls im Vorjahre verstorbenen technischen Aufsichtsbeamten Haack getreten ist, so sind die beiden technischen Auf-

sichtsbeamtenstellen, wie sie früher bestanden hatten, nunmehr wieder besetzt. Ausserdem wurde am 1. November der Maschineningenieur Max Baron aus Ratibor als technischer Aufsichtsbeamter auf Probe angestellt, um ihn bis zum Schluss des Jahres auszubilden und alsdann an die mit Beginn des Jahres 1927 zu errichtende Oberschlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft abzugeben.

Für andere Berufsgenossenschaften sind die Beamten nicht tätig gewesen, auch haben sie Nebenämter nicht bekleidet.

Der Geschäftsbereich der Revisionsbeamten erstreckte sich auf den ganzen Genossenschaftsbezirk, nämlich die beiden Provinzen Ober- und Niederschlesien, in welchen zusammen 266 783 versicherte Betriebe, und zwar 257 551 Hauptbetriebe und 9 232 Nebenbetriebe vorhanden sind.

Zu den Besichtigungen der Betriebe wurden regelmässig die Landjäger und die Gemeindevorsteher oder deren Vertreter bzw. in den Städten die Polizeibeamten, bei grösseren Betrieben ausserdem nach Möglichkeit die gesetzlichen Betriebsvertretungen hinzugezogen. Die Besichtigungen wurden im allgemeinen so vorgenommen, dass jeder Kreis im Jahre mehrere Male aufgesucht wurde. Sie fanden ausserdem regelmässig dann statt, wenn aus der Unfallanzeige zu ersehen war, dass ein schwerer Unfall auf einen Verstoss gegen die Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen war, worauf im Anschluss hieran eine Besichtigung mehrerer benachbarter Betriebe in der betreffenden Gemeinde oder in Nachbargemeinden vorgenommen wurde.

Der Verkehr mit den Betriebsunternehmen und Versicherten gestaltete sich im allgemeinen reibungslos.

Von den Beamten wurden 23 Vorträge über Unfallverhütung in Landjägerversammlungen, landwirtschaftlichen Vereinen, darunter einem land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer-Verein, und in den landwirtschaftlichen Schulen gehalten. Ausserdem standen die Beamten mit den Maschinenfabrikanten während

des ganzen Jahres in Fühlung. Gelegenheit bot sich hierzu vor allem bei Vorträgen und Revisionsreisen, auf denen möglichst die in den revidierten Kreisen gelegenen Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten aufgesucht wurden. Die Fabrikanten zeigten sich durchweg entgegenkommend und bereit, auf Vorschläge und Anregungen hinsichtlich der Anbringung von Schutzvorrichtungen u. dgl. einzugehen. Ebenso wurden auf den Revisionsreisen regelmässig die Dorfhandwerker aufgesucht und ^{auf} die an den landwirtschaftlichen Maschinen pp. anzubringenden Schutzvorrichtungen unter Überlassung von Abbildungen, welche den vorgeschriebenen Unfallschutz veranschaulichen, hingewiesen. Gelegentlich der Revisionen und Vorträge wurde von unseren Beamten eindringlich darauf aufmerksam gemacht, dass die Unternehmer beim Ankauf neuer Maschinen vom Verkäufer stets eine Bescheinigung darüber verlangen sollen, dass die Maschine mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen versehen ist. Ein Formular für eine solche Bescheinigung (Garantieschein) wurde jedem Interessenten auf Wunsch ausgehändigt. Ausserdem werden die Unternehmer laufend in der Zeitschrift der Landwirtschaftskammer hierauf hingewiesen.

Eine Kontrolle von Rentenempfängern wurde gelegentlich der Betriebsrevisionen im Berichtsjahre nicht vorgenommen; dagegen fanden in verschiedenen Fällen Unfallfeststellungen statt.

An polizeilichen Unfalluntersuchungsverhandlungen haben die Beamten im Berichtsjahre nicht teilgenommen. Von den Gerichten wurde ihre Tätigkeit in 7 Fällen beansprucht, teils als Sachverständige bei den Verhandlungen, teils zur Erstattung von schriftlichen Gutachten in Unfallsachen. - Amtliche Beziehungen zu den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten ergaben sich im Berichtsjahre nicht.

Weitere

Weitere Aufträge.

Den Beamten lag ferner die Bearbeitung der Unfallanzeigen bezüglich des Unfallschutzes ob; ausserdem hatten sie Gutachten in erheblicher Zahl auszuarbeiten. Der Sitzung der Genossenschaftsversammlung haben sie beigewohnt, um über Fragen der Unfallverhütung Auskunft geben zu können.

An dem Fortbildungskursus für technische Aufsichtsbeamte in Wernigerode vom 23. - 25. Februar hat der technische Aufsichtsbeamte Zabel teilgenommen.

Die mit der Elektro-Wirtschaftsstelle des Schlesischen Landbundes und dem Wirtschaftsausschuss der drei Genossenschaftsverbände getroffenen Vereinbarungen, dass die Elektro-Ingenieure dieser Stellen Verstösse gegen die Unfallverhütungsvorschriften Teil V - Verwendung des elektrischen Stromes -, die sie bei ihren Revisionen der elektrischen Anlagen in den landwirtschaftlichen Betrieben finden, der Berufsgenossenschaft mitzuteilen haben, damit diese die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer zur Beseitigung der Mängel, - evtl. unter Androhung von Zwangsmassnahmen veranlassen kann, blieben im Berichtsjahre weiter bestehen. Diese Zusammenarbeit hat sich bisher gut bewährt und wird auch für die Zukunft aufrecht erhalten. Eine Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung der Starkstromanlagen auf dem Lande ist noch in Bildung begriffen und wird voraussichtlich im Jahre 1927 ihre Tätigkeit beginnen.

Den ländlichen Fortbildungsschulen und Wanderhaushaltungsschulen wurden wie im Vorjahre auf Wunsch die Unfallverhütungsvorschriften und Bilderbücher übersandt, damit die Besucher dieser Schulen mit dem Unfallschutz vertraut gemacht werden konnten. Ebenso wurden den Bauämtern, Bauberatungsstellen und den Ortpolizeibehörden pp. auf Wunsch die Unfallverhü-

tungsvorschriften kostenlos zur Verfügung gestellt, damit sie die Baupläne hinsichtlich dieser Vorschriften prüfen und bei den Baubesichtigungen die erforderlichen Anordnungen zum Schutze der versicherten Personen treffen können.

Der alljährlich in Breslau stattfindende landwirtschaftliche Maschinenmarkt fiel im Berichtsjahre aus, da die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ihre Wanderausstellung diesmal in Schmiedefeld bei Breslau in der Zeit vom 21. Mai bis 6. Juni abhielt. Auf dieser Ausstellung wurde von den Deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zum ersten Male eine Sonderausstellung für Unfallschutz gezeigt, die bei den Besuchern der Ausstellung starke Beachtung und Anerkennung fand. Unser technischer Aufsichtsbeamter Zabel, der der technischen Kommission dieser Ausstellung angehörte, wurde mit den Vorarbeiten, dem Aufbau und dem Abbau betraut, während der Revisionsbeamte Pöpper zum Mitglied der technischen Kommission bestimmt war, welche die auf der Ausstellung ausgestellten Maschinen daraufhin zu prüfen hatte, ob diese mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen versehen sind. Die hierbei ermittelten Mängel, die von der Kommission zusammengestellt worden waren, wurden dem Verbands der Deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Kassel zur weiteren Bearbeitung zugestellt.

II. Überwachung der Betriebe.

Durchführung der
Unfallverhütungs-
Vorschriften, -
Ausführung der
Revisionen.

Auch im Berichtsjahr sind die Betriebsunternehmer von den Sektionsvorständen durch die Kreisblätter aufgefordert worden, die zur Verhütung von Unfällen vorgeschriebenen Einrichtungen in ihren Betrieben zu treffen, um bei einer Revision ihrer Betriebe durch die technischen Aufsichtsbeamten oder durch die Landjäger ihre Bestrafung zu vermeiden. Ausserdem wurden die einzelnen Gemeindevorstände jedesmal ungefähr 8 Tage vor den Betriebsrevisionen von der bevor-

stehenden Besichtigung benachrichtigt mit der Aufforderung, dies den Unternehmern mitzuteilen, damit sie etwa noch bestehende Mängel in ihren Betrieben vorher beseitigen konnten. Von diesem Verfahren wurde in neuester Zeit abgesehen, da auf Anordnung des Reichsversicherungsamtes die Betriebsbesichtigungen unangemeldet vorgenommen werden sollen. Ein Urteil über diese unvermuteten Betriebsrevisionen kann der Kürze der Zeit wegen noch nicht abgegeben werden.

Das Ergebnis der Betriebsrevisionen war folgendes:

An 155 Reisetagen wurden in 64 Guts- und 149 Gemeindebezirken 2 182 Hauptbetriebe und 25 Nebenbetriebe revidiert. Hierbei wurden in 2 069 Hauptbetrieben und 24 Nebenbetrieben Beanstandungen einzelner Einrichtungen vorgenommen, während 113 Hauptbetriebe und 1 Nebenbetrieb völlig in Ordnung befunden wurden. In den beanstandeten Hauptbetrieben wurden 10 144, in den Nebenbetrieben 58 Mängel, zusammen 10 202 Mängel vorgefunden. Die festgestellten Mängel betrafen folgende Betriebseinrichtungen:

Teil I, landw. Maschinen.	{	702 Göpel
		584 Kraftmotoren,
		1044 Dreschmaschinen,
		1337 Futterschneidemaschinen,
		221 Kreissägen,
Teil II, landw. Nebenbetriebe.	{	788 sonstige landwirtschaftliche Maschinen,
		58 landwirtschaftliche Nebenbetriebe,
		6 Viehhaltungen,
		832 Scheunen- und Hoftore,
Teil III, landw. Hauptbetriebe (Bauwesen)	{	1042 Treppen,
		1357 Leitern,
		989 Einsteige- und Wurflöcher,
		515 Gerüste, Bühnen, Oberböden, usw.

Übertrag: 9475

Übertrag: 9475

Teil III, landw. Hauptbetriebe (Bauwesen)	{	468 Tennenbeläge pp.
		13 Giebel- und Wandluken,
		19 Falltüren über Kelleröffnungen,
		114 Gruben, Brunnen usw.
		<u>113 Elektrische Anlagen.</u>

Summe: 10202 mangelhafte Betriebseinrichtungen.

Diese Mängel wurden von den Revisionsbeamten aufgezeichnet und ihre Beseitigung den Betriebsunternehmern durch ein besonderes Schreiben aufgegeben. Die Überwachung der Durchführung erfolgte alsdann durch die Sektionsvorstände unter Heranziehung der Landjäger.

Gelegentlich der Betriebsrevisionen wurden von den technischen Aufsichtsbeamten 6 landwirtschaftliche Nebenbetriebe ermittelt, die bisher im Kataster der Berufsgenossenschaft nicht verzeichnet standen. Hierüber wurde jedesmal der Nebenbetriebsabteilung eine Anzeige zwecks Weiterverfolgung der Angelegenheit erstattet.

Bestrafungen.

Ein Teil der Betriebsunternehmer ist der diesseitigen Aufforderung zur Abstellung der Mängel nicht nachgekommen. In 412 Fällen musste die Beseitigung der Mängel durch Strafen erzwungen werden. Die Höhe der Strafen schwankte zwischen 5 und 75 Reichsmark; sie wurde bemessen nach der Anzahl der Mängel und der Grösse der Betriebe. Im ganzen sind 7695 Reichsmark an Strafgeldern verhängt worden. Von höheren Strafen wurde nur mit Rücksicht auf die gegenwärtige schwierige Lage der Landwirte abgesehen.

Über die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen und weiblichen Arbeitern an besonders gefährlichen Maschinen oder mit besonders gefahrbringenden Arbeiten ist während des Berichtsjahres nichts bekannt geworden.

Gelegentlich der Betriebsrevisionen wurden seitens der Betriebsunternehmer öfters Klage darüber erhoben, dass die Versicherten den Schutzmassnahmen wenig Beachtung schenken und die Schutzvorrichtungen an den Maschinen, sei es vor Beginn der Arbeit, sei es während derselben, häufig entfernten. Die daraufhin bei den Versicherungsämtern angestellte Rundfrage ergab, dass von diesen nur 7 Versicherte während des ganzen Berichtsjahres wegen Verstosses gegen die Unfallverhütungsvorschriften bestraft worden sind. Diesem Punkte wird in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden.

Forstrevisionen wurden im Berichtsjahre 8 vorgenommen. Sie fanden statt in den Forstrevieren von Langenhof Kreis Öls, Kadlub Kreis Gr. Strehlitz, Carlsruh Kreis Oppeln, Tiltowitz Kreis Falkenberg, Rothenburg Kreis Grünberg, sowie in Thiergarten, Breschine und Militsch Kreis Militsch.

Die geringere Revisionstätigkeit gegenüber dem Vorjahre findet ihre Begründung in dem Wegfall der Tätigkeit der im Jahre 1925 verstorbenen technischen Aufsichtsbeamten Haack und Püschel und der dadurch gesteigerten anderweitigen Inanspruchnahme der beiden Revisionsbeamten Zabel und Pöpper. Zabel wurde in seiner Revisionstätigkeit ausserdem stark behindert durch die umfangreichen Vorarbeiten für die Sonderausstellung für Unfallschutz auf der D.L.G.- Ausstellung in Schmiedefeld.

neits-
liche
üsse. Über gesundheitsschädliche Einflüsse ist diesmal nichts besonderes zu bemerken.

tgabe der
verhü-
orschrif- Wegen Bekanntmachung von Teil I bis V der Vorschriften wird auf das in den früheren Berichten Gesagte bezug genommen. Sämtliche Drucksachen und Bilderbücher (soweit bei letzteren der Vorrat reichte) wurden den Betriebsunternehmern pp. auf Wunsch gegen Erstattung der Selbstkosten zugesandt.

III. Betriebsunfälle.

Statistische Angaben.

Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle betrug im Berichtsjahre insgesamt 14 862 (1925: 11900) einschliesslich derjenigen, welche zur Feststellung einer Entschädigung nicht geführt haben. Von den gemeldeten Betriebsunfällen wurden 5 190 (1925 4590) anerkannt und erstmalig entschädigt, darunter 188 (1925: 202) mit tödlichem Ausgang.

Von den im Jahre 1926 erstmalig entschädigten 5 190 Unfällen wurden veranlasst:

durch <u>Schuld des Unternehmers</u> (mangelhafte Betriebs- einrichtungen, fehlende oder ungenügende Schutz- vorrichtungen usw.)	380	=	7,3 v.H.
durch <u>Schuld des Versicherten</u> (Unacht- samkeit, Leichtsinn, Trunkenheit, Nichtbenutzung vorhandener Schutz- vorrichtungen, Handeln wider be- stehende Vorschriften usw.)	1672	=	32,3 " "
durch Schuld des Arbeitgebers und Arbeiters zugleich	20	=	} 3,4 " "
durch Schuld von Mitarbeitern oder dritten Personen	111	=	
durch sonstige Ursachen (höhere Ge- walt usw.)	46	=	
durch <u>allgemeine Betriebsgefahr</u>	2961	=	57,0 " "
Sa.	5190	=	100,0 v.H.

Diese Unfälle haben sich ereignet wie folgt:

- 321 an Göpeln, Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen,
- 3 an Hebemaschinen,
- 2 an Dampfkesseln usw.,
- 11 durch Sprengstoffe,

Übertrag: 337

21 durch feuergefährliche, heisse und ätzende Stoffe,
246 durch Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen usw. von
Gegenständen,
1342 durch Fall von Leitern, Treppen, aus Luken usw. in
Vertiefungen und auf ebener Erde,
122 beim Auf- und Abladen, Heben, Tragen usw.
1172 durch Fuhrwerk (Überfahren, Absturz usw.),
2 beim Schiffsverkehr,
5 durch Eisenbahnen pp.,
878 durch Tiere (Stoss, Schlag, Biss usw.)
200 beim Handhaben von Arbeitsgerät,
11 durch elektrischen Strom,
854 durch sonstige Veranlassungen.

Summe: 5190 Unfälle.

Diese Unfälle haben die nachstehenden Folgen ge-
zeitigt:

188 den Tod,
11 dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit,
4991 dauernde teilweise oder vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.

Summe: 5190.

Von den 5190 Unfällen entfielen:

3292 auf Männer,
1825 auf Frauen,
54 auf Knaben und
19 auf Mädchen.

Allmelde-
sen.

Der Eingang der Unfallanzeigen erfolgte im all-
gemeinen pünktlich bei den Ortspolizeibehörden und
den Sektionsvorständen. In 204 Fällen musste wegen
Nachlässigkeit bei Erfüllung der Anzeigepflicht Be-
strafung erfolgen. Die Strafen hielten sich in der
mässigen Höhe von zwei bis dreissig Reichsmark. Die
Gesamtsumme dieser Strafgeelder betrug 1792 Reichsmark.

Die Sektionsvorstände haben, wie in den Vorjahren, so auch im Berichtsjahre von jeder Unfallanzeige, die bei ihnen einging, die 2. Ausfertigung oder eine Abschrift unverzüglich an den Genossenschaftsvorstand eingesandt, damit hier an der Hand der Anzeigen geprüft wurde, ob der Unfall auf einen Verstoss gegen die Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen ist, und ob eine baldige Revision des betreffenden Betriebes geboten erscheint. In allen Fällen, in denen nach dem Inhalt der Unfallanzeige anzunehmen war, dass ein Verstoss gegen die Unfallverhütungsvorschriften vorliegt, wurde entweder einer der technischen Aufsichtsbeamten mit der örtlichen Feststellung beauftragt, oder der Sektionsvorstand wurde ersucht, diese Feststellung durch den Landjäger vornehmen zu lassen. Solche Feststellungen durch den Landjäger haben im Berichtsjahr in mehr als 1 500 Fällen stattgefunden.

IV. Sonstiges.

Gemäss §§ 848, 1030 der RVO. müssen die Berufsgenossenschaften dafür sorgen, dass, soweit es nach dem Stande der Technik und der Heilkunde und nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft möglich ist, bei Unfällen dem Verletzten eine wirksame erste Hilfe zuteil wird. Die mit den Vaterländischen Frauenvereinen und sonstigen Gemeindepflegestationen hierüber getroffenen Vereinbarungen wurden auch im Berichtsjahre aufrechterhalten. Den Gemeindeschwestern ist hiernach zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, dass dem Unfallverletzten auch bei geringfügigen Verletzungen tunlichst schnell erste Hilfe und geeignete Krankenpflege zu teil wird. Bei sich bietender Gelegenheit wurden sowohl die Unternehmer wie die Versicherten auf diese Hilfeleistungen der Gemeindeschwestern von unseren Beamten hingewiesen.

Im Berichtsjahre wurden für 962 Gemeindeschwestern insgesamt Beihilfen in Höhe von 118 590 RM gezahlt.

Übertrag: 337

21 durch feuergefährliche, heisse und ätzende Stoffe,
246 durch Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen usw. von
Gegenständen,
1342 durch Fall von Leitern, Treppen, aus Luken usw. in
Vertiefungen und auf ebener Erde,
122 beim Auf- und Abladen, Heben, Tragen usw.
1172 durch Fuhrwerk (Überfahren, Absturz usw.),
2 beim Schiffsverkehr,
5 durch Eisenbahnen pp.,
878 durch Tiere (Stoss, Schlag, Biss usw.)
200 beim Handhaben von Arbeitsgerät,
11 durch elektrischen Strom,
854 durch sonstige Veranlassungen.

Summe: 5190 Unfälle.

Diese Unfälle haben die nachstehenden Folgen ge-
zeitigt:

188 den Tod,
11 dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit,
4991 dauernde teilweise oder vorübergehende Erwerbsunfä-
higkeit.

Summe: 5190.

Von den 5190 Unfällen entfielen:

3292 auf Männer,
1825 auf Frauen,
54 auf Knaben und
19 auf Mädchen.

allmeide-
esen.

Der Eingang der Unfallanzeigen erfolgte im all-
gemeinen pünktlich bei den Ortspolizeibehörden und
den Sektionsvorständen. In 204 Fällen musste wegen
Nachlässigkeit bei Erfüllung der Anzeigepflicht Be-
strafung erfolgen. Die Strafen hielten sich in der
mässigen Höhe von zwei bis dreissig Reichsmark. Die
Gesamtsumme dieser Strafgeelder betrug 1792 Reichsmark

Die Sektionsvorstände haben, wie in den Vorjahren, so auch im Berichtsjahre von jeder Unfallanzeige, die bei ihnen einging, die 2. Ausfertigung oder eine Abschrift unverzüglich an den Genossenschaftsvorstand eingesandt, damit hier an der Hand der Anzeigen geprüft wurde, ob der Unfall auf einen Verstoss gegen die Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen ist, und ob eine baldige Revision des betreffenden Betriebes geboten erscheint. In allen Fällen, in denen nach dem Inhalt der Unfallanzeige anzunehmen war, dass ein Verstoss gegen die Unfallverhütungsvorschriften vorliegt, wurde entweder einer der technischen Aufsichtsbeamten mit der örtlichen Feststellung beauftragt, oder der Sektionsvorstand wurde ersucht, diese Feststellung durch den Landjäger vornehmen zu lassen. Solche Feststellungen durch den Landjäger haben im Berichtsjahr in mehr als 1 500 Fällen stattgefunden.

IV. Sonstiges.

Gemäss §§ 848, 1030 der RVO. müssen die Berufsgenossenschaften dafür sorgen, dass, soweit es nach dem Stande der Technik und der Heilkunde und nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft möglich ist, bei Unfällen dem Verletzten eine wirksame erste Hilfe zuteil wird. Die mit den Vaterländischen Frauenvereinen und sonstigen Gemeindepflegestationen hierüber getroffenen Vereinbarungen wurden auch im Berichtsjahre aufrechterhalten. Den Gemeindeschwestern ist hiernach zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, dass dem Unfallverletzten auch bei geringfügigen Verletzungen tunlichst schnell erste Hilfe und geeignete Krankenpflege zu teil wird. Bei sich bietender Gelegenheit wurden sowohl die Unternehmer wie die Versicherten auf diese Hilfeleistungen der Gemeindeschwestern von unseren Beamten hingewiesen.

Im Berichtsjahre wurden für 962 Gemeindeschwestern insgesamt Beihilfen in Höhe von 118 590 RM gezahlt.

Berichtigung

Weitere Einrichtungen auf dem Gebiete der ersten Hilfe sind im Jahre 1926 noch nicht getroffen worden, weil zunächst abgewartet werden sollte, welche Richtlinien hierfür der Verband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Einvernehmen mit dem Reichsversicherungsamt aufstellen würde. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Insbesondere musste auch der Plan, Betriebshelfer für die erste Hilfe auszubilden, noch zurückgestellt werden, bis darüber Klarheit herrscht, welche Verpflichtungen in dieser Hinsicht den Betriebsunternehmern auferlegt werden können. Auch die gegenwärtige schwierige Lage der Landwirtschaft nötigt dazu, vorläufig auf diesem Gebiete eine Steigerung der ohnehin als drückend empfundenen sozialen Lasten tunlichst zu vermeiden.

Die Kosten der Unfallverhütung betrugen insgesamt im Berichtsjahre 22 769,49 RM, worin die Kosten des Büros (Unfallverhütungsabteilung) nicht mitenthalten sind, die im Berichtsjahre rd. 6 890 RM betrugen. Es entfielen:

1. auf Kosten für den Druck von Unfallverhütungsvorschriften pp. 226,89 RM
2. auf Reisekosten der Revisionsbeamten 5424,95 "
3. auf Gehälter pp. der Revisionsbeamten 9741,65 "
4. auf eine jährliche Beihilfe zur Unterhaltung der in Schlesien bestehenden Fürsorgestellen für Lungenkranke 2500,00 "
5. auf anteilige Kosten für die auf der D.L.G.-Ausstellung errichtete Sonderausstellung für Unfallschutz 3000,00 "

Übertrag: 20893,49 RM

Übertrag:	20 893,49 RM
6. auf anteilige Kosten der Unfallverhütung an den Verband in Kassel	1 349,00 "
7. auf Sonstiges	527,00 "
	<hr/>
Summe wie vor:	22 769,49 RM

Genehmigt:
für den Genossenschaftsvorstand.
Charlottenburg, den 2. Mai 1927.

Der Abwicklungskommissar
zur Vertretung der Rechte und Pflichten
der früheren Provinz Schlesien.

gez. Dr. M a i e r .

Y 139
P 139

Hamburgisches
Wett-Wirtschafts-Archiv
Eing. 12. Jan. 1928 *
Waren- und Firmen-Archiv

Geschäftsbericht

der

Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

für das Jahr

1926.

Geschäftsbericht

der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Jahr 1926.

Breslau, den 1. August 1927.

Der Bericht wird zum letzten Male für die ungeteilte landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, die Gesamtschlesien umfaßte, erstattet, da durch Erlass des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 23. Dezember 1925 die Trennung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nach den Provinzen Nieder- und Oberschlesien angeordnet und mit Wirkung vom 1. Januar 1927 ab vollzogen worden ist. Hierdurch hat die am 1. April 1888 errichtete Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zu bestehen aufgehört und es sind an ihre Stelle die Niederschlesische und die Oberschlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft getreten.

I.
Allgemeines.

Über die bisherigen Genossenschaftsorgane ist folgendes zu sagen:

Die Genossenschaftsversammlung setzte sich nach dem Gesetz betreffend Änderung des Gesetzes über die landwirtschaftliche Unfallversicherung vom 7. September 1922 und §§ 6 und 7 des II. Nachtrages zur Satzung der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft aus 45 Vertretern zusammen, die von der Landwirtschaftskammer Schlesien am 28. Februar 1924 auf 4 Jahre gewählt worden sind.

Von den Vertretern müssen sein:

- a) 12 Unternehmer von landwirtschaftlichen Betrieben mit 100 ha oder mehr bewirtschafteter Fläche — Großbetriebe —,
- b) 12 Unternehmer von landwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens 10 ha und weniger als 100 ha bewirtschafteter Fläche — Mittelbetriebe —,
- c) 12 Unternehmer von landwirtschaftlichen Betrieben mit weniger als 10 ha bewirtschafteter Fläche — Kleinbetriebe —,
- d) 6 Unternehmer einer Forstwirtschaft mit mindestens 100 ha bewirtschafteter Fläche und
- e) 3 Unternehmer eines Weinbau- oder Gärtnereibetriebes von mindestens 1 ha landwirtschaftlicher Fläche.

Das Verzeichnis der Vertreter zur Genossenschaftsversammlung und ihrer Stellvertreter nach dem Stande von Ende 1926 ist in der Anlage I enthalten.

Im Jahre 1926 ist die Genossenschaftsversammlung am 20. Dezember zu ihrer ordentlichen Tagung zusammengetreten. Von ihr wurde die Prüfung und Entlastung der Jahresrechnung der

Anlage I

Berufsgenossenschaft für das Jahr 1925 vorgenommen. Ferner wurde von dem Jahresbericht über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten, sowie von dem Verwaltungsbericht der Berufsgenossenschaft für das Jahr 1925 Kenntnis genommen. Im Anschluß an diese Versammlung erfolgte mit Genehmigung des Reichsversicherungsamts durch die erschienenen niederschlesischen Vertreter der bisherigen Genossenschaftsversammlung die Beschlußfassung über die neue Satzung der Niederschlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Seit Aufhören des Bestehens des gemeinsamen Provinzialausschusses fungiert als Genossenschaftsvorstand der Abwicklungskommissar zur Vertretung der Rechte und Pflichten der früheren Provinz Schlesien, Herr Oberpräsident Dr. Maier. Die laufenden Geschäfte des Genossenschaftsvorstandes wurden von 1 Oberbeamten, 1 Referenten, 10 Büro-, 1 Kassen- und $4\frac{1}{2}$ Kanzleibeamten bearbeitet. Daneben waren noch 8 bis 10 Hilfsarbeiter je nach dem Umfange der Dienstgeschäfte tätig. Außerdem sind bei der Berufsgenossenschaft 3 technische Aufsichtsbeamte tätig, denen es obliegt, die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen.

Das Geschäftslokal der Berufsgenossenschaft befindet sich im Landeshause in Breslau 2, Gartenstraße 74.

Die Zahl der Sektionen beträgt 71, nämlich 57 Landkreise und 14 Stadtkreise; Sektionsvorstände sind die Kreis- (Stadt-) Ausschüsse.

Wie eingangs erwähnt, ist die Trennung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nach den Provinzen Nieder- und Oberschlesien mit Wirkung vom 1. Januar 1927 ab erfolgt. Bis zum Abschluß der Rechnung für 1926 lag es der bisherigen Verwaltung ob, noch als Abwicklungsstelle zu dienen, die ordentliche Umlage auszuschreiben und die Rechnung für 1926 aufzustellen. Mit den hieraus sich ergebenden laufenden Geschäften wurde von dem Herrn Abwicklungskommissar der Dezent der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, Erster Landesrat Dr. Schröter, beauftragt. Über die aus Anlaß der Teilung der Berufsgenossenschaft notwendig werdende Vermögensauseinandersetzung wird im nächsten Jahre zu berichten sein.

Die Verbandstagung der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften fand in Breslau und Hirschberg am 17. und 18. September 1926 statt; sie wurde geleitet von Herrn Landeshauptmann Dr. v. Ihaer, und war gut besucht. Etwa 60 Mitglieder des Verbandes und mehrere Behördenvertreter nahmen an der Tagung teil; an ihr nahm auch der Dezent der Berufsgenossenschaft teil. Derselbe war im Berichtsjahre außerdem mehrfach als stellvertretendes Mitglied des Ständigen Ausschusses der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften tätig.

Durch die Verordnung über die Rechtsverhältnisse aufgelöster Versicherungsträger in den ehemaligen Provinzen Westpreußen und Posen vom 28. März 1923 ist mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab die Zuständigkeit der Westpreußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Bearbeitung von Rentenangelegenheiten, in denen sich der Unfall in einem Betriebe außerhalb der jetzigen Grenzen des Deutschen Reichs ereignet hat, auf die Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft übergegangen. Die Zuständigkeit beschränkt sich auf die im Deutschen Reich wohnenden Unfallverletzten, die ihren Unfall in einem landwirtschaftlichen Betriebe des an Polen gefallen Teils der früheren Provinz Westpreußen erlitten haben und vordem von der Westpreußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente erhielten oder zu erhalten hätten.

Die Zahl der für Rechnung der früheren Westpreußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft entschädigten Rentenempfänger beträgt zurzeit 918 (gegen 956 im Vorjahre). Die Bearbeitung dieser Unfallsachen ist auf mehrere der diesseitigen Sektionen, die sich hierzu bereit erklärt haben, verteilt worden. Die Rentenlast wird alljährlich vom Reichsversicherungsamt nachträglich auf sämtliche landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nach Verhältnis ihrer Gesamtausgaben umgelegt.

Im Jahre 1926 betrugen die Gesamtausgaben für die ehemalige Westpreußische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft 200 664,68 *R.M.*
 Nach Abzug des für 1926 umgelegten Vorschusses von 58 800,— "
 blieben zu erstatten 141 864,68 *R.M.*
 Mit dem bis Ende 1927 berechneten Vorschuß von 180 000,— "
 gelangten zur Verteilung auf sämtliche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften . . 321 864,68 *R.M.*
 Hiervon hatte die Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft 19 526,54 *R.M.* endgültig zu übernehmen.

Für die Gewährung von Unterstützungen an die aus Polen ausgewiesenen Optanten, denen Polen die Zahlung der ihnen zustehenden Rente aus der Unfallversicherung verweigert, hat das Reich dem Reichsarbeitsministerium Mittel zur Verfügung gestellt. Mit der Einrichtung einer vorläufigen Fürsorge für die in Betracht kommenden Personen (Optantenfürsorge) ist das Reichsversicherungsamt beauftragt worden. Nach den von dem Reichsversicherungsamt erlassenen Ausführungsbestimmungen können die seit dem 15. Mai 1925 aus Polen ausgewiesenen deutschen Optanten, die gegenüber Polen einen Anspruch auf Leistungen aus der Sozialversicherung haben, Unterstützungen in Höhe der polnischen Rente erhalten, wobei für die Umrechnung 1 Zloty = 0,75 *R.M.* gilt. Im Berichtsjahre sind diesseits an 31 Optanten Unterstützungen im Gesamtbetrage von 2958,08 *R.M.* gezahlt worden, die vom Reiche zurückerstattet worden sind.

Im Berichtsjahre sind insgesamt 14 862 (1925: 11 900) Betriebsunfälle zur Anzeige gekommen. Die erhebliche Steigerung der Zahl der gemeldeten Unfälle erklärt sich daraus, daß nach Stabilisierung unserer Geldwährung und bei der ungünstigen Lage der Landwirtschaft mehr Rentenanprüche erhoben werden, die während der Inflationszeit bei der raschen Entwertung des Geldes überhaupt nicht geltend gemacht wurden. Einen wesentlichen Einfluß auf die Vermehrung der Unfallanzeigen hat ferner die durch das Gesetz vom 14. Juli 1925 angeordnete Ausdehnung des versicherungspflichtigen Beschäftigungstreises und die seitens der Krankenkassen auf Grund des Krankentassenabkommens an die Versicherten ergangene Aufforderung zur Anmeldung auch der geringfügigsten Betriebsunfälle.

Während des Berichtsjahres sind an entschädigungspflichtigen Unfällen in Zugang gekommen 5190 (1925: 4590). Durch eingetretenen Tod und infolge Wiedererlangung der vollen Erwerbsfähigkeit ist im Jahre 1926 zusammen in 4840 Fällen die Zahlung von Unfallentschädigungen eingestellt worden, während durch Abfindung gemäß § 616 des Gesetzes vom 14. Juli 1925 = 1049 Renten in Abgang gekommen sind. Vergleicht man die Gesamtzahl der in Abgang gekommenen Renten (5889) mit derjenigen der neu hinzugetretenen Unfälle (5190), so ergibt sich für das Berichtsjahr ein Abgang von 699 Entschädigungsfällen.

II. Unfälle.

Von den im Berichtsjahre hinzugekommenen 5190 Unfällen haben zur Folge gehabt:

188 den Tod,
11 völlige, und
4991 teilweise Erwerbsunfähigkeit.

Eine ziffernmäßige Übersicht der in den einzelnen Betrieben im Berichtsjahre eingetretenen Unfälle, der Veranlassung und Art derselben, sowie der Unfallfolgen ergibt die Anlage 2, während die von den einzelnen Sektionen gemeldeten und entschädigten Unfälle in Anlage 3 vermerkt sind.

III. Entschädigungen.

Seitens der Postbehörde sind für geleistete Zahlungen an Entschädigungsberechtigte = 4 436 386,99 *RM* zur Erstattung liquidiert worden.

Durch die Landeshauptkasse sind auf Anweisung (ohne Vermittlung der Post) an Kosten des Heilverfahrens pp. 733 580,30 *RM*
zur Zahlung gelangt; rechnet man hierzu den seitens der Postbehörde liquidierten obigen Betrag von 4 436 386,99 "

so ergibt sich als Gesamtsumme der geleisteten Entschädigungen der Betrag von 5 169 967,29 *RM*

Hiervon gehen ab die Einnahmen aus Entschädigungsersparungsansprüchen 4 498,84 "
mithin sind an Entschädigungen wirklich aufgewendet 5 165 468,45 *RM*

Entschädigungsberechtigte waren am Schlusse des Berichtsjahres insgesamt 32 622, nämlich

29 252 Unfallverletzte,
28 Angehörige und
3 342 Hinterbliebene.

Wie die Entschädigungsberechtigten sich auf die einzelnen Sektionen verteilen, ist aus Anlage 3 ersichtlich.

Die durch die Post und die Landeshauptkasse im Berichtsjahre geleisteten Entschädigungszahlen haben gegen das Vorjahr eine Steigerung um rd. 1,7 Millionen *RM* erfahren. Diese außerordentliche Mehrbelastung der Berufsgenossenschaft beruht auf der Auswirkung der mit dem Gesetz vom 14. Juli 1925 verbundenen Neuerungen und auf der erheblichen Aufwertung der alten Renten, was eine starke Steigerung der Genossenschaftsbeiträge zur Folge haben mußte.

Einen Überblick über die rapide Zunahme der Unfallkosten in den Jahren nach der Inflation (1924 – 1926) gibt nachstehende Zusammenstellung:

Höhe des monatl. Postvorschlusses:

1924	Januar/April	55 068 <i>RM</i>	durch die Post gezahlte Entschädigungen	1 898 955,36 <i>RM</i>
	Mai/Juni	154 000 "	durch die Landeshauptkasse direkt gezahlt	212 759,98 "
	Juli/Dezember	174 000 "	Gesamtentschädigung 1924:	2 111 715,34 <i>RM</i>
1925	Januar/Mai	174 000 <i>RM</i>	durch die Post gezahlte Entschädigungen	3 095 435,98 <i>RM</i>
	Juni/Dezember	221 500 "	durch die Landeshauptkasse direkt gezahlt	357 778,69 "
			Gesamtentschädigung 1925:	3 453 214,67 <i>RM</i>
1926	Januar/März	221 500 <i>RM</i>	durch die Post gezahlte Entschädigungen	4 436 386,99 <i>RM</i>
	April/Mai	342 500 "	durch die Landeshauptkasse direkt gezahlt	733 580,30 "
	Juni/Juli	330 000 "	Gesamtentschädigung 1926:	5 169 967,29 <i>RM</i>
	August/Dezember	334 200 "		

Nach vorstehendem haben die Entschädigungszahlungen gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um rd. 150 v. H., gegenüber dem Jahre 1924 sogar eine Steigerung um rd. 245 v. H. erfahren. So bedauerlich auch diese enorme Steigerung der Unfallkosten ist, besonders bei der gegenwärtigen Notlage der Landwirtschaft, die mit Recht über die kaum tragbare Höhe der Steuern und Abgaben Klage führt, so handelt es sich doch um die Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen, denen die Landwirtschaft sich nicht entziehen kann. Eine Herabminderung dieser Lasten durch einen verstärkten Ausbau der vorbeugenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Unfallverhütung und des Heilverfahrens ist leider nur in beschränktem Maße möglich und die Wirkung dieser Maßnahmen kann sich naturgemäß erst im Laufe der Zeit bemerkbar machen. Die Landwirtschaft wird sich daher mit den hohen Unfallkosten abfinden müssen in der Erwartung, daß ihr wenigstens eine weitere Steigerung dieser Lasten durch die Gesetzgebung und durch Anordnungen der Aufsichtsbehörden erspart bleibt.

Daß die Verwaltung der Berufsgenossenschaft bestrebt ist, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Landwirten die Erfüllung ihrer Beitragspflicht tunlichst zu erleichtern, erscheint selbstverständlich. Es soll aber hier besonders hervorgehoben werden, daß die Berufsgenossenschaft in den letzten Jahren grundsätzlich die Zahlung der Beiträge in zwei Raten zugelassen hat, und daß die Sektionsvorstände ermächtigt worden sind, bei nachgewiesenen Notständen auf Antrag weitgehende Stundung der Beiträge, sei es zinslos, sei es gegen Verzinsung der Rückstände, zu gewähren. Dieses Entgegenkommen erscheint geboten, da eine Ermäßigung der Beiträge im Gesetz nicht vorgesehen und eine Niederschlagung derselben nur bei völliger Unbeitreibbarkeit zugelassen ist.

Die Verwaltungskosten (persönliche und sächliche) betragen insgesamt 425 985,33 RM; und	
zwar wurden	
von den Sektionsvorständen liquidiert	222 645,43 RM
vom Genossenschaftsvorstande sind verausgabt worden	203 339,90 "
zusammen	<u>425 985,33 RM</u>

IV.
Verwaltungs-
kosten.

Mithin betragen die Verwaltungskosten nur rd. 8,3 v. H. der Gesamt-Entschädigungen, woraus sich ergibt, daß die Verwaltung keinesfalls den Vorwurf verdient, zu teuer zu wirtschaften.

Ferner sind im Berichtsjahre an Kosten entstanden:

1. für Unfalluntersuchungen und erstmalige Feststellung der Entschädigungen	165 460,08 RM
2. Kosten des Rechtsgangs	53 567,37 "
3. Unfallverhütungskosten	22 769,49 "
4. Kosten des Finanzdienstes (auschl. Hebegebühren)	57 111,18 "
5. Anteilige Kosten zu den Aufwendungen für die ehemalige Westpreußische und Posenische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft	21 939,08 "
zusammen	<u>746 832,53 RM</u>

Die Zahl der Betriebe beträgt, einschl. der Betriebe ohne Bodenwirtschaft sowie der land- V. Betriebe.
und forstwirtschaftlichen Nebenbetriebe und versicherten Tätigkeiten, zusammen 266 783.

Von den 266 783 Betrieben entfallen auf Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gärtnereien
257 551, auf Nebenbetriebe pp. 9232.

Eine Verteilung der Betriebe auf die einzelnen Sektionen ergibt Anlage 3.

VI. **Grundsteuer.** Das Veranlagungsergebnis hinsichtlich der staatlich veranlagten und angenommenen Grundsteuer stellt sich für das Jahr 1926 wie folgt:

Das Soll der staatlich veranlagten Grundsteuer beträgt 4 774 995,02 *R.M.*

Die angenommene Grundsteuer beträgt:

für die land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetriebe und Betriebe ohne

Bodenwirtschaft 86 596,— "

für die Betriebsbeamten und Versicherten bestimmter Gruppen 117 963,50 "

Summe 4 979 554,52 *R.M.*

Das gesamte Grundsteuersoll betrug im Jahre 1925 5 061 351,43 "

Within im Berichtsjahre weniger: 81 796,91 *R.M.*

Der Rückgang der angenommenen Grundsteuer für Betriebsbeamte pp. beruht in der Hauptsache auf der Herabsetzung des angenommenen Grundsteuersatzes, nach welchem die Beitragszuschläge berechnet werden, von 2 *R.M.* auf 1 *R.M.* (für je volle 100 *R.M.* des Unterschiedsbetrages zwischen dem für die Entschädigungsberechnung anzusetzenden Jahresarbeitsverdienst dieser Personen und dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter).

VII. **Umlage.** Für das Jahr 1926 stellt sich die durch Umlage aufzubringende Summe nach der beigegeführten Übersicht (Anlage 4) auf 6 444 960,90 *R.M.*

Der Mindestbeitrag ist für 1926 durch die letzte Genossenschaftsversammlung wiederum auf 2,— *R.M.* festgesetzt worden.

Für das Berichtsjahr mußten außer dem Betrage der tatsächlichen Aufwendungen an Entschädigungen und Verwaltungskosten usw. für 1926 von zusammen 5 916 799,82 *R.M.* erhoben werden:

1. Vorschußdifferenz 1927 404 500,— "

2. Zurückgezahlte und beim Rechnungsabluß noch ausstehende Beiträge aus 1925 222 476,83 "

3. Hebegebühren 129 182,90 "

4. Abrundungsbeträge 108 994,21 "

zusammen: 6 781 953,76 *R.M.*

Nach Abzug der Einnahmen von zusammen 336 992,86 "

bleiben umzulegen: 6 444 960,90 *R.M.*

Die berufsgenossenschaftlichen Einnahmen und Ausgaben betragen im Berichtsjahre nach der beiliegenden Zusammenstellung (Anlage 5 unter A) insgesamt je 6 781 953,76 *R.M.*

Zur Erreichung der Höhe des für das Jahr 1927 benötigten Vorschusses, dessen Ausschreibung nach Vereinbarung mit der Oberschlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für beide Berufsgenossenschaften gemeinsam erfolgte und dessen Höhe mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Landwirtschaft nur bis Ende 1927 bemessen worden ist, mußten 404 500 *R.M.* mehr in die Umlage eingesetzt werden, so daß mit dem vorjährigen Bestande (5 595 500 *R.M.*) zur Deckung der laufenden Ausgaben im Geschäftsjahre 1927 der auf 6 Millionen *R.M.* veranschlagte Vorschußbedarf zur Verfügung steht, der sich infolge Aufrundung pp. auf den Betrag von 6 108 994,21 *R.M.* erhöht.

Nach Abschreibung des hiervon an die Oberschlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft abzuführenden Anteils in Höhe von 1811 820,— *R.M.* werden laut Rechnungsabluß in die Rechnung der Niederschlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Jahr 1927 als Bestand 4 297 174,21 *R.M.* übernommen.

Bei dem Buchabschluß der Rücklage für 1926 ist nach den vom Reichsversicherungsamt auf: VIII. Rücklage. gestellten Grundsätzen für die Bewertung und Darstellung der berufsgenossenschaftlichen Vermögensbestände vom 23. Februar 1926 verfahren worden. Hierbei ist der Buchwert als „Sollbestand am 31. Dezember 1926“ auf 20 068,21 *R.M.* festgestellt worden, unbeschadet der späteren endgültigen Aufwertung des Vermögensbestandes. Eine Einlage in die Rücklage ist auch für das Jahr 1926 unterblieben.

In Anlage 5 unter B findet sich eine Übersicht über den Stand der Rücklage am Schlusse des Berichtsjahres.

Der Betriebsstock hatte am 31. Dezember 1926 eine Höhe von 194 020,72 *R.M.*

Der Sollbestand des Vermögens der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft betrug somit am Ende des Berichtsjahres zusammen 214 088,93 *R.M.*

Die Überwachung der Unfallverletzten liegt in erster Linie den Sektionsvorständen ob; IX. Kontrolle der Unfallverletzten. hierbei unterstützt der Genossenschaftsvorstand diese durch Veranstaltung außerordentlicher Rentenrevisionen. Im Berichtsjahre haben Rentenrevisionen in folgenden 13 Sektionen stattgefunden: Guhrau, Habelschwerdt, Militsch, Neumarkt, Neurode, Nimpsch, Oels, Groß Wartenberg, Wohlau, Lüben, Kreuzburg, Guttentag und Rosenberg und zwar mit folgendem Ergebnis: Es wurden untersucht an 26 Tagen 852 Rentenempfänger (538 Männer und 314 Frauen).

Es wurde vorgeschlagen:

Entziehung der Rente in	239	Fällen,
Herabsetzung „ „ „	234	„
Erhöhung „ „ „	8	„
Belassung „ „ „	363	„
Spezialuntersuchung usw. in	8	„

Mithin konnte in 473 Fällen = rund 56 v. H., von denen 158 bereits dauernd bewilligt waren, die Rentenentziehung oder Herabsetzung vorgeschlagen werden.

Die Zahl der im Jahre 1926 von den Oberversicherungsämtern erledigten Berufungen gegen Bescheide der Berufsgenossenschaft beträgt 2331 (1925: 1440), nämlich im Regierungsbezirk Breslau 942, Liegnitz 649 und Oppeln 740.

X. Berufungen.

Seitdem das Einspruchsverfahren bei den Sektionsvorständen weggefallen und alsbald die Berufung bei dem Oberversicherungsamt einzulegen ist (Verordnung über Vereinfachungen in der Sozialversicherung vom 30. Oktober 1923), ist eine starke Zunahme der Berufungen zu verzeichnen.

Streitigkeiten mit Krankenkassen usw. sind nicht zur Entscheidung im Spruchverfahren gekommen.

Insgesamt sind im Berichtsjahre 53 567,37 *R.M.* (1925: 15 192,— *R.M.*) Kosten des Rechtsgangs erwachsen.

Durch die Verordnung über die Pauschbeträge für Spruchfachen bei den Oberversicherungsämtern vom 10. November 1926 (RöBl. I S. 487) sind die Pauschbeträge mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1925 ab von 10 *R.M.* auf 20 *R.M.* erhöht, also verdoppelt worden. Auf Grund dieser Verordnung haben Nachzahlungen für 1925 in Höhe von rund 19 000,— *R.M.* erfolgen müssen, die in dem Betrage von 53 567,37 *R.M.* enthalten sind. Hierdurch erklärt sich die auffallende Höhe der Kosten des Rechtsganges.

XI. Refurs.

Seitens des Genossenschaftsvorstandes ist im Berichtsjahre in keinem Falle der Refurs gegen die Entscheidung des Oberversicherungsamts bei dem Reichsversicherungsamt eingelegt worden.

Das Reichsversicherungsamt beschäftigten 97 Fälle, in denen seitens der Verletzten Refurs eingelegt worden ist; davon wurde in 64 Fällen der Refurs zurückgewiesen, während 5 Fälle zugunsten der Verletzten erledigt worden sind. 28 Refursfachen schweben noch.

Die Berufsgenossenschaft war im Reichsversicherungsamt durch die aus dem Stande der Betriebsunternehmer gewählten nicht ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts, Geheimen Regierungsrat von Hauenschild-Iseidts OS. und Rittergutsbesitzer, Landschaftsdirektor von Niebelschütz-Metschlau, Kreis Sprottau, vertreten.

XII. Bestrafungen.

Im Berichtsjahre sind gegen 204 Betriebsunternehmer und Betriebsleiter wegen verspäteter Erstattung der Unfallanzeigen und gegen 412 Unternehmer wegen Zuwiderhandelns gegen die Unfallverhütungsvorschriften Geldstrafen von insgesamt 9487 *R.M.* verhängt worden. Eingegangen sind hierauf im Berichtsjahre 3852,20 *R.M.*. Vielfach ist auf Antrag Ermäßigung oder Erlass der Strafe gewährt worden, wobei auf die schwierige Lage der Landwirtschaft Rücksicht genommen werden mußte.

XIII. Entschädigungserfahrungsansprüche.

Entschädigungserfahrungsansprüche wurden in 4 Fällen erhoben. In 2 Fällen hat die Berufsgenossenschaft Befriedigung ihres Anspruchs durch Anerkenntnis der Haftpflicht erlangt, während in den beiden anderen Fällen die eingeleiteten Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Im Berichtsjahre sind von Entschädigungserfahrungsansprüchlichen insgesamt 4498,84 *R.M.* zurückerstattet worden.

XIV. Unfallverhütung.

Über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften durch die technischen Aufsichtsbeamten ist ein besonderer Bericht erstattet worden, aus dem hier folgendes auszugsweise mitzuteilen ist:

Die Besichtigungen der Betriebe fanden meistens im Beisein der Landjäger bzw. Polizeibeamten und vielfach aus Anlaß solcher Unfälle statt, die auf einen Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen sind, wobei im Anschluß hieran eine größere Anzahl benachbarter Betriebe aufgesucht wurde.

Das Ergebnis der Betriebsrevisionen war folgendes:

An 155 Reisetagen wurden in 64 Guts- und 149 Gemeindebezirken 2182 Hauptbetriebe und 25 Nebenbetriebe revidiert und die Unternehmer zur Beseitigung der vorgefundenen Mängel aufgefordert. Von der Vornahme von Nachrevisionen durch die technischen Aufsichtsbeamten wurde

abgesehen und diese regelmäßig den Landjägern überlassen. Ferner wurden von den Beamten 23 Vorträge in landwirtschaftlichen Vereinen, Landwirtschaftsschulen und Landjägerversammlungen über die Unfallverhütung gehalten. Mit den Maschinenfabrikanten standen die technischen Aufsichtsbeamten während des ganzen Jahres in Fühlung. Gelegenheit hierzu bot sich auch auf der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Breslau, auf der zum ersten Male eine Muster-scheune und ein Musterstall ausgestellt wurden, sowie bei Vorträgen und Revisionsreisen, auf denen möglichst die in den revidierten Kreisen gelegenen Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten besichtigt wurden, um bei den Inhabern derselben darauf hinzuwirken, daß die von ihnen hergestellten oder durch ihre Hand gehenden landwirtschaftlichen Maschinen mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen versehen werden.

Von den im Jahre 1926 erstmalig entschädigten 5190 Unfällen wurden veranlaßt:

380 = 7,3 v. H. durch Schuld des Unternehmers bzw. durch mangelhafte Betriebseinrichtungen,
 1672 = 32,3 v. H. durch Schuld des Versicherten, 177 = 3,4 v. H. durch sonstige Ursachen und
 2961 = 57 v. H. durch unvermeidliche Betriebsgefahr.

Genehmigt:

Für den Genossenschaftsvorstand:

Charlottenburg, den 1. August 1927.

Der Abwicklungskommissar
 zur Vertretung der Rechte und Pflichten der früheren Provinz Schlesien.

Dr. Maier.

(L. S.)

Anlage 1.**Verzeichnis**

der Vertreter zur Genossenschaftsversammlung der Schlesischen landwirtschaftlichen
Berufsgenossenschaft.

Gruppe A (über 100 Hektar).

I. Vertreter:

1. Frhr. v. Richthofen, Eugen, Rittergutsbesitzer, Schmellwitz, Kreis Neumarkt †,
2. Blomeyer, Eduard, Rittergutsbesitzer, Paulsdorf, Kreis Namslau,
3. Dr. von Seidlitz, Adolf, Rittergutsbesitzer, Habendorf, Kreis Reichenbach,
4. Baumert, Franz, Rittergutsbesitzer und Stadtrat, Schweidnitz, Brunauer Straße 24,
5. Kuettner, Hugo, Domänenpächter, Erdmannsdorf, Kreis Hirschberg,
6. Weigmann, Oskar, Erbscholtiseibesitzer, Baritsch, Kreis Jauer,
7. Tomaszewski, Hans, Felix, Rittergutsbesitzer, Nieder Hirschfeldau, Kreis Sprottau,
8. Frhr. v. Kottwitz, Rittergutsbesitzer, Mittel Langheimersdorf, Kreis Sprottau,
9. Beninde, Oswald, Rittergutspächter, Bärddorf, Kreis Münsterberg,
10. Taube, Karl, Rittergutsbesitzer, Neuwaltersdorf, Kreis Habelschwerdt,
11. Spiller, Alfons, Gutsbesitzer, Leisniz, Kreis Leobschütz,
12. Hepner, Salo, Amtsrat, Bziunkau, Kreis Guttentag.

II. 1. Stellvertreter:

1. Graf v. Jedlitz-Trübschler, Stefan, Rittergutsbesitzer, Frauenhain, Kreis Schweidnitz,
2. Barchewitz, Rittergutspächter, Laasnig, Kreis Jauer,
3. Merz, Stanislaus, Amtsrat, Klein Waltersdorf, Kreis Vollenhain,
4. Kolshorn, Kurt, Vorwerksbesitzer, Bunzlau, Kreis Bunzlau,
5. Buse, Willy, Scholtiseibesitzer, Deutmannsdorf, Kreis Löwenberg,
6. v. Niebelschütz, Hans, Rittergutsbesitzer, Metzlau, Kreis Sprottau,
7. Franz, Konrad, Domänenpächter, Schwieben, Kreis Olewitz,
8. Mettenheimer, Alexander, Rittergutsbesitzer, Urbanowitz, Kreis Cosel.

III. 2. Stellvertreter:

1. Günther, Karl, Gutsbesitzer, Jästersheim, Kreis Buhrau,
2. Würfel, Georg, Freigutsbesitzer, Borzenzine, Kreis Miltitz,
3. Hechler, Georg, Rittergutsbesitzer, Peltzschütz, Kreis Breslau,
4. v. Pieres, Gottfried, Rittergutsbesitzer, Brunau, Kreis Breslau,
5. Opitz, Felix, Gutsbesitzer, Krinitz, Kreis Neumarkt,
6. Stephan, Paul, Rittergutsbesitzer, Miltitz, Kreis Steinau,

7. Schiller, Rudolf, Rittergutsbesitzer, Ober Wittgendorf, Kreis Goldberg,
8. Gabel, Konrad, Erbscholtseibesitzer, Neudorf, Kreis Wohlau,
9. Frhr. v. d. Redde, Wilhelm, Rittergutsbesitzer, Sabitz, Kreis Lüben,
10. Kobelt, Hugo, Gutsbesitzer, Röchlitz, Kreis Goldberg,
11. Pietsch, August, Rittergutsbevollm., Schonowitz, Kreis Ratibor.

Gruppe B (10—100 Hektar).

I. Vertreter:

1. Just, Hermann, Gutsbesitzer, Jägerndorf, Kreis Brieg,
2. Ischinke, Paul, Gutsbesitzer, Jadel, Kreis Frankenstein,
3. Kübartsch, Josef, Bauergutsbesitzer, Oberrathen, Kreis Neurode,
4. Gebauer, Oskar, Bauergutsbesitzer, Lampersdorf, Kreis Dels,
5. Rother, Robert, Oberamtmann, Sägen, Kreis Strehlen,
6. Reichel, Robert, Gutsbesitzer, Arnsdorf, Kreis Wohlau,
7. Kube, Alois, Gutsbesitzer, Sieglitz, Kreis Glogau,
8. Böbel, Hermann, Gutsbesitzer, Raudewitz, Kreis Liegnitz,
9. Slowig, Ferdinand, Ackerbürger, Gleiwitz, Niederwallstraße 18,
10. Hillebrand, Josef, Amtsvorsteher, Hennersdorf, Kreis Grottkau,
11. Schinke, August, Bauergutsbesitzer, Weihenberg, Kreis Neiße,
12. Schmolke, Paul, Bauergutsbesitzer, Neiße, Mährengasse.

II. 1. Stellvertreter:

1. Seidel, Berthold, Gutsbesitzer, Groß Neudorf, Kreis Brieg,
2. Weigang, Franz, Gutsbesitzer, Rengersdorf, Kreis Glatz,
3. Volkmer, Wendelin, Stellenbesitzer, Kunzendorf, Kreis Habelschwerdt,
4. Pohl, Hermann, Gutsbesitzer, Hochkirch, Kreis Trebnitz,
5. Hirsch, Julius, Gutsbesitzer, Jälschau, Kreis Glogau,
6. Ullrich, Kurt, Gutsbesitzer, Bersdorf, Kreis Görlitz,
7. Welsch, Albert, Gutsbesitzer, Greibnitz, Kreis Liegnitz,
8. Siebelt, Amand, Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher, Falkenhain, Kreis Schöna, u,
9. Barnert, Bauergutsbesitzer, Tillowitz, Kreis Falkenberg,
10. Hesse, Gutsbesitzer, Alt Palschkau, Kreis Neiße,
11. Kontny, Josef, Bauergutsbesitzer, Altstadt, Kreis Neustadt.

III. 2. Stellvertreter:

1. Raschel, Josef, Gutsbesitzer, Groß Rossen, Kreis Münsterberg,
2. Pfohl, Fritz, Gutsbesitzer, Kammendorf, Kreis Neumarkt,
3. Bogdt jun., Alfred, Rittergutspächter, Probstei, Kreis Neumarkt,
4. Sennwitz, Bruno, Gutsbesitzer, Hermsdorf, Kreis Ohlau,
5. Damzog, Fritz, Gutsbesitzer, Bedern, Kreis Ohlau,
6. Böbel, Alfons, Gutsbesitzer, Willnitz, Kreis Münsterberg,
7. Weidlich, Gutsbesitzer, Bärwalde, Kreis Münsterberg,
8. Degenkolb, Gutsbesitzer, Ober Röversdorf, Kreis Schöna, u,

9. Förster, Julius, Landwirt, Börlitz, Ziegeleiweg 951,
10. Höfig, Alexander, Gutsbesitzer, Dohnau, Kreis Liegnitz,
11. Behrens, Gutsbesitzer, Schönau, Kreis Schönau,
12. Stupin, Gotthold, Gutsbesitzer, Groß Eulau, Kreis Sprottau.

Gruppe C (unter 10 Hektar).

I. Vertreter:

1. Pentke, Paul, Gärtner, Tschöplowitz, Kreis Brieg,
2. Seidel, Gottlieb, Erbsaß, Breslau, Herdainsstraße 102,
3. Hoffmann, Wilhelm, Landwirt, Donkawe, Kreis Militzsch,
4. Hindemith, Paul, Stellenbesitzer, Puschkau, Kreis Schweidnitz,
5. Bürke, Emil, Landwirt, Blogau, Brühmühle,
6. Eder, Otto, Landwirt, Grünberg, Marschfeld 6 a,
7. Puschmann, J., Landwirt, Hirschberg-Cunnersdorf,
8. Neumann, Kurt, Landwirt und Mühlenbesitzer, Lüben, Kreis Lüben,
9. Przibilla, Philipp, Grundbesitzer, Ratibor,
10. Klossel, Vinzent, Grundbesitzer, Ratibor,
11. Bloger, Josef, Gärtnerstellenbesitzer, Halbendorf, Kreis Grottkau,
12. Müller, Josef, Stellenbesitzer, Steinsdorf, Kreis Neiße.

II. 1. Stellvertreter:

1. Paste, Stellenbesitzer, Wilkau, Kreis Namslau,
2. Ziegert, Karl, Freistellenbesitzer, Juliusburg, Kreis Oels,
3. Schumann, Franz, Stellenbesitzer, Margdorf, Kreis Schweidnitz,
4. Pähold, Gemeindevorsteher, Herzogswalde, Kreis Frankenstein,
5. Neumann, Max, Stellenbesitzer, Münsterberg, Kreis Münsterberg,
6. Krause, Ernst, Stellenbesitzer, Klein Auster, Kreis Wohlau,
7. Haude, Reinhold, Stellenbesitzer, Goldberger Vorwerke, Kreis Goldberg,
8. Wille, Karl, Landwirt und Mühlenbesitzer, Barschau, Kreis Lüben,
9. Zauritz, Alois, Gärtnerstellenbesitzer, Klein Mahlendorf, Kreis Grottkau,
10. Fiechke, Alois, Gärtnerstellenbesitzer, Sonnenberg, Kreis Falkenberg.

III. 2. Stellvertreter:

1. Reiprich, Karl, Häusler, Tschöplowitz, Kreis Brieg,
2. Baum, Gustav, Landwirt, Klein Barga, Kreis Militzsch,
3. Mücke, Gemeindevorsteher, Damnig, Kreis Namslau,
4. Bötkel, Bruno, Stellenbesitzer, Münsterberg, Kreis Münsterberg,
5. Nickel, Hermann, Ackerbürger, Wohlau, Kreis Wohlau,
6. Ringmann, Hermann, Landwirt, Alt Kessel, Kreis Grünberg,
7. Hoffmann, Heinrich, Landwirt und Gemeindevorsteher, Hartau gr., Kreis Landeshut,
8. Halupczok, Franz, Häusler, Turawa, Kreis Oppeln,
9. Menzel, Stellenbesitzer, Wefendorf, Kreis Kreuzburg,
10. Ratai, Stellenbesitzer, Würbitz, Kreis Kreuzburg,

11. Ritter, Stellenbesitzer, Ober Panthenau, Kreis Nimptsch,
12. Köppert, Reinhold, Stellenbesitzer, Rudelsdorf, Kreis Nimptsch.

Gruppe D (Forstwirtschaft über 100 Hektar).

I. Vertreter:

1. Biehnann, Ernst, Forstmeister, Militisch, Kreis Cosel,
2. Schulz, Forstmeister, Volpersdorf, Kreis Neurode,
3. Köhler, Max, Forstmeister, Hermsdorf, Kreis Hirschberg,
4. v. Tiedemann, Richard, Rittergutsbesitzer, Bergisdorf, Kreis Sagan,
5. Graf Strachwitz, Alfred, Rittergutsbesitzer, Schimischow, Kreis Groß Strehlitz,
6. Finsterbusch, Paul, Rittergutsbesitzer, Kallende, Kreis Falkenberg.

II. 1. Stellvertreter:

1. Zimmermann, Kammerrat, Trachenberg, Kreis Militisch,
2. v. Moßner, Rittergutsbesitzer, Ulbersdorf, Kreis Dels,
3. Frhr. v. Kessel, Friedrich, Rittergutsbesitzer, Raake, Kreis Dels,
4. Borchert, Generaldirektor, Camenz, Kreis Frankenstein,
5. Reichenstein, Forstmeister, Tillowitz, Kreis Falkenberg.

III. 2. Stellvertreter:

1. Kieß, Oberförster, Militisch, Kreis Militisch,
2. Graf v. Seherr-Thoß, H. L., Rittergutsbesitzer, Weigelsdorf, Kreis Reichenbach,
3. v. Zielsch, Herbert, Rittergutsbesitzer, Waldenburg-Altwasser,
4. Heinke, Oskar, Rittergutsbesitzer, Schlaupp, Kreis Wohlau,
5. Walter, Oberförster, Bantau, Kreis Kreuzburg,
6. Hanff, Oberförster, Riemberg, Kreis Wohlau.

Gruppe E (Gärtnerei über 1 Hektar).

I. Vertreter:

1. Ulrich, Gärtnereibesitzer, Münsterberg, Kreis Münsterberg,
2. Hohenberg, Gärtnereibesitzer, Parchwitz, Kreis Liegnitz,
3. Zellin, Fritz, Gartendirektor, Beuthen OS., Larnowitzer Chaussee 1.

II. 1. Stellvertreter:

1. Johne, Paul, Stadtgartenbesitzer, Görlich, Laubaner Straße 7,
2. Hahnel, Anton, Bezirksvorsteher, Reife, Mährengasse.

III. 2. Stellvertreter:

1. Taube, Paul, Landwirt und Gemüsezüchter, Breslau, Hubenstraße 108,
2. Lagn II, Thomas, Ackerbauer, Oppeln 3,
3. Encon, Valentin, Grundbesitzer, Ratibor, Ziegeleistraße.

Übersicht der für welche von der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

Rfde. Nr.	Art des Betriebes, in welchem der Unfall sich ereignet hat	Alter und Geschlecht des Verletzten				B e r					
		über 16 Jahre		unter 16 Jahre		Mo- toren, Trans- missi- onen und Ar- beits- maschi- nen	Hebe- maschi- nen (Fahr- stühle, Auf- züge, Flas- schen- züge, Win- den, Krane usw.)	Dampf- kessel, Dampf- loch- appa- rate, Dampf- lei- tungen (Explo- sion usw.)	Spreng- stoffe (Explo- sion von Pulver, Dyna- mit usw.)	Feuer- gefähr- liche und ägende Stoffe usw. (glü- hendes Metall, Gase, Dämpfe usw.)	
		m.	w.	m.	w.						
1	2	3		4		5	6	7	8	9	
1.	Landwirtschaft . . . 5063	3181	1809	54	19	320	3	2	9	20	
2.	Forstwirtschaft . . . 103	90	13	—	—	—	—	—	2	—	
3.	Gärtnerei 2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	
4.	Nebenbetrieb 22	20	2	—	—	1	—	—	—	1	
Zusammen: 5190		3292	1825	54	19	321	3	2	11	21	

Betriebsunfälle

im Jahre 1926 Entschädigungen erstmalig festgestellt worden sind.

unglückt durch										Folgen des Unfalles:		
Zu- sammen- bruch, Einsturz, Herab- oder Umfallen von Gegen- ständen	Fall von Leitern, Treppen usw., aus Lufen usw., in Vertie- fungen, auf ebener Erde	Auf- und Ab- laden von Hand, Heben, Tragen usw.	Fuhr- wert (über- fahren, Absturz usw. von Wagen und Karren aller Art)	Eisen- bahn- betrieb (über- fahren usw.)	Schiff- fahrt und Ver- kehr zu Wasser (Fall über Bord usw.)	Tiere (Stoß, Schlag, Biß usw.) einschl. aller Unfälle beim Reiten	Hand- werks- zeug und einfache Geräte (Häm- mer, Meißel, Ätze, Spaten usw.)	Elek- trischer Strom	Ab- sprin- gende Split- ter. Son- stige	T o d	Erwerbs- unfähigkeit	
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	völlige	teilweise
226	1328	119	1164	5	2	876	191	11	829	182	10	4881
19	12	1	4	—	—	2	9	—	21	4	1	96
—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—
1	2	2	3	—	—	—	—	—	3	2	—	14
246	1342	122	1172	5	2	878	200	11	854	188	11	4991

Zusammenstellung

enthaltend:

- a) die Zahl der im Berichtsjahre angemeldeten und entschädigten Betriebsunfälle,
- b) die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Nebenbetriebe,
- c) die Zahl der Versicherten usw.,
- d) die Zahl der Rentenempfänger und Hinterbliebenen.

Nr. der Section	Name der Section	Zahl der 1926		Zahl der Betriebe und zwar:		Zahl der		Zahl der		Bemerkungen
		angezeigten Unfälle	entschädigten Unfälle	Land- u. Forstwirtschaft einschl. Gärtnereien	Nebenbetriebe	Versicherten (Schätzungsweise)	Betr.-Beamte u. Facharbeiter	Rentenempfänger	Hinterbliebenen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1	Breslau, Land . . .	339	114	4 457	82	20 000	414	702	136	
2	Breslau, Stadt . . .	5	3	663	4	2 000	5	20	4	
3	Brieg, Land . . .	283	102	3 981	108	16 000	79	432	48	
3a	Brieg, Stadt . . .	1	1	114	3	500	1	7	—	
4	Frankenstein	150	58	3 348	76	15 000	103	451	26	
5	Glatz	243	76	4 797	84	21 000	100	457	35	
6	Guhrau	262	47	3 373	97	15 000	194	342	77	
7	Habelschwerdt . . .	286	125	5 945	193	27 000	75	867	45	
8	Militzsch	393	82	4 801	139	22 000	175	523	82	
9	Münsterberg	164	81	2 182	57	10 000	158	406	47	
10	Ramslau	213	62	2 319	78	11 000	135	436	44	
11	Neumarkt	246	60	4 217	93	21 000	300	468	96	
12	Neurode	105	23	3 834	131	17 000	62	247	46	
13	Nimptsch	184	59	1 649	80	8 000	210	310	73	
14	Oels	361	153	4 246	277	19 000	406	833	132	
15	Ohlau	463	163	4 828	116	22 000	177	178	71	
16	Reichenbach	290	69	2 141	87	10 000	158	263	50	
17	Schweidnitz, Land .	244	60	2 551	87	12 000	200	519	77	
17a	Schweidnitz, Stadt	2	2	62	2	200	—	11	2	
18	Steinau	263	45	2 016	131	9 000	145	281	30	
19	Strehlen	385	115	2 102	61	10 000	165	475	59	
20	Striegau	80	39	1 509	42	7 000	147	220	45	
21	Trebnitz	361	69	4 936	231	22 000	260	589	107	
22	Waldenburg, Land	154	64	2 706	164	13 000	42	371	41	
22a	Waldenburg, Stadt	1	1	82	3	300	—	10	2	
23	Groß Wartenberg .	169	70	2 507	122	12 000	123	615	64	
24	Wohlau	418	120	4 728	140	22 000	187	825	63	
	Reg.-Bez. Breslau	6065	1863	80 094	2688	364 000	4021	10 858	1502	

Nr. der Section	Name der Section	Zahl der 1926		Zahl der Betriebe und zwar:		Zahl der		Zahl der		Bemerkungen
		angezeigten Unfälle	ent- schä- digten Unfälle	Land- u. Forstwirtschaft einschl. Gärtnereien	Neben- betriebe	Ver- sicherten (Schätzungs- weise)	Betr.- Beamte u. Fach- arbeiter	Renten- emp- fänger	Hinter- blie- benen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
25	Bolkshain	195	57	2 621	125	10 000	78	375	40	
26	Bunzlau	344	70	5 985	385	23 000	138	430	45	
27	Freystadt	245	79	5 193	193	20 000	135	602	56	
28	Glogau, Land	354	159	5 365	110	20 000	231	728	73	
28a	Glogau, Stadt	—	—	34	1	100	—	—	—	
29	Görlitz, Land	166	65	6 030	224	23 000	151	413	53	
30	Görlitz, Stadt	1	1	228	11	400	2	12	3	
31	Goldberg	285	95	3 794	68	14 000	240	427	75	
32	Grünberg, Land	248	82	4 892	274	18 000	135	478	52	
32a	Grünberg, Stadt	1	1	1 030	16	3 000	2	14	6	
33	Hirschberg, Land	160	48	4 723	122	18 000	118	403	50	
33a	Hirschberg, Stadt	—	—	146	13	500	4	10	1	
34	Hoyerswerda	161	56	5 416	94	20 000	78	360	32	
35	Jauer	207	54	1 879	51	6 000	128	335	36	
36	Landeshut	107	41	3 812	122	15 000	28	286	27	
37	Lauban	277	78	6 771	177	26 000	127	401	49	
38	Liegnitz, Land	302	103	3 838	93	15 000	219	620	84	
39	Liegnitz, Stadt	2	2	399	2	1 000	—	10	1	
40	Löwenberg	370	106	7 336	178	28 000	84	663	76	
41	Lüben	150	82	2 461	123	9 000	158	364	38	
42	Rothenburg	238	63	7 472	119	28 000	210	638	70	
43	Sagan	224	66	5 673	176	21 000	128	616	40	
44	Schönau	198	54	2 423	131	9 000	43	256	32	
45	Sprottau	207	70	3 205	170	12 000	113	387	43	
	Reg.-Bez. Liegnitz	4382	1432	90 726	2978	340 000	2750	8 828	981	

Nr. der Section	Name der Section	Zahl der 1926		Zahl der Betriebe und zwar:		Zahl der		Zahl der		Bemerkungen
		angezeigten Unfälle	entschiedenen Unfälle	Land- u. Forstwirtschaft einschl. Gärtnereien	Nebenbetriebe	Versicherten (Schadungsweile)	Betr. Beamte u. Facharbeiter	Rentenempfänger	Hinterbliebenen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
46	Beuthen, Land . .	43	29	1 538	125	6 000	36	127	20	
47	Beuthen, Stadt . .	—	—	84	20	400	—	4	1	
48	Cosel	430	138	7 153	284	30 000	267	885	73	
49	Fallenberg	437	137	4 076	165	16 000	198	994	60	
50	Gleiwitz, Land . .	276	132	6 822	373	28 000	276	745	86	
50a	Gleiwitz, Stadt . .	—	—	742	32	3 000	1	20	3	
51	Grottkau	282	104	3 438	70	14 000	144	473	51	
53	Kreuzburg	176	93	3 062	126	12 000	189	403	51	
54	Leobschütz	596	304	8 685	90	35 000	77	1 025	53	
55	Guttentag	55	27	1 777	169	7 000	68	215	24	
56	Neiße, Land	484	194	6 273	113	25 000	120	890	70	
56a	Neiße, Stadt	2	2	453	6	1 600	—	21	4	
57	Neustadt	482	187	9 144	99	36 000	188	938	79	
58	Oppeln, Land	398	175	13 536	551	54 000	105	803	93	
58a	Oppeln, Stadt	—	—	278	—	1 000	—	2	2	
60	Ratibor, Land	241	108	6 878	415	27 000	326	638	77	
60a	Ratibor, Stadt	13	10	767	41	3 000	—	46	3	
61	Rosenberg	259	163	4 892	412	19 000	195	722	65	
63	Groß Strehlitz	229	90	6 438	407	25 000	136	584	62	
65	Hindenburg	12	2	695	68	3 000	29	31	—	
	Reg.-Bez. Oppeln Hierzu	4 415	1895	86 731	3566	346 000	2355	9 566	887	
	Reg.-Bez. Liegnitz	4 382	1432	90 726	2978	340 000	2750	8 828	981	
	Reg.-Bez. Breslau	6 065	1863	80 094	2688	364 000	4021	10 858	1502	
	Insgesamt	14 862	5190	257 551	9232	1 050 000	9126	29 252	3370	

Ubersicht der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

Laufende Nummer	Sektionen	Von der Post- behörde zur Erstattung liquidierte Entschädigungs- beträge, abzüglich der- jenigen, welche wieder eingezogen bzw. erstattet worden sind		Direkt geleistete Zahlungen an Arzt- honorar u. sw.		Summe der Beträge der Spalten 3 und 4		Auf die Sektionen entfallen							
								von den Beträgen Spalte 5 75 v. H.		die liquidierten Ver- waltungs- kosten		die Restsumme der Ent- schädigungs- beträge (Spalte 5)		anteilig ein Beitrag zu den Verwaltungs- kosten des Genossen- schafts- vorstandes und den Kosten der Ober- versicherungs- ämter	
								R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
	Regierungsbezirk Breslau.														
1	Breslau, Land	125 854	44	21 739	13	147 593	57	110 695	17	9 635	20	43 466	62	8 417	11
2	Breslau, Stadt	4 646	40	701	97	5 348	37	4 011	27	173	30	1 294	70	250	71
3	Brieg, Land	61 299	30	9 392	30	70 691	60	53 018	70	6 619	25	23 853	23	4 619	07
4	Brieg, Stadt	474	96	318	50	793	46	595	10	340	90	760	80	147	33
5	Franckenstein	58 017	43	10 232	24	68 249	67	51 187	25	7 654	33	24 256	86	4 697	23
6	Blas	62 056	36	13 980	05	76 036	41	57 027	31	5 604	96	18 441	15	3 571	05
7	Guhrau	71 225	50	12 167	42	83 392	92	62 544	69	7 358	15	19 380	65	3 752	97
8	Habelschwerdt	110 814	55	12 353	02	123 167	57	92 375	68	9 365	20	16 693	62	3 232	64
9	Militzsch	82 395	65	16 881	87	99 276	52	74 908	14	5 644	60	21 709	24	4 203	90
10	Münsterberg	58 403	78	17 301	53	75 705	31	56 778	98	7 892	34	25 968	97	5 028	77
11	Ramslau	61 875	85	17 634	52	79 510	37	59 632	78	8 141	19	16 024	52	3 103	08
12	Neumarkt	92 379	33	19 075	07	111 454	40	83 590	80	9 583	96	46 409	85	8 987	06
13	Neurode	42 909	73	6 617	03	49 526	76	37 145	07	7 631	04	11 647	60	2 255	50
14	Nimptsch	54 763	38	30 882	50	85 645	88	64 234	41	5 865	28	31 610	17	6 121	17
15	Oels	127 645	93	21 773	16	149 419	09	112 064	32	7 005	11	34 433	04	6 667	80
16	Ohlau	110 299	48	15 870	35	126 169	83	94 627	37	10 021	13	31 881	—	6 173	61
17	Reichenbach	44 935	12	9 547	36	54 482	48	40 861	86	3 349	55	21 176	91	4 100	81
18	Schweidnitz, Land	81 189	13	22 014	27	103 203	32	77 402	49	5 020	51	39 546	25	7 657	95
19	Schweidnitz, Stadt	238	66	5	95	244	61	183	46	475	—	1 108	38	214	63
20	Steinau	45 338	54	10 203	45	55 541	99	41 656	49	5 393	67	14 084	98	2 727	49
21	Strehlen	88 911	80	15 127	10	104 038	90	78 029	18	7 107	92	23 259	71	4 504	14
22	Striegau	37 019	40	7 978	81	44 998	21	33 748	66	2 256	73	27 018	44	5 232	—
23	Trebnitz	104 970	—	16 287	29	121 257	29	90 942	97	7 004	62	32 692	16	6 330	69
24	Waldenburg, Land	40 403	63	5 309	17	45 712	80	34 284	60	3 870	63	9 593	67	1 857	77
25	Waldenburg, Stadt	820	40	—	—	820	40	615	30	381	25	247	42	47	91
26	Groß Wartenberg	85 788	27	8 184	09	93 972	36	70 479	27	4 217	70	8 999	95	1 742	80
27	Wohlau	105 938	02	11 544	39	117 482	41	88 111	80	9 016	03	25 561	24	4 949	82
	Seite 1	1 214	96	333 122	54	2 094 337	50	1 570 753	12	156 629	55	571 121	13	110 595	01

der Ausgaben und deren Verteilung auf die Sektionen für das Jahr 1926.

Post- und Verwaltungs- kosten- vorschuß- differenz		Summen der Spalten 6 - 10		Vergütung an die Gemeinde- behörden für das Einziehen der Beiträge		Summe der Spalten 11 und 12		Jahresbetrag der staatlich veranlagten Grundsteuer der bewirt- schafteten Flächen		Grund- steuer- zuschläge (§§ 25, 26, 46, 50 der Satzung)		Grundsteuer: Soll Spalten 14 und 15		Sektionen	Laufende Nummer.
R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.		
10		11		12		13		14		15		16			
Regierungsbezirk Breslau.															
12 005	72	184 219	82	3 759	59	187 979	41	160 508	73	7 100	—	167 608	73	Breslau, Land.	1
399	46	6 129	44	125	09	6 254	53	4 625	41	367	—	4 992	41	Breslau, Stadt.	2
6 142	51	94 252	76	1 923	52	96 176	28	90 464	84	1 514	—	91 978	84	Brieg, Land.	3
128	56	1 972	69	40	25	2 012	94	2 927	68	6	—	2 933	68	Brieg, Stadt.	4
6 120	58	93 916	25	1 916	65	95 832	90	91 584	26	1 951	—	93 535	26	Frankenstein.	5
5 900	90	90 545	37	1 847	86	92 393	23	68 133	68	2 976	—	71 109	68	Blas.	6
6 485	94	99 522	40	2 031	07	101 553	47	70 408	42	4 324	—	74 732	42	Guhrau.	7
8 481	89	130 149	03	2 656	10	132 805	13	61 228	15	3 143	—	64 371	15	Habelschwerdt.	8
7 422	15	113 888	03	2 324	24	116 212	27	79 979	57	3 732	—	83 711	57	Militzsch.	9
6 669	47	102 338	53	2 088	54	104 427	07	97 124	23	3 013	—	100 137	23	Münsterberg.	10
6 058	25	92 959	82	1 897	14	94 856	96	58 556	10	3 235	—	61 791	10	Ramslau.	11
10 357	52	158 929	19	3 243	45	162 172	64	174 231	93	4 726	—	178 957	93	Neumarkt.	12
4 090	76	62 769	97	1 281	02	64 050	99	42 906	52	2 007	—	44 913	52	Neurode.	13
7 517	32	115 348	35	2 354	05	117 702	40	117 687	88	4 202	—	121 889	88	Nimptsch.	14
11 166	10	171 336	37	3 496	66	174 833	03	121 632	93	11 142	—	132 774	93	Oels.	15
9 948	39	152 651	50	3 115	33	155 766	83	119 310	19	3 624	—	122 934	19	Ohlau.	16
4 844	36	74 333	49	1 517	01	75 850	50	78 534	87	3 124	—	81 658	87	Reichenbach.	17
9 036	82	138 664	02	2 829	92	141 493	94	148 737	64	3 754	—	152 491	64	Schweidnitz, Land.	18
138	14	2 119	61	43	26	2 162	87	4 227	94	46	—	4 273	94	Schweidnitz, Stadt.	19
4 452	11	68 314	74	1 394	18	69 708	92	51 100	14	3 212	—	54 312	14	Steinau.	20
7 870	77	120 771	72	2 464	73	123 236	45	86 907	21	2 783	—	89 690	21	Strehlen.	21
4 758	38	73 014	21	1 490	08	74 504	29	101 485	01	2 699	—	104 184	01	Striegau.	22
9 548	75	146 519	19	2 990	19	149 509	38	120 038	57	6 023	50	126 062	07	Trebnitz.	23
3 458	28	53 064	95	1 082	96	54 147	91	34 740	52	2 253	—	36 993	52	Waldenburg, Land.	24
90	06	1 381	94	28	20	1 410	14	817	05	137	—	954	05	Waldenburg, Stadt.	25
5 956	34	91 396	06	1 865	22	93 261	28	31 797	09	2 907	—	34 704	09	Groß Wartenberg.	26
8 898	21	136 537	10	2 786	47	139 323	57	94 596	98	3 968	—	98 564	98	Wohlau.	27
167 947	74	2 577 046	55	52 592	78	2 629 639	33	2 114 293	54	87 968	50	2 202 262	04	Seite 1.	

Reg.-Bez. Breslau (Fortsetzung).

Sektionen	Auf eine Mark Grundsteuer entfällt ein Beitrag von	Bei dem abgerundeten Einheitsfuß nach Spalte 24 und infolge Festsetzung des Mindestbeitrages pp. erhöht sich die Summe Spalte 13 (Beitragsfuß) auf		Es erhöht sich demnach die Summe Spalte 12 (Hebegebühr) auf		Bleiben abzuführen		Das Beitragsfuß Spalte 18 erhöht sich gegen die Summe Spalte 13 um		Die Hebegebühr Sp. 19 erhöht sich gegen die Summe Sp. 12 um		Es sind demnach gegen die Summe Spalte 13 mehr aufzubringen und auf den Betriebsfuß übertragen Spalte 21 abzüglich Spalte 22		Auf eine Mark Grundsteuer entfällt nach dem abgerundeten Einheitsfuß ein Beitrag von
	R.M.	R.M.	Ppf.	R.M.	Ppf.	R.M.	Ppf.	R.M.	Ppf.	R.M.	Ppf.	R.M.	Ppf.	R.M.
	17	18		19		20		21		22		23		24
Regierungsbezirk Breslau.														
1 Breslau, Land . . .	1,121	190 852	10	3 827	60	187 024	50	2 872	69	68 01		2 804	68	1,13
2 Breslau, Stadt . . .	1,252	6 540	—	130 80		6 409	20	285 47	5 71	279 76				1,26
3 Brieg, Land	1,045	97 810	70	1 959	10	95 851	60	1 634	42	35 58		1 598	84	1,05
4 Brieg, Stadt	0,686	2 158	—	43 20		2 114	80	145 06	2 95	142 11				0,69
5 Frankenstein	1,024	97 511	60	1 953	80	95 557	80	1 678	70	37 15		1 641	55	1,03
6 Glatz	1,299	94 913	90	1 903	90	93 010	—	2 520	67	56 04		2 464	63	1,30
7 Gubrau	1,358	102 486	70	2 054	50	100 432	20	933 23	23 43	909 80				1,36
8 Habelschwerdt	2,063	135 405	20	2 713	70	132 691	50	2 600 07	57 60	2 542 47				2,07
9 Militsch	1,388	117 790	80	2 364	—	115 426	80	1 578 53	39 76	1 538 77				1,39
10 Münsterberg	1,042	105 227	20	2 107	30	103 119	90	800 13	18 76	781 37				1,05
11 Ramslau	1,535	95 808	80	1 920	60	93 888	20	951 84	23 46	928 38				1,54
12 Neumarkt	0,906	163 921	40	3 288	50	160 632	90	1 748 76	45 05	1 703 71				0,91
13 Neurode	1,426	65 626	20	1 314	60	64 311	60	1 575 21	33 58	1 541 63				1,43
14 Nimptsch	0,965	118 507	30	2 376	40	116 130	90	804 90	22 35	782 55				0,97
15 Oels	1,316	175 638	20	3 511	50	172 126	70	805 17	14 84	790 33				1,32
16 Ohlau	1,267	157 610	30	3 158	90	154 451	40	1 843 47	43 57	1 799 90				1,27
17 Reichenbach	0,928	77 369	70	1 550	30	75 819	40	1 519 20	33 29	1 485 91				0,93
18 Schweidnitz, Land . .	0,927	142 521	70	2 859	—	139 662	70	1 027 76	29 08	998 68				0,93
19 Schweidnitz, Stadt . .	0,506	2 194	—	43 90		2 150	10	31 13	— 64	30 49				0,51
20 Steinau	1,283	70 575	10	1 416	60	69 158	50	866 18	22 42	843 76				1,29
21 Strehlen	1,374	124 252	70	2 490	10	121 762	60	1 016 25	25 37	990 88				1,38
22 Striegau	0,715	75 287	60	1 508	70	73 778	90	783 31	18 62	764 69				0,72
23 Trebnitz	1,185	151 584	—	3 041	70	148 542	30	2 074 62	51 51	2 023 11				1,19
24 Waldenburg, Land . . .	1,463	55 219	10	1 107	80	54 111	30	1 071 19	24 84	1 046 35				1,47
25 Waldenburg, Stadt . .	1,478	1 446	40	29	—	1 417	40	36 26	— 80	35 46				1,48
26 Groß Wartenberg . . .	2,687	93 838	90	1 879	50	91 959	40	577 62	14 28	563 34				2,69
27 Wohlau	1,413	141 060	20	2 829	90	138 230	30	1 736 63	43 43	1 693 20				1,42
Seite 1	1,194	2 663 157	80	53 384	90	2 609 772	90	33 518	47	792 12		32 726	35	1,20

Laufende Nummer	Sektionen	Von der Post- behörde zur Erstattung liquidierter Entschädigungs- beträge, abzüglich der- jenigen, welche wieder eingezogen bzw. erstattet worden sind		Direkt geleistete Zahlungen an Arzt- honorar usw.		Summe der Beträge der Spalten 3 und 4		Auf die Sektionen entfallen							
								von den Beträgen Spalte 5 75 v. H.		die liquidierten Ber- waltungs- kosten		die Restsumme der Ent- schädigungs- beträge (Spalte 5)		anteilig ein Beitrag zu den Verwaltungs- kosten des Genossen- schafts- vorstandes und den Kosten der Ober- versicherungs- ämter	
		R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.
1	2	3		4		5		6		7		8		9	
	Regierungsbezirk Siegntz.														
1	Bollenhain	52 905	07	7 494	53	60 399	60	45 299	70	4 127	90	13 852	50	2 682	48
2	Bunzlau	62 480	73	15 688	52	78 169	25	58 626	93	9 070	89	22 921	25	4 438	60
3	Freystadt	77 478	26	9 430	63	86 908	89	65 181	66	6 612	91	22 213	29	4 301	50
4	Glogau, Land . . .	104 215	53	11 810	45	116 025	98	87 019	48	6 164	68	39 203	80	7 591	64
5	Glogau, Stadt . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	164	75	267	82	51	86
6	Görlitz, Land . . .	55 300	17	11 507	58	66 807	75	50 105	81	7 038	84	28 495	68	5 518	06
7	Görlitz, Stadt . . .	1 684	22	2 663	54	4 347	76	3 260	82	604	20	962	07	186	30
8	Goldberg	65 152	01	20 710	01	85 862	02	64 396	51	4 446	50	27 185	92	5 264	43
9	Grünberg, Land . .	76 788	23	10 322	40	87 110	63	55 332	97	6 246	28	17 074	49	3 306	40
10	Grünberg, Stadt . .	2 096	—	—	—	2 096	—	1 572	—	869	25	375	65	72	74
11	Hirschberg, Land .	67 647	89	10 226	67	77 874	56	58 405	92	5 802	05	11 944	77	2 313	05
12	Hirschberg, Stadt .	2 217	91	—	—	2 217	91	1 663	43	387	—	768	43	148	80
13	Hoyerswerda	53 037	41	6 933	09	59 970	50	44 977	88	7 930	72	11 493	02	2 225	57
14	Jauer	49 006	96	7 815	29	56 822	25	42 616	69	4 202	44	25 640	89	4 965	24
15	Landeshut	44 958	97	3 565	97	48 524	94	36 393	71	3 078	61	7 227	66	1 399	60
16	Lauban	51 589	15	17 774	54	69 363	69	52 022	77	3 877	20	22 563	26	4 369	27
17	Siegntz, Land . . .	94 015	92	17 501	12	111 517	04	83 637	78	8 034	61	45 333	29	8 778	59
18	Siegntz, Stadt . . .	1 517	43	527	53	2 044	96	1 533	72	823	40	1 610	70	311	90
19	Löwenberg	92 591	25	9 302	62	101 893	87	76 420	40	7 619	16	29 501	28	5 712	79
20	Lüben	52 176	44	7 558	10	59 734	54	44 800	91	5 694	65	15 919	42	3 082	72
21	Rothenburg	102 494	30	7 281	05	109 775	35	82 331	52	5 492	31	19 032	86	3 685	63
22	Sagan	81 078	26	6 443	53	87 521	79	65 641	35	6 467	92	18 633	86	3 608	36
23	Schönau	42 514	54	10 638	42	53 152	96	39 864	72	4 212	63	11 902	82	2 304	93
24	Sprottau	64 290	75	9 142	17	73 432	92	55 074	69	5 397	04	18 413	78	3 565	75
	Seite 2	1 297 237	40	204 337	76	1 501 575	16	1 126 181	37	114 275	94	412 538	51	79 886	21

Reg.-Bez. Liegnitz (Fortsetzung)

Laufende Nummer	Sektionen	Post- und Verwaltungs- kosten- voransch.- differenz		Summen der Spalten 6-10		Vergütung an die Gemeinde- behörden für das Einziehen der Beiträge		Summe der Spalten 11 und 12		Jahresbetrag der staatlich veranlagten Grundsteuer der bewirt- schafteten Flächen		Grund steuer- zuschläge (§§ 25, 26, 46, 50 der Satzung)		Grundsteuer- Soll Spalten 14 und 15	
		R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.
		10		11		12		13		14		15		16	
	Regierungsbezirk Liegnitz.														
1	Bolkshain	4 598	51	70 561	09	1 440	02	72 001	11	51 618	70	1 797	—	53 415	70
2	Bunzlau	6 626	84	101 684	51	2 075	19	103 759	70	84 834	12	3 551	—	88 385	12
3	Freystadt	6 853	53	105 162	89	2 146	18	107 309	07	82 218	19	3 437	—	85 655	19
4	Glogau, Land	9 758	53	149 738	13	3 055	88	152 794	01	146 518	14	4 653	—	151 171	14
5	Glogau, Stadt	33	77	518	20	10	58	523	78	984	72	48	—	1 032	72
6	Görlitz, Land	6 355	01	97 513	40	1 900	07	99 503	47	105 728	29	4 152	—	109 880	29
7	Görlitz, Stadt	349	50	5 362	89	109	45	5 472	34	3 564	79	145	—	3 709	79
8	Goldberg	7 061	56	108 354	92	2 211	32	110 566	24	101 723	83	3 106	—	104 829	83
9	Grünberg, Land	6 410	90	98 371	04	2 007	57	100 378	61	62 513	80	3 326	—	65 839	80
10	Grünberg, Stadt	201	45	3 091	09	63	08	3 154	17	1 307	53	141	—	1 448	53
11	Hirschberg, Land	5 470	16	83 935	95	1 712	98	85 648	93	42 556	42	3 503	—	46 059	42
12	Hirschberg, Stadt	206	89	3 174	55	64	79	3 239	34	2 814	09	149	—	2 963	09
13	Hoyerswerda	4 644	84	71 272	03	1 454	53	72 726	56	42 598	47	1 719	—	44 317	47
14	Jauer	5 397	62	82 822	88	1 690	26	84 513	14	96 860	13	2 012	—	98 872	13
15	Landeshut	3 353	21	51 452	79	1 050	06	52 502	85	26 746	09	1 124	—	27 870	09
16	Lauban	5 774	58	88 607	08	1 808	31	90 415	39	84 428	67	2 576	—	87 004	67
17	Liegnitz, Land	10 163	20	155 947	47	3 182	60	159 130	07	171 093	66	3 713	—	174 806	66
18	Liegnitz, Stadt	298	36	4 578	08	93	43	4 671	51	6 208	92	2	—	6 210	92
19	Löwenberg	8 313	64	127 567	27	2 603	41	130 170	68	111 047	91	2 710	—	113 757	91
20	Lüben	4 844	93	74 342	66	1 517	20	75 859	86	58 191	81	3 194	—	61 385	81
21	Rothenburg	7 706	34	118 248	66	2 413	24	120 661	90	64 796	35	8 595	—	73 391	35
22	Sagan	6 577	01	100 929	10	2 059	78	102 988	88	69 277	77	2 575	—	71 852	77
23	Schönau	4 063	28	62 348	38	1 272	42	63 620	80	44 581	67	1 316	—	45 897	67
24	Sprottau	5 741	73	88 102	99	1 798	02	89 901	01	68 178	14	2 826	—	71 004	14
	Seite 2	120 806	02	1 853 688	05	37 830	37	1 891 518	42	1 530 392	21	60 370	—	1 590 762	21

**Regierungsbezirk
Siegen.**

Laufende Nummer	Sektionen	Von der Post- Lehrde zur Erstat- tung liquidierte Entschädigungs- beträge, abzüglich der- jenigen, welche wieder eingezogen bzw. erstattet worden sind		Direkt geleistete Zahlungen an Arzt- honorar usw.		Summe der Beträge der Spalten 3 und 4		Auf die Sektionen entfallen							
								von den Beträgen Spalte 5 75 v. H.		die liquidierten Ver- waltungs- kosten		die Reisumsome der Ent- schädigungs- beträge (Spalte 5)		anteilig ein Beitrag zu den Verwaltungs- kosten des Genossen- schafts- vorstandes und den Kosten der Ober- versicherungs- ämter	
		R.M.	Pf.	R.M.	Pf.	R.M.	Pf.	R.M.	Pf.	R.M.	Pf.	R.M.	Pf.	R.M.	Pf.
1	2	3		4		5		6		7		8		9	
	Regierungsbezirk Oppeln.														
1	Beuthen, Land . . .	26 095	82	4 181	80	30 277	62	22 708	22	4 353	95	3 737	06	723	66
2	Beuthen, Stadt . . .	561	66	50	—	611	66	458	75	61	—	109	32	21	17
3	Cosel	124 635	98	24 276	15	148 912	13	111 684	10	8 360	70	26 515	74	5 134	65
4	Falkenberg	125 213	03	12 126	12	137 339	15	103 004	36	6 135	65	17 671	71	3 422	05
5	Gleiwitz, Land . . .	107 690	78	14 265	59	121 956	37	91 467	28	7 960	56	15 598	11	3 020	50
6	Gleiwitz, Stadt . . .	2 765	09	360	—	3 125	09	2 343	82	139	26	702	34	136	01
7	Grottkau	73 494	80	12 833	35	86 328	15	61 746	11	6 023	26	28 066	24	5 434	90
8	Guttentag	29 214	56	2 462	46	31 677	02	23 757	77	2 992	39	3 767	48	729	55
9	Kreuzburg	61 228	72	5 015	89	66 244	61	49 683	46	6 582	65	18 013	47	3 488	23
10	Leobschütz	141 604	58	12 733	72	154 338	30	115 753	72	13 957	45	48 915	47	9 472	26
11	Reiße, Land	115 921	20	34 919	66	150 840	86	113 130	63	8 865	15	36 678	31	7 102	59
12	Reiße, Stadt	2 679	76	2 070	50	4 750	26	3 562	70	952	50	919	83	178	12
13	Reustadt	131 810	19	22 250	03	154 060	22	115 545	17	10 551	49	36 219	24	7 013	69
14	Oppeln, Land	121 247	93	20 163	30	141 414	23	106 060	67	12 246	—	19 650	17	3 805	17
15	Oppeln, Stadt	443	10	—	—	443	10	332	32	44	40	702	35	136	01
16	Ratibor, Land	91 153	77	13 488	04	104 641	81	78 481	36	9 099	20	20 763	83	4 020	82
17	Ratibor, Stadt	7 722	78	1 961	95	9 684	73	7 263	55	2 858	20	1 415	87	274	18
18	Rosenberg	116 941	38	3 570	37	120 511	75	90 383	80	7 358	55	13 026	07	2 522	44
19	Groß Strehlitz	88 970	76	9 183	57	98 154	33	73 615	75	6 569	28	14 438	83	2 796	01
20	Hindenburg	4 039	90	204	50	4 244	40	3 183	30	730	83	796	04	154	15
	Seite 3	1 373 435	79	196 120	—	1 569 555	79	1 177 166	84	115 842	47	307 707	48	59 586	16
	„ 2	1 297 237	40	204 337	76	1 501 575	16	1 126 181	37	114 275	94	412 538	51	79 886	21
	„ 1	1 761 214	93	333 122	54	2 094 337	50	1 570 753	12	156 629	55	571 121	13	110 595	01
	Zusammen	4 431 888	15	733 580	30	5 165 468	45	3 874 101	33	386 747	96	1 291 367	12	250 067	38

Post- und Verwaltungs- kosten- voranschlag- differenz		Summe der Spalten 6-10		Vergütung an die Gemeinde- behörden für das Einziehen der Beiträge		Summe der Spalten 11 und 12		Jahresbetrag der staatlich veranlagten Grundsteuer der bewirt- schafteten Flächen		Grund- steuer- zuschläge (§§ 25, 26, 46, 50 der Satzung)		Grundsteuer- Soll Spalten 14 und 15		Sektionen	Laufende Nummer.
R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.		
10		11		12		13		14		15		16			
														Regierungsbezirk Oppeln.	
2 197	58	33 720	47	688	17	34 408	64	11 545	24	2 865	—	14 410	24	Beuthen, Land.	1
45	33	695	57	14	20	709	77	249	55	172	—	421	55	Beuthen, Stadt.	2
10 575	27	162 270	46	3 311	64	165 582	10	97 851	57	4 394	—	102 245	57	Cosel.	3
9 079	11	139 312	88	2 843	12	142 156	—	63 965	71	4 177	—	68 142	71	Talkenberg.	4
8 229	48	126 275	93	2 577	06	128 852	99	54 942	83	5 204	—	60 146	83	Gleiwitz, Land.	5
231	55	3 552	98	72	51	3 625	49	2 410	25	293	—	2 708	25	Gleiwitz, Stadt.	6
7 269	11	111 539	62	2 276	32	113 815	94	105 197	36	3 027	—	108 224	36	Grattkau.	7
2 178	36	33 425	55	682	16	34 107	71	12 800	54	1 727	—	14 527	54	Guttentag.	8
5 421	50	83 189	31	1 697	74	84 887	05	64 597	55	4 863	—	69 460	55	Krenzburg.	9
13 113	11	201 212	01	4 106	37	205 318	38	187 209	68	1 410	—	188 619	68	Leobschütz.	10
11 556	94	177 333	62	3 619	05	180 952	67	138 469	78	2 963	—	141 432	78	Reiße, Land.	11
391	32	6 004	47	122	54	6 127	01	3 431	87	115	—	3 546	87	Reiße, Stadt.	12
11 804	63	181 134	22	3 696	62	184 830	84	135 025	58	4 637	—	139 662	58	Neustadt.	13
9 882	79	151 644	80	3 094	79	154 739	59	71 597	71	4 174	—	75 771	71	Oppeln, Land.	14
84	71	1 299	79	26	53	1 326	32	2 639	26	69	—	2 708	26	Oppeln, Stadt.	15
7 833	42	120 198	63	2 453	03	122 651	66	75 630	02	4 436	—	80 066	02	Ratibor, Land.	16
823	45	12 635	25	257	86	12 893	11	5 131	64	328	—	5 459	64	Ratibor, Stadt.	17
7 897	95	121 188	81	2 473	24	123 662	05	44 357	97	5 871	—	50 228	97	Rosenberg.	18
6 791	52	104 211	39	2 126	76	106 338	15	50 458	—	5 218	—	55 676	62	Groß Strehlitz.	19
339	11	5 203	43	106	19	5 309	62	2 796	54	273	—	3 069	54	Hindenburg.	20
115 746	24	1 776 049	19	36 245	90	1 812 295	09	1 130 309	27	56 221	—	1 186 530	27	Seite 3.	
120 806	02	1 853 688	05	37 830	37	1 891 518	42	1 530 392	21	60 370	—	1 590 762	21	• 2.	
167 947	74	2 577 046	55	52 592	78	2 629 639	33	2 114 293	54	87 968	50	2 202 262	04	• 1.	
404 500	—	6 206 783	79	126 669	05	6 333 452	84	4 774 995	02	204 559	50	4 979 554	52	Zusammen.	

Reg.-Bez. Oppeln (Fortsetzung).

Laufende Nummer.	Sektionen	Auf eine Mart Grundsteuer entfällt ein Beitrag von	Bei dem abgerundeten Einheitsfah nach Spalte 24 und infolge Festsetzung des Mindestbeitrags pp. erhöht sich die Summe Spalte 13 (Beitragsfah) auf		Es erhöht sich demnach die Summe Spalte 12 (Hebegebühr) auf		Bleiben abzuführen		Das Beitragsfah Spalte 18 erhöht sich gegen die Summe Spalte 13 um		Die Hebegebühr Sp. 19 erhöht sich gegen die Summe Sp. 12 um		Es sind demnach gegen die Summe Spalte 13 mehr aufzubringen und auf den Betriebsfah übertragen Spalte 21 abzüglich Spalte 22		Auf eine Mart Grundsteuer entfällt nach dem abgerundeten Einheitsfah ein Beitrag von
		R.M.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.	Rpf.	R.M.
		17	18		19		20		21		22		23		24
	Regierungsbezirt Oppeln.														
1	Beuthen, Land . . .	2,387	35 364	30	708	30	34 656	—	955	66	20	13	935	53	2,39
2	Beuthen, Stadt . . .	1,683	759	60	15	20	744	40	49	83	1	—	48	83	1,69
3	Cosel	1,619	168 316	90	3 373	60	164 943	30	2 734	80	61	96	2 672	84	1,62
4	Falkenberg	2,086	142 959	40	2 865	70	140 093	70	803	40	22	58	780	82	2,09
5	Gleiwitz, Land . . .	2,142	131 801	30	2 639	—	129 162	30	2 948	31	61	94	2 886	37	2,15
6	Gleiwitz, Stadt . . .	1,338	4 471	40	88	50	4 382	90	845	91	15	99	829	92	1,34
7	Grottkau	1,051	115 512	50	2 314	90	113 197	60	1 696	56	38	58	1 657	98	1,06
8	Guttentag	2,347	34 529	—	692	90	33 836	10	421	29	10	74	410	55	2,35
9	Kreuzburg	1,222	86 213	30	1 728	30	84 485	—	1 326	25	30	56	1 295	69	1,23
10	Leobschütz	1,088	207 507	40	4 155	80	203 351	60	2 189	02	49	43	2 139	59	1,09
11	Neiße, Land	1,279	182 274	20	3 651	50	178 622	70	1 321	53	32	45	1 289	08	1,28
12	Neiße, Stadt	1,727	6 294	70	125	90	6 168	80	167	69	3	36	164	33	1,73
13	Neustadt	1,323	189 850	10	3 804	10	186 046	—	5 019	26	107	48	4 911	78	1,33
14	Oppeln, Land	2,042	161 529	80	3 239	10	158 290	70	6 790	21	144	31	6 645	90	2,05
15	Oppeln, Stadt	0,489	1 615	30	32	30	1 583	—	288	98	5	77	283	21	0,49
16	Ratibor, Land	1,531	126 531	90	2 534	60	123 997	30	3 880	24	81	57	3 798	67	1,54
17	Ratibor, Stadt	2,361	13 014	20	260	30	12 753	90	121	09	2	44	118	65	2,37
18	Rosenberg	2,461	125 117	40	2 512	50	122 604	90	1 455	35	39	26	1 416	09	2,47
19	Groß Strehlitz	1,909	109 104	60	2 189	70	106 914	90	2 766	45	62	94	2 703	51	1,91
20	Hindenburg	1,729	6 107	20	122	30	5 984	90	797	58	16	11	781	47	1,73
	Seite 3	1,527	1 848 874	50	37 054	50	1 811 820	—	36 579	41	808	60	35 770	81	1,53
	" 2	1,188	1 932 928	60	38 743	50	1 894 185	10	41 410	18	913	13	40 497	05	1,19
	" 1	1,194	2 663 157	80	53 384	90	2 609 772	90	33 518	47	792	12	32 726	35	1,20
	Zusammen	1,271	6 444 960	90	129 182	90	6 315 778	—	111 508	06	2513	85	108 994	21	1,28

Anlage 5.

A. Zusammenstellung

der Einnahmen und Ausgaben der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft
für das Jahr 1926.

Einnahme.	R.M.	Rpf.	Ausgabe.	R.M.	Rpf.
Strafgelder	3 852	20	Entschädigungen	5 169	967 29
Von Ersahpflichtigen erstattete Ent- schädigungsbeträge	4 498	84	Verwaltungskosten:		
Auf die Genossenschaftsmitglieder um- gelegte Beiträge, einschließlich des mehr erhobenen Vorschusses von 404 500 R.M.	6 444	960 90	a) des Genossenschaftsvorstandes	203	339 90
Nachträgliche Eingänge auf frühere Umlagen	307	161 12	b) der Sektionsvorstände	222	645 43
Sonstige Einnahmen	7 726	48	Kosten der Unfalluntersuchung pp.	165	460 08
Zinsen	13 754	22	Kosten des Rechtsgangs	53	567 37
Zusammen	6 781	953 76	Kosten der Durchführung der Unfall- verhütungsvorschriften	22	769 49
			Finanzdienst (Zinsen und Hebegebühren)	186	294 08
			Anteilige Kosten zu den Aufwendungen für Westpreußen und Posen	21	939 08
			Zurückgezahlte und beim Rechnungs- abluß noch ausstehende Genossen- schaftsbeiträge aus dem Jahre 1925	222	476 83
			Abrundungsbeträge pp.	108	994 21
			Der Vorschußbetrag zur Deckung der laufenden Ausgaben pro 1927	404	500 —
			Zusammen	6 781	953 76

B. Vermögensübersicht

der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft nach dem Stande
vom 31. Dezember 1926 (Rücklage).

Bezeichnung	Zins= fuß v. H.	Nennwert		Anschaffungs= preis		Buchwert	
		<i>R.M.</i>	<i>Rpf.</i>	<i>R.M.</i>	<i>Rpf.</i>	<i>R.M.</i>	<i>Rpf.</i>
a) Rücklage							
Sammel-Ablösungsanleihen der Schles. Provinzial-Hilfskassen-Obligationen	—	15 862	50	15 862	50	1	—
Schlesische Provinzial-Hilfskassen-Obligationen . .	4	4 570	—	4 570	—	1	—
" " " " . .	4	9 432	50	9 432	50	1	—
" " " " . .	4	9 412	50	9 412	50	1	—
Breslauer Ablösungsanleihe	—	2 375	—	2 375	—	1	—
Schlesische landschaftliche Goldpfandbriefe . . .	8	22 300	—	14 773	75	14 773	75
Zusammen						14 778	75
Barbestand						5 289	46
Summe der Rücklage						20 068	21
b) Sonstiges Vermögen							
Betriebsstock						194 020	72
Sollbestand des Vermögens am 31. Dezember 1926						214 088	93

Y 139
S
P 139
WAL-V
Bibl. 20. MAI 1940
Firmen-Archiv

Jahresbericht

der

Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften

und die Maßnahmen für die erste Hilfe

im Jahre

1939

Jahresbericht

der

**Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft über die Durchführung
der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen
für die erste Hilfe im Jahre 1939.**

I. Allgemeines.

Nach der Vereinigung der Niederschlesischen und Oberschlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wird der Jahresbericht erstmalig von der gesamten Provinz Schlesien, umfassend die Regierungsbezirke Breslau, Liegnitz und Oppeln, erstattet. Für den infolge Rückgliederung früherer deutscher Gebiete aus dem ehemaligen Polen neu geschaffenen und der Provinz Schlesien angegliederten Regierungsbezirk Kattowitz sind Angaben in diesem Bericht noch nicht aufgenommen.

Im Berichtsjahre waren sechs technische Aufsichtsbeamte hauptamtlich im Aufwachtdienst tätig, von denen der technische Aufsichtsbeamte Ratsch nach Ableistung seines Vorbereitungsdienstes vor dem Prüfungsausschuß am 22. und 23. Februar 1939 seine Prüfung zum technischen Aufsichtsbeamten ablegte.

Der Genossenschaftsbezirk ist unter den technischen Aufsichtsbeamten in sechs möglichst gleichgroße Aufsichtsbezirke aufgeteilt.

An Betrieben wurden gezählt:

289 077	Hauptbetriebe,
10 265	Nebenbetriebe,
517	Dampfkolonnen,
808	Lohndrusch- und Lohnpflügereibetriebe,
zusammen 300 667	Betriebe.

Von den Hauptbetrieben haben

40 297	Betriebe eine Größe bis zu 0,5 ha,
196 877	" " " von 0,5 ha bis 10 ha,
49 503	" " " von 10 ha bis 100 ha,
2 400	" " " über 100 ha.

Die Zahl der Versicherten ist auf 1 450 000 geschätzt.

Die Betriebsbesichtigungen wurden in der gleichen Weise wie in den Vorjahren durchgeführt. Die zuständigen Gendarmeriebeamten und Bürgermeister nahmen auf Ansuchen an diesen teil, soweit sie nicht anderweitig dienstlich tätig sein mußten. Der Verkehr der technischen Aufsichtsbeamten mit den Versicherten war im allgemeinen reibungslos. Der Zutritt zu den Betrieben wurde in keinem Fall verweigert.

Überblick über
die gesamte
Diensttätigkeit
der technischen
Aufsichts-
beamten.

Im September 1939 wurden 4 technische Aufsichtsbeamte zum Heeresdienst einberufen, wovon einer am 18. November 1939 wieder zur Entlassung gekommen ist.

In 45 Landwirtschaftsschulen wurden belehrende Vorträge über Unfallverhütung gehalten. Das Interesse der Schüler hieran wurde dadurch gesteigert, daß die Schulleitungen Hausaufsätze über einen begrenzten Teil der Vorträge schreiben ließen und diese zur Begutachtung übersandten. Die drei besten Arbeiten von jeder Schule wurden mit Buchprämien belohnt. Für den Ankauf der Bücher wurden 795,- RM ausgegeben. Wenn auch die einzelnen Arbeiten der Schüler sehr verschieden ausgefallen sind, befand sich unter ihnen doch eine große Anzahl, die als sehr gut zu bezeichnen waren. Als Anlage 1 ist je ein Aufsatz eines Jungbauern und einer Jungbäuerin einer Landwirtschaftsschule abgedruckt.

Anlage 1.

Die Maschinenfabriken und Vertreter wurden wie früher aufgesucht, um nötige Maßnahmen für die Verbesserung des Unfallschutzes an von ihnen hergestellten und vertriebenen oder auf Messen und Märkten gezeigten Landmaschinen zu besprechen.

Weitere Aufträge.

Für den Gemeindeunfallversicherungsverband der Provinz Schlesien sind aus Anlaß von Unfällen mehrere Betriebsbesichtigungen durchgeführt worden. Die bei dem Verbande einlaufenden Unfallanzeigen werden in dessen Auftrag ausgewertet.

Die Gerichte nahmen die technischen Aufsichtsbeamten in 3 Fällen als Sachverständige in Anspruch. Gutachtliche Äußerungen in Unfallstrafsachen wurden des öfteren von den Staatsanwaltschaften angefordert.

Zu den Beiratsitzungen ist der technische Aufsichtsbeamte Jabel zugezogen worden. Auch nahm er an den Sitzungen der Elektro-Arbeitsgemeinschaft Schlesien teil.

An der auf der 5. Reichsnährstandsausstellung in Leipzig durch den Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften durchgeführten Prüfung der ausgestellten Maschinen und Geräte war der technische Aufsichtsbeamte Jabel als Kommissionsführer tätig.

Für die Überwachungstätigkeit auf der Ostmesse in Königsberg wurden auf Ansuchen der Ostpreussischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft die technischen Aufsichtsbeamten Equart und Strzeżka nach dort entsandt.

Auf der Breslauer Messe mit Landmaschinenmarkt vom 10. bis 14. Mai 1939 ist die Prüfung der ausgestellten landwirtschaftlichen und gewerblichen Maschinen und Geräte im Verein mit dem Landesverband Schlesien des Reichsverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften erfolgt. Hierbei waren tätig 10 technische Aufsichtsbeamte landwirtschaftlicher und 6 technische Aufsichtsbeamte gewerblicher Berufsgenossenschaften. Die Leitung der Überwachungstätigkeit hatte der technische Aufsichtsbeamte Jabel.

Auf dem Freigelände des Breslauer Landmaschinenmarktes wurde auf einer Fläche von zirka 300 qm und in einem Zelt von 130 qm eine Unfallverhütungslehrschau aufgebaut. Auf dem freien Platz wurden ältere ungeschützte Maschinen aus den Betrieben neuen mustergültig geschützten gegenübergestellt. In dem Zelt wurden viele Modelle von Maschinen und Bauwerken, auch ein solches von einem mittleren Bauernhof, und lehrreiches Anschauungsmaterial gezeigt. In einem abgetrennten Teil des Zeltes liefen Tonfilme. Ein lebhafter Besuch der Lehrschau bezeugte das rege Interesse.

II. Überwachung der Betriebe.

Im Berichtsjahre wurden von den technischen Aufsichtsbeamten an Betriebsbesichtigungen durchgeführt:

An 544 Außendiensttagen sind in 238 Gemeindebezirken 7809 Betriebe geprüft worden, hiervon waren

7 685 Hauptbetriebe,

124 Nebenbetriebe,

worunter sich 184 Hauptbetriebe und 9 Nebenbetriebe befanden, die zu Beanstandungen keinen Anlaß gaben. Das sind bei Hauptbetrieben 2,4% und bei Nebenbetrieben 7,3%.

Lohndruckbetriebe wurden 57 geprüft.

Durchführung
der Unfall-
verhütungsvor-
schriften durch
Ausführung
von Betriebs-
besichtigungen.

An Betriebseinrichtungen sind insgesamt beanstandet:

1 277	Böpel,
3 204	Kraftmotoren,
2 931	Dreschmaschinen,
6 120	Futterschneidemaschinen,
1 182	Kreissägen,
2 138	sonstige landwirtschaftliche Maschinen,
81	Viehhaltungen,
25	Fuhrwerke,
4 172	Tore,
3 482	Treppen,
4 032	Leitern,
3 951	Einsteige- und Abwurflöcher,
1 423	Oberböden,
2 844	Übertennen- und Bodenbeläge,
416	Wandlufen,
172	Falltüren,
393	Gruben und Brunnen,
443	elektrische Anlagen,
64	Erste Hilfe, Verbandkästen, Aushänge
<hr/>	
38 350	
291	in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben
<hr/>	
38 641	

Es entfallen hiernach im Mittel auf einen beanstandeten Hauptbetrieb 5, auf einen Nebenbetrieb 2,3 beanstandete Betriebseinrichtungen.

Abänderungsvorschläge und Wünsche in bezug auf die Unfallverhütungsvorschriften sind von den Betriebsunternehmern und anderen Versicherten nicht vorgebracht worden.

Größere Verschiebungen in der Häufigkeit der vorgefundenen Mängel sind nicht beobachtet.

Die Betriebsbesichtigungen, die ohne vorherige Anmeldung an die Betriebsunternehmer vorgenommen sind, wurden im Beisein der Betriebsführer oder deren Vertreter, auf größeren Gütern noch unter Hinzuziehung der Gutshandwerker durchgeführt.

Das Ergebnis der Betriebsprüfungen wird durch einen Besichtigungsbefund festgelegt, von dem die Durchschrift dem Betriebsunternehmer verbleibt. Außerdem enthält die Durchschrift die Aufforderung, die festgestellten Mängel innerhalb einer Frist von drei Wochen zu beseitigen. Da mit Einführung dieses neuen Besichtigungsbefundes die bisher üblich gewesenen besonderen Verwarnungen und Strafandrohungen fortgefallen sind, wird auf den Durchschriften durch den technischen Aufsichtsbeamten die Höhe der Ordnungsstrafe eingesetzt, die bei nicht fristgemäßer Abstellung der Mängel gegen den Betriebsunternehmer verhängt wird. Die Höhe der so angedrohten Bestrafung richtet sich nach der Gefahrenklasse der beanstandeten Betriebseinrichtung in Verbindung mit dem Einheitswert des Betriebes. Die Urschrift des Besichtigungsbefundes, auf welcher gleichzeitig die Angaben für die Mängelstatistik vermerkt werden, dient als Unterlage für die Nachbesichtigung.

Bei der Beschäftigung von Kindern, jugendlichen und weiblichen Personen an gefährlichen Maschinen oder mit besonders gefahrbringenden Arbeiten sind im Berichtsjahre mehrere zum Teil schwere Unfälle vorgekommen. So verunglückten u. a. zwei Jungen im Alter von 7 und 9 Jahren an Siedemaschinen, letzterer beim Einlegen. Eine Arbeiterin verlor durch Hineingeraten in die Dreschtrommel ein Bein, eine landwirtschaftliche Gehilfin einen Unterschenkel. Beim Bedienen der Kreissäge verletzte sich eine Betriebsunternehmerin durch das Sägeblatt. Mehrere Abstürze von Übertennen und erhöht liegenden Arbeitsplätzen wurden gemeldet.

Beschäftigung
von
jugendlichen
und weiblichen
Personen

Bestrafungen.

Die Strafbescheide werden grundsätzlich nach der ersten Nachbesichtigung erteilt. Demzufolge finden begründete Einsprüche Berücksichtigung, wenn in der Zwischenzeit die Mängel restlos abgestellt worden sind.

An Ordnungsstrafen wurden festgesetzt: in 1477 Fällen wegen nicht fristgemäßer Abstellung der Mängel, in 123 Fällen aus Anlaß von Unfällen wegen Verstoßes gegen die Unfallverhütungsvorschriften, in 17 Fällen auf Grund von Anzeigen von Gendarmeriebeamten und technischen Aufsichtsbeamten. In 13 Fällen wurden Lohnbruschunternehmer in Strafe genommen.

Die Höhe der einzelnen Ordnungsstrafbeträge schwankte zwischen 2,— und 50,— *R.M.* Die Gesamthöhe aller Strafen betrug 7126,50 *R.M.*, eingegangen sind 4680,26 *R.M.*

Unter den Gnadenerlaß des Führers und Reichskanzlers vom 9. 9. 1939 fielen auch alle zur Zeit noch laufenden Ordnungsstrafen. Nur wenn spätere Nachbesichtigungen ergaben, daß die Mängel immer noch nicht abgestellt waren, wurde eine neue Strafe festgesetzt.

Anträge an die Versicherungsämter auf Bestrafung von Gefolgschaftsmitgliedern wegen Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden im Berichtsjahre nicht gestellt, dagegen sind in mehreren Fällen die Ortspolizeibehörden ersucht worden, diese Gefolgschaftsmitglieder vorzuladen und zu verwarnen.

**Gesundheits-
schädliche
Einflüsse.**

Ein Wirtschaftsinspektor zog sich beim Einschaufeln von Leunasalpeter wahrscheinlich eine Vergiftung zu. Er verstarb nach acht Stunden.

Beim Ausstreuen von Kalkammonsalpeter erkrankte ein Gefolgschaftsmitglied an Blutvergiftung.

**Bekannt-
machung der
Unfall-
verhütungs-
vorschriften.**

In der Art der Bekanntgabe der Unfallverhütungsvorschriften und der Verteilung von Merkblättern hat sich nichts geändert. Die Bürgermeister der Gemeinden des Hultschiner Ländchens, neuer Kreisteil Ratibor, wurden zum Zwecke der Bekanntgabe an die Betriebsunternehmer mit den Unfallverhütungsvorschriften und sonstigem Material beliefert.

III. Betriebsunfälle.

Es wurden 28 206 Betriebsunfälle gemeldet.

Zur erstmaligen Entschädigung kamen 2538 Unfälle; 208 hatten den Tod zur Folge.

Bei der Prüfung und weiteren Verarbeitung der Unfallanzeigen ist eine Änderung in dem seitherigen Verfahren nicht eingetreten.

**Bemerkens-
werte
Unfälle.**

An Massen- oder besonders bemerkenswerten Unfällen haben sich im Berichtsjahre folgende ereignet:

Am 5. Mai 1939 sollten durch Vermittlung des Arbeitsamtes Jauer 12 slowakische Landarbeiter zum Einsatz kommen. Auf dem Transport zu ihren Arbeitsstätten, der in einem Personen-Omnibus durchgeführt wurde, explodierte eine der zum Antrieb benötigten Gasflaschen, wodurch der Omnibus in Brand geriet. Eine nach dem Innern des Wagens dringende Stichflamme brachte dem einen Arbeiter tödliche Verbrennungen bei, während ein zweiter im Krankenhaus verstarb. Die übrigen 10 Arbeiter konnten sich durch Abspringen vom Auto noch rechtzeitig in Sicherheit bringen und erlitten mehr oder weniger schwere Verbrennungen.

Bei der Bergung der Hackfrüchternte ereigneten sich im Bereich der Berufsgenossenschaft mehrere und zum Teil sehr schwere und tödliche Unfälle bei der Verwendung von Lastzügen und zwar zum weitaus größten Teil beim Ankuppeln der zweiten Anhänger. Begünstigt wurden diese Unfälle in der Hauptsache durch das anhaltende nasse Wetter und die hierdurch bedingten schlechten Wegeverhältnisse. Um auf die Gefahren und auf deren Begegnung hinzuweisen, wurde ein Merkblatt herausgegeben, dessen Text auch im Wochenblatt der Landesbauernschaft Schlesien veröffentlicht wurde. Als Anlage 2 ist ein solches diesem Bericht beigegeben.

IV. Maßnahmen für die erste Hilfe.

Die Ausbildung von Betriebshelfern in der Landwirtschaft wurde weiter betrieben. Bei dem von Ärzten in Kursen von 8 bis 10 Doppelstunden erteilten Unterricht über Erste Hilfe in den Landwirtschaftsschulen wurden 1513 Jungbauern und 1025 Jungbäuerinnen unterrichtet.

Die von der Planungsstelle der Schlesiſchen Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege erfaßten Gemeindepflegestationen wurden weiterhin bezusucht.

Breslau, den 11. April 1940.

Schlesiſche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Der Leiter

In Vertretung:

Adams,
Landeshauptmann.

Niederschriften über einen Vortrag,
gehalten in der Landwirtschaftsschule Striegau, Bez. Breslau.

1. Arbeit des Jungbauern Ernst Rügler.

Thema: Es soll in der Scheune gedroschen werden; welche Schutzvorrichtungen müssen vorhanden und wie müssen Übertennen, Tore und Leitern beschaffen sein?

Jedes Jahr ist eine Unfallverhütungswoche. In dieser Woche werden wir besonders stark auf die Unfallverhütung aufmerksam gemacht und angeregt. Wenn wir hören, daß jährlich viele deutsche Volksgenossen Unfall erleiden und zwar oft mit tödlichem Ausgang, da muß es unsere Pflicht sein, mit allen Maßnahmen dagegen zu kämpfen, um das Leben und die Gesundheit unserer deutschen Brüder zu erhalten. Und dies können wir; denn viele Unfälle haben als Ursache mangelhafte Schutzvorrichtung. Diesen Fehler finden wir noch besonders in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben. Betrachten wir doch mal den Verlauf eines Arbeitstages beim Dreschen. Als erstes kommen wir zum Tor. Hier besteht die Gefahr, daß es beim Öffnen vom Winde erfaßt oder zu schnell aufgeschlagen wird und aus den Angeln schnappt. Wir sichern es, indem wir Mutterschrauben oder eiserne Winkel über den Angeln befestigen. Den geöffneten Flügel haben wir an der Mauer fest. Das Einschlagen eines Pfahles ist nicht so praktisch, da dieser Pfahl bei geschlossenem Tor als Hindernis wirken kann. Das Tor muß an der Mitte angehaßt sein, sonst verzieht es sich und schließt schlecht. Dies wäre beim Flügeltor. Schiebetore sichert man erstens gegen Ablaufen von der Lauffschiene und zwar durch Hochbiegen des freien Endes der Lauffschiene und zweitens gegen Ausheben. Dazu dienen die in Schlitzlöchern verstellbaren Schraubenbolzen, die nahe der Unterseite der Lauffschiene liegen. Man kann es auch anders sichern, indem man einen Eisenstab am unteren Teil des Tores anbringt, der in einer in der Mauer befestigten Öse läuft. Man nennt diese Art: Sicherung gegen Ausheben mit Schubbegrenzung.

Wir kommen jetzt zum Dreschsaß. Und hier müssen wir ganz besonders auf den Schutz achten. Alles, was sich dreht und bewegt und unter 1,80 m Höhe ist, bedarf einer Verkleidung. Bei einer Lokomobile ist die Überdeckung des Wellenkopfes erforderlich. Die Transmissionswelle zwischen Göpel und Maschine muß mit einem Holzkasten umgeben und Schmierläger mit Klappen versehen werden. Der Motor soll in einem Wagen oder einer Trage mit einem Holzkasten umgeben sein. Säcke oder sonstige Sachen sind darauf nicht zu lagern. Schalttafeln und Kabel müssen in gutem Zustand sein. Der Motor ist von Kindern nicht zu bedienen oder als Spielplatz zu benutzen. Die Antriebscheibe bedarf einer Verkleidung. Und nun die Dreschmaschine. Sämtliche Riemenscheiben, die Speichen besitzen, müssen vollkommen verkleidet sein. Bei vollen Riemenscheiben braucht nur an der Auflaufstelle die Schutzvorrichtung sich befinden. Als Verkleidung kann sehr enger Maschendraht oder Blech mit einer Holzumrahmung dienen. Die Riemen brauchen nicht verkleidet zu sein. Besonders gesichert muß die Trommel der Maschine werden. Wenn der Einleger bei Bedienung auf dem Fußboden steht, muß der Einlegerisch mindestens 1 m Länge und die Aufsatzbretter 50 cm Höhe und 50 cm Breite haben. Bei erhöhtem Einlegerstand, der ein bestimmtes Standloch besitzt, ist eine Tischlänge von 75 cm erforderlich. Großdreschmaschinen, bei denen der Einleger auf der Dreschbühne selbst steht, bedürfen einer Umwehrung der Bühne von drei Seiten. Die Schutzhäube darf nicht entfernt werden. Einige Fabriken bauen besondere Schutzvorrichtungen,

und zwar erstens „Bayrische Sicherheitseinlegevorrichtung“ mit Schutzhaube, mit federnd beweglichem Einlegetisch an den beiden Schmalseiten der Einlegeöffnung und mit selbsttätiger Abschlußklappe über der Einlegeöffnung und zweitens „Selbsteinleger“ mit selbsttätiger Ausrücktaste. Diese Schutzvorrichtungen müssen immer in Ordnung sein, damit sie im Falle eines Falles ihren Zweck erfüllen. Ein weiterer Unfallherbeiführer ist die Strohpresse. Diese Unfälle haben in vielen Fällen nicht die Ursache mangelhafter Verkleidung, sondern werden durch leichtsinniges Handeln herbeigeführt. Es müßte für jeden selbstverständlich sein, daß während dem Gange Einfädeln der Schnur oder andere Mängel nicht beseitigt werden dürfen. Über den Raffern ist ein Schutzgitter anzubringen, damit niemand hineinfallen kann.

Die Leitern sind gegen Abgleiten zu sichern und zwar durch kräftige eiserne Spitzen. Bei Zement- oder sonstigen glatten Fußböden versieht man die Leiter mit Haken und haft sie oben in ein fest angebrachtes Eisen, womit auch das Abgleiten nach der Seite verhindert wird. Niemals binde man die Leiter als gesichert an, dies ist nur vorübergehend, denn sie wird auch an anderer Stelle gebraucht. Sprossen dürfen sich nicht in den Holmen drehen, da sonst die Ausgleitgefahr gefördert wird. Das behelfsmäßige Verlängern der Holme bei Leitern ist zu unterlassen. Dies gilt auch für bewegliche Treppen. Diese müssen, wie Leitern an den Dreschmaschinen, einen verlängerten Holm besitzen oder mit seitlicher Handleiste gesichert sein. Sprossen und Stufen dürfen niemals aufgenagelt werden. Doppelleitern sind durch eine Verbindungskette zu sichern. Balkenfahrt und Hochfahrtranne müssen mit festem Bodenbelag und Geländer mit Fußleiste versehen sein. Bodenöffnungen dürfen nicht angebracht werden. Die Öffnungen in der Emportenne sind mit einer Tischüberdeckung und Fußleiste zu sichern. Die Eckposten können mehr in der Mitte angebracht werden, dadurch wird die Arbeit mit sperrigen Früchten erleichtert. Die Tischüberdeckung ist nicht zu entfernen. Bodenlücken der Ubertennen sind mit Eckposten, Hand- und Fußleisten zu versehen. Handleisten sind unabnehmbar anzubringen, höchstens an einer Seite hochzuklappen. Nach getaner Arbeit ist die Handleiste sofort in Schutzstellung zu bringen. Bei niedrigem Dachstuhl kann die Umwehrung durch ein am Dachstuhl hängendes Geländer gebildet werden. Beachtet muß dabei auf gute Befestigung der Eck- und Querstangen werden. Einsteigöffnungen zur Leiter sind durch Geländer und Fußleiste gesichert. Alle diese Schutzvorrichtungen (Geländer, Umwehrung, Tischüberdeckung) und Leitern, Treppen müssen aus gutem, gesundem Holz (bzw. Eisen) hergestellt werden. Nicht daß altes, halb verfaultes Holz, und noch wer weiß wie dünn, verwendet wird. Durch solche Schutzvorrichtungen werden nur Unfälle verursacht, aber nicht verhindert. Nun noch mal zurück zu den Maschinen. Futterschneidemaschinen bedürfen einer beiderseitigen Verkleidung des Messerrades, einer Leerlauffscheibe und mit von beiden Seiten der Einlegerinne bedienbarem Ausrücker und Auschaltvorrichtung für die Einziehwalzen. Die Verkleidung der Riemenscheibe ist nicht zu vergessen. Alle diese Schutzvorrichtungen müssen aber wirklich in Ordnung und an ihrer Stelle sein, nicht daß sie auf dem Boden oder im Schuppen verstaubt sind und nur vor der Revision in Vorschein treten. Dort erfüllen sie ihren Zweck nicht. Wir aber müssen dafür Sorge tragen, daß jegliche Unfälle, die zu vermeiden sind, vermieden werden.

2. Arbeit der Jungbäuerin Waltraut Ueber.

Thema: Wie kann ich als Bäuerin in Haus, Hof und Stall Unfälle verhüten?

Wenn wir bedenken, daß jährlich viele Menschen durch Unfall in landwirtschaftlichen Betrieben schweren Schaden an der Gesundheit nehmen oder gar zu Tode kommen, dann müßte es eigentlich eine selbstverständliche Pflicht für uns sein, daß wir unser möglichstes tun, damit Unfälle verhütet werden. Wie wenig das leider noch geschieht, zeigt die Zahl von 165 Toten im letzten Jahr allein in Schlesien. Der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ist da eine große Aufgabe gestellt. Sie versucht nicht nur, den entstandenen Schaden nach Kräften gutzumachen, sondern auch vorzubeugen. Es ist nun unsere Sache, dabei mitzuhelfen und uns nicht, wie es so oft der Fall ist, gegen die Schutzmaßnahmen verständnislos zu zeigen oder gar dagegen aufzulehnen.

Die Bäuerin findet da ein weites Aufgabengebiet, hat sie doch Einfluß nicht nur auf ihren Haushalt, sondern auf den ganzen Bauernhof. Besonders ist es ihre größte Pflicht, die Kinder vor jeder Gefahr zu schützen und sie auch so zu erziehen, daß sie sich nicht selbst in Gefahr begeben. Kinder sollen nie etwas bei Maschinen zu suchen haben. Ebenso muß man die Kinder nicht zu sehr an Tiere gewöhnen, da sie von diesen zu leicht geschlagen oder sonstwie verletzt werden können. Erwachsene Menschen können sich durch genügende Vorsicht selbst schützen, Kinder, die es noch nicht können, müssen genügend überwacht werden.

Im Haushalt gibt es viele Gefahrenquellen. Da sind die Treppen, gleich ob sie hinunter in den Keller oder hinauf auf den Boden führen. Immer müssen sie mit einem Geländer versehen sein. Es kann sonst sehr leicht jemand stürzen und schweren Schaden nehmen. Auch sollten sie immer gut beleuchtet sein, was ja besonders die Kellertreppe betrifft. Daß alle Treppenaufgänge sauber und frei von jedem Gerümpel sind, gehört sich für einen ordentlichen Bauernhof und -haushalt. Da wir heute mehr und mehr die Elektrizität in unsere Dienste nehmen, müssen wir dafür Sorge tragen, daß alle Kabel in Ordnung sind; die Schalttafeln am Motor, wie auch im Hause, müssen einen Schutzrahmen oder -kasten haben, Steckdosen und Schalter dürfen nicht schadhast sein. Ins Bereich der Bäuerin fällt da besonders Buttermaschinen- und Zentrifugenmotor, elektrisches Bügeleisen usw., in Stall und Hof dann Rübenmühle, Siedemaschine und andere. Auch bei der Dreschmaschine ist ja die Bäuerin meist mit beschäftigt. Da muß durch genügende Schutzvorrichtungen an Schwungrädern, Wellen, Kammrädern und Strohpressen, sowie an Leitern für Verhütung von Unfällen gesorgt werden. Frauen geraten ja durch ihre weiten Kleider noch leichter in Maschinen als Männer. Darum ist besondere Vorsicht nötig. Auch Ringe bei der Arbeit zu tragen, kann gefährlich werden, da man leicht hängen bleiben kann. Übertennen in den Scheunen müssen auch gut durch Stangen geschützt sein, damit niemand herunterfallen kann. Der Bretterbelag muß fest und dicht sein, so daß ein Durchstürzen unmöglich ist. Schuhe mit hohen Absätzen bei der Arbeit zu tragen, kann auch sehr gefährlich werden. Man hat durch sie zu unsicheren Stand auf Leitern, Balken oder Maschinen, und durch Fehltreten oder Abrutschen kann leicht ein Unglück passieren. Das Hineingreifen mit den Händen in Maschinen, während sie in Betrieb sind, müssen wir unbedingt unterlassen, denn so hat schon mancher seine Hand oder gar seinen Arm verloren. Besonders gefährlich ist das bei der Strohpresse und bei der Rübenmühle. Ehe wir eine Maschine einschalten, ist es unsre Pflicht, alle Anwesenden darauf aufmerksam zu machen; man darf es auch nicht eher tun, bis alle an ihrem Platz sind.

Während des Sommers passieren auch häufig Unfälle durch ungeschützte Sensen. Solange eine Sense nicht gebraucht wird, ist sie unbedingt mit einem Schutz zu versehen, auch im Winter, wenn sie in irgend einem Winkel hängt. Auch beim Auf- und Absteigen von bespannten Wagen müssen wir vorsichtig sein. Dies zu tun, wenn der Wagen im Fahren ist, ist eine grobe Unsitte.

Auch beim Umgang mit Vieh ist immer Vorsicht nötig; Tiere, die leicht schlagen, müssen einen durch Bretter geschützten Stand bekommen. Man darf die Tiere, wenn man sich ihnen nähert, nicht erschrecken, denn dann schlagen selbst sonst gutmütige Tiere. Bösertige Tiere, z. B. Bullen, noch zu reizen, ist ganz verwerflich. Es kann einem unter Umständen das Leben kosten. Das ist auch besonders den Kindern sehr einzuprägen.

So gibt es vieles, was wir beachten müssen, um Unfälle zu verhüten. Unsre Pflicht ist es, es nicht nur deshalb zu tun, weil wir selbst uns Gesundheit und Leben erhalten wollen, sondern vor allem, weil unser Volk die Arbeitskraft, die es alljährlich durch Unfall verliert, zu nötig braucht, als daß sie durch Fahrlässigkeit vergeudet werden könnte. Ganz abgesehen von dem großen Leid, das dadurch über viele Familien kommt, sind die Unfallrenten und -gelder eine Belastung für das Volk, die nach Möglichkeit gespart werden muß. Also ist Unfallverhütung Pflicht jedes Betriebsführers und auch der Bäuerin.

Verhütung von schweren und tödlichen Unfällen beim Aneinanderkuppeln von Lastzügen.

In geradezu erschreckender Weise häufen sich in der Landwirtschaft die Unfälle beim Zusammenkuppeln der Lastzüge. Allein in den letzten Wochen sind der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vier Todesfälle und eine ganze Reihe anderer Unfälle durch Einquetschen zwischen Anhängern gemeldet worden. Es ist daher nötig, auf die Ursachen dieser Unfälle und die Möglichkeit der Vermeidung derselben hinzuweisen.

Die Ursache liegt in fast allen Fällen in dem unsachgemäßen Zusammenschieben der einzelnen Wagen. Es wird immer wieder festgestellt, daß beim Kuppeln der Fahrzeuge nicht die erforderliche Umsicht angewendet wurde, und daß die hierbei Beteiligten sich und andere durch ihre falsche Arbeitsweise in große Gefahr bringen. Weist man auf die leichtsinnige Arbeitsweise hin, erhält man durchweg die Antwort: „Wir machen dies schon immer so, und es ist auch noch nie etwas passiert.“ Nach einem Unfall liegt dann natürlich nie die Schuld auf Seiten dieser „Fachleute“.

Wie entstehen nun die Unfälle? Hierbei sind in der Hauptsache zwei Arten des Zusammenkuppelns zu unterscheiden: 1. durch Zurückdrücken mittels der Zugmaschine und 2. durch Heranschieben des zweiten bzw. dritten Anhängers. Beide Arten sind ohne Beachtung der nötigen Vorsicht und ohne Verwendung der erforderlichen Schutzvorrichtungen gefährlich.

Das Zurückdrücken mit der Zugmaschine ist die richtige Arbeitsweise. In der Landwirtschaft müssen nun nicht nur schlechteste Wege, sondern auch Felder befahren werden. Hierbei kommt es nun häufig vor, daß die Zugmaschine ungleichmäßig greift. Auf nassem und glitschigem Untergrund rutschen die Räder der Maschine, greifen plötzlich, und, ehe der Fahrer die Maschine abfangen kann, wird der Zug zu weit zurückgestoßen. Die Folge hiervon ist, daß der Mitfahrer durch den plötzlichen Anstoß die Kupplungsklaue verfehlt, das Anhängergerüst schießt unter den vorderen Wagen. Der Mitfahrer wird eingeklemmt und erleidet schwere, meist tödliche Verletzungen.

Das Anschieben des zweiten bzw. dritten Anhängers zum Kuppeln von Hand ist das gefährlichste und ist ohne besondere vorherige Vorsichtsmaßnahmen unbedingt zu vermeiden. Bei dieser Verrichtung halten gewöhnlich zwei Leute das Anhängergerüst und versuchen während des Anschiebens zu kuppeln. Dies gelingt in den wenigsten Fällen glatt. Die Gefahr hierbei liegt darin, daß die beiden Leute das Gerüst nicht genügend festhalten können. Beim Durchfahren der geringsten Unebenheit des Weges schlägt das Kuppelungsgerüst aus und schiebt sich unter das vordere Fahrzeug. Die Folge hiervon ist oft: Einquetschung beider Leute.

Wie sind diese Unfälle zu vermeiden? Seit Jahren kämpfen die Berufsgenossenschaften für die Eindämmung der Unfallgefahren beim Kuppeln von Lastzügen. In den einschlägigen Bestimmungen ist vorgeschrieben, daß Lastzüge mit unfallverhütenden Kupplungen auszurüsten sind. Als solche gelten selbsttätige Kupplungen, Flächentkupplungen und mit Schutzschild versehene Bolzenkupplungen. Die Bolzenkupplung ist wohl die in der Landwirtschaft am meisten gebräuchliche. Das Schutzschild oder eine ähnliche dieses ersetzende Vorrichtung fehlt jedoch meistens, so daß dem durchstoßenden Kupplungsgerüst beim Verfehlen der Kupplungsklaue kein Einhalt geboten wird.

Die meisten dieser Unfälle sind aber durch ein unfallsicheres Arbeiten zu vermeiden. Das Anziehen der Anhänger von Hand oder gar das Heranziehen mittels längerer Kette durch die Zugmaschine zum Zwecke des gleichzeitigen Kuppelns ist auf jeden Fall zu unterlassen. Bei abschüssigen und unebenen Wegen sind Vorlegelöcher zu verwenden. Auf sicher wirkende Bremsen ist besonders zu achten. Beim Zurückdrücken der Fahrzeuge muß, wenn der Fahrer das Kuppeln nicht übersehen kann, eine weitere Person tätig sein, die den Fahrer durch Zuruf oder Zeichen verständigen kann.

Pflicht eines jeden Lastzugbesitzers ist es, seine Fahrzeuge stets in einem einwandfreien betriebssicheren Zustand zu erhalten. Vor allem haben die Fahrzeugführer beim Aneinanderkuppeln von Fahrzeugen für sich und ihre Arbeitskameraden immer auf die genaueste Befolgung der Vorsichtsregeln zu achten, damit sie nicht auch eines Tages durch Übersehen der geringsten Kleinigkeit sich und andere in schwerste Gefahr bringen.

Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft
(Reichsunfallversicherung)

Breslau 5, Tauenzienstraße 7.

Lesen und weitergeben!

S
Y 139
27 JUN 1942 * Druckbericht L 58.
Pirmann-Archiv

Y 139
9. MAI 1941 *
Pirmann-Archiv
S

Jahresbericht

der

Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

**über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften
und die Maßnahmen für die erste Hilfe**

im Jahre

1940

Jahresbericht

der

**Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft über die Durchführung
der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen
für die erste Hilfe im Jahre 1940.**

I. Allgemeines.

In der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften sind im Vergleich zum Vorjahre keine wesentlichen Änderungen eingetreten. Die erweiterte Provinz Schlesien umfaßt als Genossenschaftsbezirk die 4 Regierungsbezirke Breslau, Liegnitz, Oppeln und Kattowitz. An landwirtschaftlichen Hauptbetrieben zählen die 3 ersteren Bezirke rund 289 000, während der Regierungsbezirk Kattowitz, der aus Teilen des ehemaligen Polens besteht, nach den vorläufigen Erhebungen rund 190 000 Hauptbetriebe aufweist, so daß nunmehr in der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft fast 480 000 landwirtschaftliche Hauptbetriebe zusammengefaßt sind.

Im Bereich des Regierungsbezirks Kattowitz ist die Betriebsprüfungstätigkeit durch die technischen Aufsichtsbeamten bisher nicht aufgenommen worden, weil die Vorarbeiten hierfür noch nicht abgeschlossen sind. Die in diesem Bericht gemachten Angaben beziehen sich daher auf die drei erstgenannten Regierungsbezirke. Auch hier konnte eine eigentliche Betriebsprüfung wie im früheren Umfange durch die drei nicht zum Heeresdienst einberufenen technischen Aufsichtsbeamten nicht durchgeführt werden, und die Außendiensttätigkeit erstreckte sich daher in den diesen Beamten verbliebenen, verhältnismäßig sehr großen Arbeitsgebieten auf Unfallursachenermittlungen bei solchen Unfällen, bei denen Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften vermutet wurden, und zu deren Aufklärung besondere Fachkenntnisse nötig waren. Weiter wurden gelegentlich der durchgeführten Dienstreisen die Betriebe größerer Güter besichtigt. Für die Beseitigung der ermittelten Unfallgefahrenstellen mußten größtenteils längere Fristen gegeben werden, da die zur Durchführung dieser Arbeiten erforderlichen Facharbeiter und Materialien zeitbedingt knapp waren.

In 33 Landwirtschaftsschulen wurden belehrende Vorträge über Unfallverhütung gehalten.

Die Maschinenfabriken und Vertreter wurden auch im Berichtsjahre aufgesucht, um nötige Maßnahmen für die Anbringung oder Verbesserung des Unfallschutzes an von ihnen hergestellten oder vertriebenen Landmaschinen zu besprechen.

Für die Überwachungstätigkeit auf der Ostmesse in Königsberg wurde auf Ansuchen der Ostpreussischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der technische Aufsichtsbeamte Baron entsandt.

In der Zeit vom 22. – 26. Mai fand die Breslauer Messe mit Landmaschinenmarkt statt. Hiermit war eine Landestierschau verbunden. Wenn auch der Umfang der einzelnen Ausstellungen, besonders der des Landmaschinenmarktes, in diesem Kriegsjahre nicht an den der Vorjahre heranreichte, so erhielt die Veranstaltung durch zahlreiche Lehr- und Sonderschauen ihr besonderes Gepräge. Für den Landmaschinenmarkt erfolgte die Beschädigung zum weitaus größten Teil durch den Landmaschinenhandel, weniger durch die Hersteller selbst.

Der Besuch der Messe war sehr reger. Unter den Besuchern waren solche aus dem Warthegau und den neuen Ostgebieten besonders stark vertreten.

Die Prüfungs- und Überwachungstätigkeit wurde durchgeführt durch die Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Schlesiens des Reichsverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Es wirkten hierbei mit: 8 technische Aufsichtsbeamte der landwirtschaftlichen und 10 technische Aufsichtsbeamte der verschiedenen gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Leitung der Überwachung hatte der leitende technische Aufsichtsbeamte der Schlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Um bei der Vielseitigkeit der Ausstellungsobjekte eine fachgemäße Beurteilung des nötigen Unfallschutzes nach Möglichkeit zu erreichen, sind die Prüfungskommissionen erstmalig so zusammengestellt und eingesetzt worden, daß die in diesen vertretenen technischen Aufsichtsbeamten in erster Linie diejenigen Maschinen und Geräte zu prüfen hatten, die in den ihren Berufsgenossenschaften angehörenden oder verwandten Betrieben Verwendung finden. Diese Arbeitsteilung war zweckmäßig und hat sich als gut erwiesen.

Die Aussteller wurden vorher durch Rundschreiben auf die unfalltechnische Überwachung auf der Messe hingewiesen. Die Verhandlungen der technischen Aufsichtsbeamten mit den Ausstellern oder den Vertretern verliefen reibungslos.

Bemerkenswerte Neuerungen an Maschinen in unfalltechnischer Hinsicht wurden nicht festgestellt. An Maschinen für die Flachsverarbeitung konnten Neukonstruktionen und Verbesserungen beobachtet werden.

Bei der Prüfungstätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten wurden insgesamt 81 Besichtigungsberichte ausgefertigt, auf denen 136 beanstandete Maschinen mit 204 Mängeln behandelt wurden.

Durch die Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wurde auf dem Freigelände der Breslauer Messe wieder eine Lehrschau für Unfallverhütung gezeigt. Im allgemeinen wurde diese Sonderausstellung im gleichen Rahmen wie im Vorjahre aufgezogen. In einem Zelt von 110 qm wurden Bau- und Maschinenmodelle, letztere zum Teil in Bewegung, ausgestellt. Zahlreiches Lehr- und Anschauungsmaterial wurde gezeigt. Flugschriften und Merkblätter lagen auf Tischen zum Mitnehmen bereit. Auf einer großen Mattscheibe wurden wechselnd Unfallverhütungsbilder gezeigt. Auf dem freien Platz vor dem Zelt standen eine Plakatsäule mit Unfallverhütungsbildern sowie verschiedene Maschinen mit gutem Unfallschutz.

Die Lehrschau wurde stark besucht, und die Besucher zeigten hieran ein reges Interesse.

Um auch die in der Landwirtschaft eingesetzten ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen zum unfallsicheren Arbeiten anzuhalten, wurden Unfallverhütungsmertblätter in den verschiedenen Sprachen in großer Anzahl herausgegeben. Die Verteilung derselben sowie auch die Verteilung einiger Flug- und Merkblätter hatte die Landesbauernschaft Schlesiens übernommen, die diese über die Kreis- und Ortsbauernführer den einzelnen Betrieben zuleitete.

Der Reichsfender Breslau hat in der Stunde des Bauern einen Rundfunkvortrag über die Beschäftigung von Jugendlichen und Kindern in der Landwirtschaft durchgegeben.

Der Unfallschutz-Malkalender wurde in einer Auflage von 1000 Stück an Schulkinder zur Verteilung gebracht, um auch diese auf die Unfallgefahren hinzuweisen und mit dem Unfallverhütungsgedanken vertraut zu machen. An dem in diesem Kalender enthaltenen Preisausschreiben haben sich die Kinder verhältnismäßig wenig beteiligt.

II. Überwachung der Betriebe.

Wie bereits eingangs erwähnt, standen für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften nur drei technische Aufsichtsbeamte zur Verfügung. Infolgedessen konnten eigentliche Betriebsbesichtigungen nur im beschränkten Umfange vorgenommen werden, so daß sich aus den Ergebnissen Vergleiche mit denen des Vorjahres nicht anstellen lassen.

Bei der Beschäftigung von männlichen und weiblichen Jugendlichen haben sich im Berichtsjahre $123 + 36 = 159$ entschädigungspflichtige Unfälle ereignet.

In der Handhabung der Verhängung von Ordnungsstrafen trat keine Veränderung ein. Der Eingang der Straf gelder hielt sich fast in der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Von Betriebsunternehmern gegen Strafbefehle eingereichte Beschwerden, denen hier nicht stattgegeben werden konnte, und die zur endgültigen Entscheidung an die Oberversicherungsämter weitergeleitet werden mußten, sind von diesen bis auf einen Fall, wo der Strassatz auf die Hälfte ermäßigt wurde, als unbegründet zurückgewiesen worden.

III. Betriebsunfälle.

Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle war in diesem Jahre um über 4000 niedriger als im Vorjahre, was eine Minderung von rund 15% bedeutet. Dagegen war die Zahl der zur erstmaligen Entschädigung gekommenen Unfälle und derjenigen, die den Tod zur Folge hatten, fast die gleiche wie im Vorjahre.

Immer wieder werden Unfälle gemeldet, bei denen Personen durch freilaufende Wellen oder Wellenenden an den Kleidungsstücken erfaßt und eingedreht werden. Hierbei handelt es sich meist um Gefahrenstellen, die schon längere Zeit in dem Betriebe bestanden haben. Unachtsamkeit in der Abstellung der Mängel und Unterschätzung der Gefahr durch die Betriebsleiter ist hier meistens die Ursache.

Als Beispiele:

Auf einem Gute wurde ein Rübenschneider, der früher mit Hand betrieben wurde, dadurch für Kraftantrieb hergerichtet, daß von einem Anwurfmotor eine ca. 80 cm lange, vierkantige Stedwelle nach dem Rübenschneider zwischengeschaltet wurde, welche sowohl wie die Kupplungsklaue am Rübenschneider ungeschützt lief. Ein jugendlicher landwirtschaftlicher Arbeiter, der eigenmächtig und ohne Auftrag an der Maschine gearbeitet hat, wurde an seinen Kleidern von der Kupplungswelle erfaßt und eingedreht, was den Tod zur Folge hatte. Nach dem ärztlichen Attest ist der Tod durch Erstickung und Herzschlag eingetreten. —

Eine landwirtschaftliche Arbeiterin war beim Dreschen mit einer Klein-Dreschmaschine damit beschäftigt, das Stroh zu bündeln und die Gebunde über die schräg ansteigende Antriebswelle des Göpels in den Bansen zu befördern. Beim Überspringen der Antriebswelle wurden durch diese die Kleider der Verunglückten aufgewickelt, sie selbst mit dem Kopf auf den Lennenboden geschlagen, wodurch der sofortige Tod eintrat. Als Schutz für die Göpelwelle war über diese eine aus 2 Brettern dachartig gefertigte Verkleidung vorhanden, die die Welle jedoch keineswegs ausreichend abdeckte. —

Ein 13 jähriger Ferienlandhelfer war bei einem Bauern mit dessen 14 jährigem Sohn an einer Haferquetsche mit Einschütten von Mahlgut beschäftigt. Hierbei wurde der Ferienlandhelfer von dem 23 cm lang vorstehenden ungeschützten Wellenende der Haferquetsche an den Kleidern erfaßt und eingewickelt. Er erlitt dadurch sehr schwere Verletzungen am Bauch und an den Geschlechtsteilen und mußte in ein Krankenhaus geschafft werden. —

Die Aufzählung solcher Unfälle ließe sich beliebig erweitern, wo als Ursache immer wieder mangelnder oder fehlender Unfallschutz festgestellt werden muß.

Wie bei den Maschinen, so trifft dieses auch besonders für erhöhte Arbeitsplätze (Abertennen) zu. Mangelhaft und schlecht verlegter Bodenbelag ist hier oft die Ursache schwerer Unfälle.

So stürzte z. B. ein 14 jähriger Landhelfer vermutlich beim Eiersuchen durch eine Lücke in einem Abertennenbelag durch und wurde nach Stunden tot auf der Tenne liegend aufgefunden.

Bei derartigen Unfällen ist die Beobachtung gemacht worden, daß die Abstürzenden oft mit den Füßen hängenbleiben und so beim Sturz auf Schulter oder Genick aufschlagen. Dementsprechend sind die Verletzungen meist schwer oder gar tödlich. —

Tödliche Unfälle an Gärfutterbehältern (Silos) im Bereich der Berufsgenossenschaft waren seit dem Jahre 1935, wo bei einem solchen Unfall drei Tote zu beklagen waren, fast nicht mehr eingetreten. Wahrscheinlich haben die Lehren aus diesem Unfall und die darauf erfolgte Aufklärung durch die Berufsgenossenschaft zur genaueren Beachtung der nötigen Vorsichtsmaßnahmen geführt.

Im Berichtsjahre ereigneten sich aber wieder Unfälle an zwei Siloanlagen, denen drei Menschen zum Opfer fielen.

Auf einem großen Gute sollte mit der Füllung einer weiteren Silokammer von 4,5 m Tiefe begonnen werden. Nach Abheben des eisernen Deckels wurde festgestellt, daß sich auf dem Boden der Kammer Wasser angesammelt hatte. Der Betriebsleiter beauftragte einige Leute, mittels Eimern über eine Leiter das Wasser auszuschöpfen. Als der erste Arbeiter die Leiter hinunterstieg, rief er nach oben, daß es unten sehr stinke. Der Betriebsleiter rief darauf den Mann zurück und reichte ihm über den Silorand die Hand, um ihm beim Heraufsteigen behilflich zu sein. Der Arbeiter hatte aber bereits soviel von den schädlichen Gasen eingeatmet, daß er infolge Schwindelanfalles in den Silo zurückfiel. Der Betriebsleiter konnte ihn an der Hand nicht festhalten, da die Hand des Arbeiters naß war. Bei den nun einsetzenden Rettungsarbeiten kamen noch drei weitere Leute, die den Silo bestiegen hatten, durch die in diesem vorhandenen Gase in große Gefahr. Der zuerst in den Silo Bestiegene starb, während ein zweiter, der auch in Lebensgefahr war, durch Krankenhausbehandlung gerettet wurde.

Spätere Feststellungen ergaben, daß in dem Silo nicht nur Wasser, sondern auch eine Sicker- und Schlammsschicht von ca. 30 cm Höhe vorhanden war, daher auch der üble Geruch. Es ist anzunehmen, daß sich außer Kohlenäure auch Sumpfgase in der Grube angesammelt hatten. —

Ein weiterer Unfall ereignete sich beim Öffnen eines Futtersilos. Der Stellmacher des Gutes war beauftragt, nach Entleerung des angefangenen Silos einen neuen zu öffnen. Es handelte sich bei der Siloanlage um eine solche von Hochsilos unter Dach, wo die Entleerung aus seitlichen Öffnungen erfolgt. Der Stellmacher, welcher erst vom Militärdienst entlassen war, war wohl mit den Gefahren an einem Silo nicht genügend vertraut und wurde durch Einatmen der Gase betäubt. Bei Bergungsversuchen ging es einem zweiten Gefolgschaftsmitglied ebenso; erst einem Melker, der sich anseilen ließ, gelang die Bergung der zwei im Silo liegenden Arbeitskameraden, allerdings zu spät. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. —

Die beiden vorstehend geschilderten Unfälle ereigneten sich in Anwesenheit der Gutsinspektoren, von denen bestimmt anzunehmen war, daß sie mit den Gefahren und den zu ihrer Verhütung erforderlichen Maßnahmen an Gärfutterbehältern vertraut waren. Trotzdem wurde es in beiden Fällen unterlassen, möglichst schnell für die Zuführung von Frischluft in die Gruben zu sorgen. Es wurden hingegen untaugliche Mittel, wie Verwendung von Volksgasmasken, bei den Bergungsarbeiten angewandt. Im ersten Falle wäre die Zuführung ausreichender Mengen Frischluft durch Inangabe der zur Silofüllung bereitstehenden Gebläsefiltermaschine ein leichtes gewesen. —

Auf drei Unfälle an einer Mähmaschine mit Grünfuttersammler wurde die Berufsgenossenschaft aufmerksam gemacht durch ein Ansuchen des Regierungspräsidenten als Ausführungsbehörde für die staatliche Unfallversicherung um Erstattung eines technischen Gutachtens. Bei der Durchführung von Versuchen für die Rübenblatternte arbeitete die Maschine auf einem Dominium in der Nähe von Breslau. Diese Versuche wurden in Zusammenarbeit mit dem Institut für Landmaschinentechnik der Universität Breslau durchgeführt.

Beim Arbeiten an der Maschine wurde der Maschinenschlosser durch den zurückschlagenden Ripphebel am Kopf so stark getroffen, daß er längere Zeit arbeitsunfähig war. Die Versuche

machten dann einige kleine Änderungen an der Maschine nötig, welche im Institut für Landmaschinenkunde vorgenommen werden sollten. Mit dieser Arbeit war der Werkmeister des Instituts beschäftigt, der hierbei unbeabsichtigt die Zahnstange berührte, die den Kipphebel in seiner jeweiligen Stellung festhält. Dieser wurde frei, schlug zurück und traf den Werkmeister so stark an den rechten Unterkiefer, daß ihm hierdurch 21 Zähne verloren gingen.

Die durch die technischen Aufsichtsbeamten angestellten Ermittlungen ergaben u. a., daß die Ursache zu den Unfällen in der Konstruktion der Ausrücke- bzw. Aushebevorrichtung für den Messerbalken lag. Im besonderen wurde durch eine in der gabelartigen Hebelführung vorhandene Reibung die Federkraft zum Teil aufgehoben und der Fußhebel so zu wenig hochgedrückt, so daß häufig der Haltebolzen nicht in die Lücken der Zahnstange eingriff, sondern auf den Zähnen hängen blieb. Durch geringen ungewollten Druck auf den Fußhebel und auch schon durch leichte Erschütterungen der Maschine kam der Kipphebel leicht zur Auslösung und schlug zurück. Durch die große Last, die bei hochgestelltem Messerbalken auf dem Kipphebel ruht, ist die Wucht desselben beim Zurückschlagen sehr groß.

Auf dem Breslauer Maschinenmarkt wurden mit einem Vertreter der Herstellerfirma die Ursachen für die Unfälle durchgesprochen. Der erforderliche Schriftverkehr mit der Firma selbst erfolgte durch den Direktor des Instituts für Landmaschinenkunde an der Universität Breslau, Professor Erhardt.

IV. Maßnahmen für die erste Hilfe.

Die Ausbildung von Betriebshelfern durch von Ärzten abgehaltene Unterrichtskurse wurde, wenn auch im beschränkten Umfange, weiter durchgeführt.

Die Bezuschussung der von der Planungsstelle der Schlesischen Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege erfaßten Gemeindepflegestationen erfolgte im Berichtsjahre in gleicher Höhe wie bisher.

Der Landesstelle des Deutschen Roten Kreuzes ist zum Ausbau des Krankenbeförderungs- und Rettungswesens eine Beihilfe gegeben worden.

Breslau, den 9. April 1941.

Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

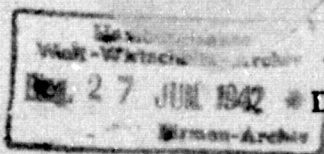
Der Leiter

In Vertretung:

Adams,
Landeshauptmann.

Lesen und weitergeben!

S



Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft

Bericht über Unfallverhütung für das Jahr 1941

**Duldest Du in deinem Betrieb noch
eine derartige
Kletterei und
mangelhafte
Leitern?**



In den landwirtschaftlichen Betrieben fehlte infolge des Kriegseinsatzes ein großer Teil der Betriebsführer sowie besonders auch der männlichen Gefolgschaftsmitglieder, was eine stärkere Belastung der noch vorhandenen Arbeitskräfte zur Folge hatte. Dieses darf aber nicht dazu führen, daß in der Kriegszeit den geltenden Unfallverhütungsvorschriften weniger Beachtung geschenkt wird und die Schutzvorrichtungen vernachlässigt werden. Gerade auch in der Kriegszeit als einer Zeit des äußersten Arbeitseinsatzes hat jeder Betriebsführer und Gefolgsmann in Selbsterkenntnis und Freiwilligkeit dafür Sorge zu tragen, daß er keinen vermeidbaren Unfall verursacht oder selbst erleidet. Einem guten und ausreichenden Unfallschutz kommt auch schon deswegen eine erhöhte Bedeutung zu, weil jetzt in der Landwirtschaft viele betriebsfremde und vor allem weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, die die täglichen Gefahren bei Arbeiten an Maschinen und besonders auch die auf erhöhten Arbeitsplätzen nicht kennen. Da die heranwachsende Jugend in erhöhtem Maße zur Arbeitsleistung mit heran-

gezogen wird, übernehmen die Betriebsführer, denen diese jungen Kräfte anvertraut werden, eine große und schwere Verantwortung. Zur Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes ist es unbedingt erforderlich, weitere Ausfälle an landwirtschaftlichen Arbeitskräften durch Betriebsunfälle nach Möglichkeit einzuschränken oder gänzlich zu vermeiden. Ein jeder hat die unbedingte Pflicht, gerade im Kriege an seinem Platz alles zu tun, um Unfälle zu verhüten.

Die Gefahrenstellen sind in den Betrieben vielseitig. Sie sollen im nachstehenden auf Grund der Unfallhäufigkeit hervorgehoben und durch einige vorgekommene Unfallvorgänge an einzelnen Betriebseinrichtungen besonders erläutert werden.

In der Bauhaltung ereignen sich die meisten Unfälle durch Absturz besonders von erhöhten Arbeitsplätzen, wie unvollständig überlegten Übertennen mit mangelhaft oder gar nicht geschützten Einsteige- und Abwurföffnungen. Zahlreich sind die Unfälle auf Treppen, an denen das Geländer oder der Handlauf fehlt, und an Leitern, die gegen ein Abrutschen durch eiserne Spitzen oder Ankavorrichtungen nicht gesichert sind.

Reich- und Abwurföffnung in der Scheune.

Vor dem Einlagern von Heu räumte eine landwirtschaftliche Arbeiterin die Übertenne in der Scheune von den Strohresten des Vorjahres ab. Hierbei bediente sie sich einer Gabel, mit der sie das zusammengerechte Stroh durch eine der beiderseits vorhandenen Reich- und Abwurföffnungen auf die Scheunentenne warf. Bei dieser Tätigkeit glitt sie auf dem Belag der Übertenne aus und stürzte durch die ungeschützte Öffnung 4 m tief auf die aus Zement bestehende Scheunentenne. Dadurch erlitt sie einen Schädelbruch, an dessen Folgen sie auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß an der Abwurföffnung jeglicher Schutz gegen ein Herabstürzen von Personen fehlte.

Reich- und Abwurföffnungen müssen allseitig mit einer mindestens 6 cm hohen Fußleiste umrandert sein. Außerdem sind diese Öffnungen mit Schutzstangen zu versehen oder durch ein Geländer in höchstens 1,30 m Höhe zu umwehren. Ein sehr guter Schutz für derartige Öffnungen ist der Balkenlochtisch, der die Öffnung auch nach oben überdeckt.

Übertennenbelag.

Um beim Dreschen ein bequemes Zureichen der Hafergarben von der Übertenne zur Dreschmaschine zu erlangen, hatte ein Bauer den an und für sich mangel-

haften Übertennenbelag und einen Unterzugsbalken an einer Stelle beiseitegeschoben und somit eine Öffnung zum Abwerfen der Hafergarben geschaffen. Nach Beendigung der Drescharbeiten wurde der Bauer zuletzt auf einem Balken über der Übertenne stehend gesehen. Als seine Ehefrau ihn später suchte, fand sie ihn auf der Tenne mit dem Kopf neben dem Rad der Dreschmaschine liegend tot auf. Er war von oben durch den mangelhaften Tennenbelag abgestürzt.

Übertennen, überhaupt alle erhöht liegenden Arbeitsplätze müssen so überlegt sein, daß ein Hindurchbrechen oder Hindurchfallen von Personen ausgeschlossen ist. Der Übertennenbelag muß deshalb stark genug und vor allen Dingen fest und unverschiebbar verlegt sein.

Treppen.

Zahlreiche Unfälle an Treppen sind nicht nur allein auf die schlechte Beschaffenheit der Treppen an sich zurückzuführen, sondern auch auf das Fehlen eines Geländers oder Handlaufes. Die Vorschrift besagt, daß an einer jeden Treppe von mehr als 4 Stufen ein Geländer angebracht sein muß. Dieses Geländer muß so hergerichtet sein, daß es von jeder Treppenstufe sowohl beim Auf- wie beim Absteigen gut erreichbar ist.

Die Treppenöffnungen sind auf allen Seiten, von denen kein Abstieg erfolgt, mit einem fest angebrachten Geländer zu umwehren.

Flügelator in Pfannenführung.

Ein Bauer hatte bei einem Betriebsgang das durch Sturm aufgerissene Scheunentor schließen wollen. Infolge der schadhafte Pfannenunterlage wurde hierbei das Flügelator aus der Pfanne gerissen und schlug um. Der Bauer geriet unter das Tor und wurde mit dem Gesicht nach unten liegend tot aufgefunden.

Bei Flügelatoren in Pfannenführung ist darauf zu achten, daß die Pfannenunterlagen, insbesondere bei Holz, nicht morsch oder schadhaft sind. Bei der Befestigung der Pfanne auf einer hölzernen Scheunenschwelle kann durch die stetige Belastung derselben bei der Durchfahrt mit Wagen eine Senkung eintreten, wodurch das Tor beim Aufsitzen auf dem Erdboden aus der Pfanne gehoben werden und umstürzen kann. Es ist daher zweckmäßig, die Pfannenunterlage unabhängig von der Scheunenschwelle zu wählen, sofern letztere nicht aus Zement besteht. Als einfachste Sicherung gegen das Umstürzen drehbarer Tore in Pfannenführung dient eine Sicherheitskette. Hierbei wird der Torläufer mit dem oberen Querbalken bzw. an vorhandenem seitlichem Futter oder an dem Mauerwerk durch eine etwa 35 cm lange, gut befestigte Kette verbunden, die zweckmäßig bei geöffnetem Tor anzubringen ist.

Schiebetor.

Unfälle an Schiebetoren kommen vor durch zu kräftiges Zu- und Aufschieben, das meist ein Aufsitzen der Laufrollen und ein Ausspringen der Torflügel aus den Laufschiene zu Folge hat. Viele Unfälle an Schiebetoren ereignen sich im Winter dadurch, daß der gefrorene Erdboden das Schiebetor anhebt und hierbei die Sicherheitsbolzen und -winkel sich verbiegen oder abplatzen. Ein gewaltsames Öffnen solcher Tore mittels Brechstangen oder, wie es vorgekommen ist, durch Anspannen von Pferden ist immer unfallgefährlich. Beim Anbringen von Schiebetoren ist auch darauf zu achten, daß zwischen Unterkante des Tores und dem Erdboden ein genügend weiter Spielraum verbleibt. Gegen das Aus-

heben der Laufrollen aus der Gleitschiene sind Schiebetore durch Anbringen von verstellbaren Sicherheitsbolzen oder -winkeln unter der Gleitschiene zu sichern.

Die schweren Unfälle an den verschiedenen Kraft- und Arbeitsmaschinen sind immer noch sehr häufig. Es würde aber im Rahmen dieses Berichtes zu weit führen, über jede Maschinenart gesondert zu schreiben. Es sollen daher nur einige besonders bemerkenswerte Unfälle und Gefahrenstellen herausgegriffen werden.

Bei den landwirtschaftlichen Maschinen entfällt im Vergleich zu der Häufigkeit ihres Vorkommens eine große Anzahl von schweren Unfällen auf die Kreissägen, bei denen vielfach die selbstverständlichsten Schutzvorrichtungen fehlen oder beim Schneiden entfernt werden. Mangelhaft oder oft ohne jeglichen Schutz sind die Kreissägen, die unter Verwendung eines alten Maschinengestells durch die Benutzer selbst gebaut werden.

Brennholzkreissäge.

Ein Gebirgslandwirt, dessen sämtliche Söhne im Felde standen, konnte nicht wie sonst sein Holz von Hand zersägen lassen. Ein auf Urlaub weilender Sohn borgte daher von einem Nachbarn eine Kreissäge mit festem Tisch, an der sämtliche Schutzvorrichtungen fehlten. Die jüngste Tochter reichte ihrem Bruder das zu schneidende Holz zu. Gleich zu Beginn des Sägens geriet sie mit dem Fausthandschuh an das freilaufende Sägeblatt, und ihr wurde hierbei die linke Hand glatt abgeschnitten.

Der wichtigste Unfallschutz an der Kreissäge ist der Schutz für das Sägeblatt. Bei einer jeden Kreissäge, ob mit Rolltisch oder mit einer sonstigen beweglichen Zuführung für das zu schneidende Holz, muß das Sägeblatt über und unter dem Tisch in dem nicht zum Schneiden freibleibenden Teil vollkommen geschützt sein. Das zu schneidende Holz muß durch eine bewegliche Zuführungseinrichtung, auf welcher das Holz festliegt oder durch eine mechanische Vorrichtung festgehalten wird, der Säge zugeführt werden. Solche Zuführungseinrichtungen sind Rolltisch, Schlitten, Wippe oder schwingender Bock.

Kraftübertragungsanlage.

An freilaufenden Transmissionswellen besteht die große Gefahr des Eindrehens von Kleidern der in ihrer Nähe arbeitenden oder verkehrenden Personen. So ereignete sich kürzlich ein schwerer Unfall dadurch, daß eine Arbeiterin, Mutter mehrerer kleiner Kinder, beim Überschreiten einer auf dem Siedeboden laufenden, mangelhaft geschützten Transmissionswelle an den Kleidern von dieser erfaßt und eingedreht wurde. Die Frau wurde hierbei so schwer verletzt, daß sie kurze Zeit nach dem Unfall verstarb.

Derartige freilaufende Wellen sowie alle sich drehenden oder bewegten Teile, insofern sie nicht höher als 1,80 m über dem Fußboden liegen, sind dergestalt zu verkleiden oder abzusperren, daß ihre Berührung mit dem Körper oder den Kleidern der an ihnen beschäftigten oder in der Nähe verkehrenden Personen mit Sicherheit verhindert wird.

Hauptantriebsriemen.

Während des Dreschens mit einem Lohndruschsatz ist der aufsichtsführende Schaffer unter dem Hauptantriebsriemen hindurchgegangen. Hierbei wurde der Schaffer von den Glockenschrauben der Riemenverbindung am Kopf schwer verletzt.

Alle freilaufenden Antriebsriemen müssen beiderseits durch Seile, Stangen oder Ketten so abgesperrt werden, daß Personen mit diesen Riemen nicht in Berührung kommen können. Die Riemenverbindungen müssen glatt und fest hergestellt sein. Die Verwendung von Schienenverbindungen, Glockenschrauben oder ähnlichen Ausführungen ist unzulässig. Derartige mangelhafte Verbindungen mit vorstehenden Teilen dürfen auch nicht im Notfalle Verwendung finden.

Zu hohe Drehzahl an einer Dreschmaschine.

Ein Lohndrescher betrieb mit einem Elektromotor eine Kleinbreitdreschmaschine. Er hatte die Antriebsriemenscheibe der Dreschmaschine ausgewechselt, da er glaubte, die Drehzahl der Trommel sei zu niedrig. Nach der Inbetriebsetzung der Dreschmaschine brannte an der Antriebsseite infolge zu hoher Drehzahl der Dreschtrommel das Lager aus und es lösten sich von der Trommel die Schlagleisten. Diese rissen das Maschinengestell auseinander, und einzelne Teile wurden in den Scheunenraum geschleudert. Durch die in dem Scheunenraum herumfliegenden Teile wurden zwei Personen, die mit dem Binden des Strohes beschäftigt waren, schwer verletzt.

Die Nachprüfung ergab, daß durch die Auswechslung der Antriebsriemenscheibe die zulässige Drehzahl der Dreschtrommel um 50 % erhöht worden war. Von den Maschinenfabriken wird die zulässige Umdrehungszahl angegeben, diese ist unbedingt einzuhalten und darf nicht eigenmächtig erhöht werden. Eine zu hohe Drehzahl der Dreschmaschine beeinflusst nicht nur den Reindrusch, sondern wirkt sich auch zerstörend auf die Maschinenelemente, wie Lager, Wellen, Zahnräder und dergleichen, aus. Durch das Zerspringen der Maschinenteile werden immer die an diesen Maschinen beschäftigten Personen gefährdet.

Handdreschmaschine.

Ein Landwirt legte in eine Handstiften-Dreschmaschine, die von zwei Personen gedreht wurde, Inkarnatklee ein. Er stand hierbei nicht hinter dem Einlegetisch, sondern seitlich desselben und reichte über die 10 cm hohen Aufsatzbretter hinweg. Beim Nachstopfen des Dreschgutes mit den Händen geriet er mit der rechten Hand in die Stiftentrommel, welche ihm die Hand bis zum Handgelenk abschlug und zum Auslauf heraus schleuderte. Ursache zu diesem Unfall waren die zu niedrigen Aufsatzbretter auf dem Einlegetisch, die es ermöglichten, über diese hinweg einzulegen.

Bei Kleindreschmaschinen, bei denen der Einleger auf dem Erdboden steht, müssen auf dem 1 m langen Einlegetisch zu beiden Seiten der Einlegeöffnung mindestens 50 cm hohe Aufsatzbretter angebracht sein, die den Einleger zwingen, von der Dreschtrommel den erforderlichen Abstand zu halten.

Drahtballen-Strohpresse.

In einem Großbetriebe war eine landwirtschaftliche Gehilfin mit dem Binden der Strohballen beschäftigt. Auf dem Preßkanal hatten sich vom Stopfer hochgerissene Strohhalme angesammelt. Dieses Stroh wollte die Gehilfin wegräumen und griff danach mit der rechten Hand während der Aufwärtsbewegung des Stopfers. Sie verpaßte den Augenblick der Abwärtsbewegung und geriet mit der Hand in die Scherstelle, welche durch die seitlichen Hebelarme des Stopfers mit der oberen Kante des Preßkanals auf einer Länge von etwa 50 cm gebildet wird. Die Hand wurde hierbei völlig abgequetscht.

Während des Ganges von Maschinen muß das Umherhantieren zwischen sich drehenden und beweglichen Teilen vermieden werden. Entstehen Störungen während des Ganges der Maschine, oder ist eine Säuberung einzelner Teile nötig, so ist die Maschine hierzu stillzusetzen. An dieser Strohpresse war für die Scherstelle in der ganzen Länge eine ausreichende Seitenverkleidung zu bringen, welche auch in der höchsten und tiefsten Stellung ein Hineingeraten mit Sicherheit verhindern würde.

Strohpresse.

Während der Druschzeit waren die Unfälle sehr häufig, die beim Einfädeln des Bindegarns eintraten. Ursache dieser Unfälle war in den meisten Fällen nicht fehlende oder mangelhafter Unfallschutz, sondern Unkenntnis der Schutzeinrichtungen sowie der Gefahr.

Ein Kriegsgefangener war während des Dreschens dem Wegräumen der Strohballen von der Strohpresse beschäftigt. Bei dieser Arbeit bemerkte er, daß die Strohpresse nicht bindet, und versuchte aus eigenem Antriebe, wie er dies gelegentlich wohl gesehen hatte, ohne Rücksicht auf die Schaltung des Bindeapparates den gerissenen Bindfaden wieder einzuziehen. Durch die plötzlich hochkommene Nadel wurde dem Kriegsgefangenen die linke Hand abgeschnitten.

Bei allen Arbeiten am Knüpfapparat, insbesondere auch beim Einziehen des Fadens, ist vorher der Bindeapparat außer Betrieb zu setzen. Diese Ausschaltvorrichtung ist an allen Strohpresen mit Selbstbindung vorhanden, und es ist Pflicht des Betriebsführers, die an diesen Maschinen arbeitenden Personen mit ihrer Handhabung vertraut zu machen. Als weiterer Schutz gegen eine Verletzung durch die Nadel sind an den Strohpresen mit Selbstbindung dicht neben den Nadeln seitlich Schutzbleche anzubringen, welche die Nadeln bis zum tiefsten Stand vollständig abdecken.

Häckselmaschine.

In einem bäuerlichen Betriebe schnitt ein landwirtschaftlicher Arbeiter mit einem durch Kraft betriebenen Trommelhäcksler Siede. Beim Nachdrücken des Schneidgutes kam er mit der rechten Hand zwischen die Einzelnadeln. Die Hand wurde durch die Einzelnadeln weit eingezogen, daß sie zerquetscht und die Finger durch die Messer abgeschnitten wurden.

An dieser Maschine war die Überdeckung der Einzelnadeln anstatt 50 cm nur 20 cm lang, auch fehlte eine Ausschaltvorrichtung für die Einzelnadeln. Diese Ausschaltvorrichtung wird für alle durch Kraft angetriebenen Häckselmaschinen gefordert und muß als bewegliche Überdeckung der Einlegerinne so ausgeführt sein, daß sie durch Heben oder Drücken leicht in Tätigkeit gesetzt werden kann und somit ausschaltend wirkt.

Steinschrottmühle.

An Stelle des zur Wehrmacht einberufenen Betriebsunternehmers setzte der Auszügler eine Steinschrottmühle in Gang, die unter Zwischenschaltung eines Vorgeleges von einem Elektromotor angetrieben wurde. Nach dem Reißen des Vorgelegeriemens wechselte der Auszügler die vorhandene Antriebsscheibe der Schrottmühle gegen eine kleinere aus, in der irrigen Auffassung, durch die Verwendung der kleineren Riemenscheibe die Drehzahl herabzusetzen und somit die Schrottmühle ohne Benutzung des Vorgeleges von dem Motor aus direkt antreiben zu können. Nach Ingangsetzung der Schrottmühle flog durch die

erhöhte Drehzahl der Läuferstein auseinander, sprengte das Gehäuse, und ein Teil des schweren Steines traf den Verletzten gegen den Leib. Er brach sofort tot zusammen.

Die Prüfung der Betriebsanlage ergab, daß die Schrotmühle im Augenblick des Unfalles mit fast der doppelten zulässigen Drehzahl angetrieben worden war. Die Ursache des Unfalles war die bedeutende Überschreitung der zulässigen Drehzahl.

Im vorstehenden wurden einige Unfälle und deren Ursachen geschildert, die als Betriebsunfälle zu werten sind. Im Berichtsjahre sind der Berufsgenossenschaft auch eine Anzahl bedauerlicher Kinderunfälle gemeldet oder bekannt geworden, die auf mangelhaften oder fehlenden Unfallschutz zurückzuführen sind. Auch hiervon sollen einige noch kurz geschildert werden.

Kreissäge.

Ein Bauer schnitt auf seinem Hofe mit einer geliehenen Kreissäge mit Wippe Brennholz. Bei dieser Arbeit hielt sich auch sein sechsjähriger Sohn in der Nähe der Kreissäge auf. Nach dem Sägen stellte das Kind wahrscheinlich mit Einwilligung seines Vaters den Elektromotor ab und bremste, wie er dies wohl gelegentlich gesehen hatte, den auslaufenden Antriebsriemen mit einem Holzstück ab. Der Junge wurde von dem Antriebsriemen erfaßt und gegen das vollständig ungeschützte Sägeblatt geschleudert. Hierbei wurde dem Kinde der Leib aufgeschlitzt, und der Tod trat auf der Stelle ein. Der Unfall war in diesem Ausmaße nur möglich, weil an der Kreissäge, an welcher kein Tisch mehr vorhanden war, der Schutz für das Sägeblatt vollkommen fehlte.

Von der Staatsanwaltschaft ist der Vater wegen fahrlässiger Tötung zur Verantwortung gezogen worden.

Antenne.

In einem Gehöft hing der einseitig gelöste Antennen draht herunter und blieb längere Zeit unbeachtet auf dem Dache des Geflügelstalles liegen. Eines Tages wurde der Antennendraht von drei im Gehöft spielenden Jungen aufgefunden, und diese schlugen mit dem Draht zuerst Wellenlinien. Dann band einer der Jungen am Ende des Drahtes ein Holzstück fest, mit welchem der Draht des öfteren in die Luft geworfen wurde. Hierbei kam der Draht auf die nach dem Schweinestall führende Freileitung zu liegen und wurde somit stromleitend. Als die Kinder erneut den Draht berührten und eins dem anderen zu Hilfe kommen wollte, wurden sie durch den elek-

trischen Strom alle drei auf der Stelle getötet. Auf diese tragische Weise büßten der Sohn des Betriebsunternehmers und die Zwillingssöhne des Ackerkutschers ihr Leben ein.

Antennen sind in dauernd vorschriftmäßigem Zustande zu erhalten und sich zeigende Mängel sofort zu beseitigen. Insbesondere ist beim Anlegen von Antennen darauf zu achten, daß elektrische Freileitungen nicht gekreuzt und auch Annäherungen an diese vermieden werden, so daß beim Reißen einer Antenne eine metallene Berührung mit der Freileitung ausgeschlossen ist.

Offene Silogrube.

Ein vierjähriges Kind stürzte in eine zum Teil mit Wasser gefüllte Silogrube und fand in ihr den Tod. Die Angelegenheit führte den Wirtschaftsbesitzer vor den Strafrichter; dort gab der Angeklagte an, daß der um die Silogrube angebrachte Zaun schadhafte geworden sei und Arbeitsüberlastung und Arbeitermangel eine Ausbesserung bisher verhindert hätten. Der Richter betonte hingegen, daß Schäden, die Menschenleben gefährden, unter allen Umständen beseitigt werden müssen. In vorliegendem Falle liege fahrlässige Tötung vor. Der Angeklagte wurde an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat zu 300 RM Geldstrafe verurteilt.

Dieses Urteil kann vor allem den Betriebsführern zu denken geben, die auf dem Standpunkt stehen, daß jetzt Krieg sei, und daher glauben, daß sie infolge zeitbedingter Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung es nicht nötig haben, ihnen bekannt gewordene, unfallschutztechnische Schäden an ihren Betriebseinrichtungen sofort zu beseitigen.

Wenn bei der Herrichtung oder Instandsetzung von Unfallschutzvorrichtungen hier und da Schwierigkeiten in der Material- und Handwerkerkräftebeschaffung auftreten, so sind diese meist nicht so erheblich, daß nicht bei gutem Willen und Pflichtbewußtsein in fast allen Fällen Abhilfe geschaffen werden kann.

Das Streben eines jeden Betriebsführers muß dahin gehen, seinen Betrieb so zu führen, daß die Arbeitskraft der Gefolgschaftsmitglieder durch Unfälle nicht gemindert wird. Hierzu gehört nicht nur die unfallsichere Gestaltung der Betriebseinrichtungen, sondern der Betriebsführer hat auch die Pflicht, die Gefolgschaftsmitglieder mit den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften bekanntzumachen und die Befolgung derselben und die Benutzung der vorhandenen Schutzvorrichtungen zu überwachen.

Breslau, den 30. Mai 1942.

Schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft

Der Leiter

In Vertretung:

Adams

Landeshauptmann.